

Wien, am Dienstag, den 1. Oktober 1929

Ein Katastrophenjahr für die öffentlichen Gärten. Die in unseren Breiten noch nie verzeichnete Kälte, die dann fast ohne Uebergang einsetzende ausserordentliche Hitze und abnorme Trockenheit brachten für den österreichischen Gartenbau und insbesondere für die öffentlichen Gärten katastrophale Schäden mit sich. 42.000 Bäume und Gehölze im Wert von 180.000 Schilling sind allein in den öffentlichen städtischen Gärten Wiens erfroren. Infolge des späten Beginnes der wärmeren Jahreszeit konnten die Frühjahrsarbeiten erst zwei Monate später als in den anderen Jahren begonnen werden. Vorerst mussten aber die erfrorenen Gehölze und Bäume ersetzt und die halberfrorenen zurückgeschnitten werden. Durch Vermehrung der Arbeitskräfte über das normale Ausmass konnte diese Arbeit nicht beschleunigt werden, weil hiezu nur geschultes Personal verwendet werden kann, das man nicht auf einige Wochen aufnehmen und nach der kritischen Zeit wieder entlassen kann. Nach diesen Arbeiten konnte orts mit den eigentlichen Frühjahrsarbeiten begonnen werden, aber schon setzte die grosse Hitze ein und das gesamte Personal musste zu den Spritzwagen dirigiert werden, bis die andauernde Trockenheit die Gefahr einer Wassernot heraufbeschwor und die grösste Sparsamkeit beim Wasserverbrauch gebot. So kam es, dass die öffentlichen Gärten im vergangenen Sommer vielfach keinen sehr erfreulichen Anblick boten, trotzdem alle Mittel aufgeboden wurden, um der Ungunst der Witterung zu begegnen. Die städtische Gartenverwaltung hat alle Kräfte eingesetzt, um die furchtbaren Schäden noch heuer zu beheben.

Wiener Landtag. Der Wiener Landtag wurde ursprünglich für Freitag, 17 Uhr einberufen. Nunmehr wurde der Sitzungsbeginn um eine Stunde vorverlegt, so dass der Landtag am Freitag um 16 Uhr beginnt.

Die Halbjahrsproduktion der städtischen Gaswerke. Im ersten hourigen Halbjahr betrug die Gasabgabe der städtischen Gaswerke 74'47 Millionen Kubikmeter, gegenüber 70'90 Millionen Kubikmeter, die im ersten Halbjahr des Vorjahres abgegeben wurden. Das abgelaufene Halbjahr verzeichnet daher eine Abgabesteigerung von 5'03 Prozent. Während am 31. Dezember 1913 nur 211.815 Konsumenten Gas von den städtischen Gaswerken bezogen, zählten diese am 31. August dieses Jahres nicht weniger als 461.679 Konsumenten.

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H O N A Y

Wien, am Dienstag, den 1. Oktober 1929 Zweite Ausgabe.

.....

Ausgestaltung des Autobusverkehrs.
Änderungen und neue Linien.

Am Freitag wird Vizebürgermeister Emmerling dem Gemeinderat einige Anträge, die sich auf die bisher gemachten Erfahrungen der Strassenbahndirektion stützen, über die Ausgestaltung des städtischen Autobusverkehrs unterbreiten.

Vor allem soll die allgemein verlangte Autobusverbindung mit Floridsdorf hergestellt werden. Es wird eine neue Linie mit der Bezeichnung 5 geführt werden. Sie schliesst an die Linie 4 an, die nicht mehr bis zum Praterstern geführt wird, sondern zum Nordwestbahnhof, wo sich die neue Linie anschliesst. Diese neue Linie wird über die Dresdnerstrasse, Hellwegstrasse, Pasettistrasse, Stromstrasse, Vorgartenstrasse, Engelsplatz über die Floridsdorfer Brücke bis zum Floridsdorfer Spitz geleitet.

Die übrigen Linien werden in ihrer Linienführung geändert. Die Linie 6 (Franz Josefsbahnhof-Siebenbrunnengasse) wird nun über die Flurschützstrasse, Wilhelmsstrasse, Eichengasse bis zur Philadelphiabrücke verlängert, jedoch nicht mehr zum Franz Josefsbahnhof, sondern nach Gersthof geführt, (bisherige Linie 7). Die Verbindung vom Franz Josefsbahnhof zum Amalienbad wird durch die neue Linie 7 hergestellt. Die Linie 8 (Elterleinplatz-St. Marx) wird durch die Innere Stadt eine andere Strecke befahren. Sie wird durch die Schottengasse, Freyung, Bognergasse, Graben, Stefansplatz, Schulerstrasse, Stroblgasse und Wollzeile geführt. Ebenso erfolgen bei den Linien 6 und 7 auf der Strecke durch die Innere Stadt einige Änderungen in der Linienführung. Derzeit führt die Linie 9 vom Kriemhildplatz in Fünfhaus zur Rotundenbrücke. Diese Linie wird sehr schwach benützt. Sie soll nun vom Kriemhildplatz über die Burggasse, Bellaria, Burg, Kohlmarkt, Graben, Stefansplatz, Rotenturmstrasse, Franz Josefskai über die Praterstrasse zum Praterstern geführt werden.

Wien, am Mittwoch, den 2. Oktober 1929

Der Magen von Wien. Wie die städtische Marktamtsdirektion mitteilt, haben ihre Organe in der ersten Dezemberhälfte 367 Lebensmittelanzeigen erstattet. 227 davon entfielen auf Milch und 140 auf verschiedene andere Lebensmittel. Die Milchanzeigen erfolgten wegen Wässerung, Entrahmung und Konservierung mit Soda. In zwei Fällen wurde in Brot und Gebäck Mäuseexkremente eingebacken. In einem anderen Bäckereibetrieb wurden Abfälle von Waffelteig wegen ihrer unappetitlichen Verschmutzung und Abfälle von Neapolitanerschnitten wegen ihrer Ranzigkeit und ihres unappetitlichen Aussehens beanstandet. Bei Strassenverkaufsständen mussten Lebkuchen und Kanditen als stark verschmutzt und verunreinigt gleichfalls als zum menschlichen Genuss ungeeignet erklärt werden. In Himbeerkracherln wurden Pilzfäden und Fliegenkadaver gefunden. Bei der Ueberwachung von Fleischwaren und Würsten wurden bei einer abgenommenen Selchfleischprobe zahlreiche Fliegenmaden und bei mehreren Wurstproben eine schmierige Konsistenz und eine graugrünliche Verfärbung des Wurstbrätes mit widerlich fauligem Geruch festgestellt. Die Fäulnisprobe war in diesen Fällen positiv. Schliesslich wurden Miniatursaugfläschchen mit Himbeerfüllung beanstandet. Diese Spielzeuge werden immer wieder in den Handel gebracht, obwohl sie durch ihre Form und durch das gebrechliche Material geeignet sind, die Gesundheit oder sogar das Leben der Kinder zu gefährden. So erwiesen sich zur Begutachtung abgenommene Saugfläschchen mit Himbeerfüllung als bedenkliches Kinderspielzeug, weil das spielende Kind leicht das Aluminiumscheibchen, wenn es das Saughüttchen in den Mund nimmt, abstreifen und verschlucken kann. Eine Reihe von Lebensmitteln musste sofort beschlagnahmt und der Vernichtung zugeführt werden, so 31 Kilogramm Rindfleisch, 16 Kilogramm Schweinefleisch, 315 Kilogramm Kalbfleisch, 142 Kilogramm Würste, 60 Kilogramm Fische, 2043 Kilogramm Grünwaren, 6998 Kilogramm Obst, 115 Kilogramm Käse, 125 Kilogramm Zucker, 20 Kilogramm Gemüse, 34 Kilogramm Bäckerei und Kanditen, 9 Kilogramm Brot, 38 Kilogramm Pilze, 4 Kilogramm Fett, 2 Kilogramm Hülsenfrüchte, 8 Liter Bier und 566 Stück Eier.

Turnen und Sport in den Wiener Fortbildungsschulen. Die Musik-, Turn-, Wander-, Spiel- und Sportgruppen an den Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen haben am 1. September ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Betrieb der Schwimmgruppen beginnt am 1. Oktober. Die Einrichtungen haben den Zweck, in der heranwachsenden werktätigen Jugend die Freude für Naturschönheiten und das Interesse für körperliche Ertüchtigung durch Spiel und Sport und für die Musik zu wecken.

Wien, am Donnerstag, den 3. Oktober 1929

.....

Zum Ableben Stresemanns. Bürgermeister Seitz hat an den deutschen Reichskanzler Müller folgende Beileidstepesche gerichtet: "Die Stadt Wien trauert mit dem Reich über den schweren Verlust, den das deutsche Volk und mit ihm die Welt erlitten haben". Um 3/4 1 Uhr mittags erschien Bürgermeister Seitz beim deutschen Gesandten Graf Lerchenfeld, um ihm das Beileid der Stadt Wien auszudrücken.

.....

Der gewaltsame Tod.

Was die Statistik von Selbstmorden und tödlichen Unglücksfällen berichtet.

Jeden Tag finden sich in den Zeitungen unter den Rubriken "Lebensmüde" und "Tötliche Unfälle" die Opfer des gewaltsamen Todes. Es sind nicht wenig Menschen, die jedes Jahr in diesen beiden Rubriken verzeichnet stehen. Im Jahre 1927 haben in Oesterreich rund 2100 Menschen durch Selbstmord und rund 2900 Menschen durch einen tödlichen Unfall geendet.

Beobachtet man die internationale Statistik, - das statistische Amt der Stadt Wien hat eine solche Liste zusammengestellt, - so findet man, dass die Ziffern der Selbstmorde und tödlichen Unfälle um rund 10 bis 20 Prozent gestiegen sind, nicht nur in Oesterreich oder Wien, sondern in fast allen europäischen Grosstädten. Die Ursachen dieser Steigerung sind nicht genau bekannt. Jedenfalls hat zu den Selbstmorden die schwere Wirtschaftslage, zu den tödlichen Unglücksfällen das raschere Tempo des Verkehrs wesentlich beigetragen.

Interessant ist, dass fast überall die Zahl der tödlichen Unglücksfälle grösser ist als die Zahl der Selbstmorde. So haben im Jahre 1927 in Oesterreich von je 100.000 Menschen 33 Selbstmord begangen, aber 44 von 100.000 Menschen sind in derselben Zeit tödlich verunglückt. In Frankfurt am Main sind im selben Jahr sogar 49 von 100.000 Menschen tödlich verunglückt, während nur 34 Selbstmord begangen haben. In Wien waren mehr Selbstmordfälle. Das Jahr 1927 verzeichnet von je 100.000 Menschen 47 Selbstmörder, während von je 100.000 Menschen nur 37 einem Unglücksfall zum Opfer fielen.

Die höchsten Selbstmordziffern findet man naturgemäss in den grossen Städten. 1927 hatten Hamburg, Berlin und Wien die meisten Selbstmorde, während Köln die wenigsten Selbstmorde, nämlich nur 23 von je 100.000 Einwohnern aufzuweisen hatte. Die höchsten Unfallsziffern aber hatten in diesem Jahr Hamburg, Frankfurt und Köln mit je 49 tödlichen Unfällen auf je 100.000 Menschen, während Wien, Budapest und Leipzig die kleinsten Unfallsziffern hatten.

Aus der Statistik ist auch zu entnehmen, dass die meisten Selbstmorde mittels Gas versucht werden; hier gelingt ungefähr jeder zweite Selbstmordversuch. Auch sind sehr viele Erhängungen zu verzeichnen; hier sind ungefähr 10 von 40 Versuchen rechtzeitig bemerkt und vereitelt worden. Selten gehen Selbstmordversuche durch ätzende Gifte, durch Messerstiche und Ertrinken tödlich aus. Die meisten solcher Selbstmordkandidaten werden gerettet. Interessant ist auch, dass die meisten Selbstmordursachen der Zahl nach Krankheit, Familienwist und materielle Not sind. In den Altersgrenzen von 20 bis 40 Jahren sind bei den Selbstmorden die Frauen in der Mehrzahl, darüber hinaus aber begehen eher mehr Männer als Frauen Selbstmord.

.....

Grosse städtische Strassenbauten. In der nächsten Zeit werden in verschiedenen Bezirken umfangreiche Strassenneuerstellungen und Strassenumbauten durchgeführt. So werden die Breitenleerstrasse, Benzingerstrasse, Nusswaldgasse, Silbergasse und Kahlgasse umgebaut. Strassenneuerstellungen werden in der Bierhäusberggasse, Anzbachgasse, Klausenburgerstrasse, Angeligasse, Stauffergasse und Stear-gasse durchgeführt. Die Deutschordenstrasse, Zinnergasse und die Rathstrasse erhalten eine Kleinsteinpflasterung. Schliesslich erfolgen in der Stadtkauerstrasse Teerbetonherstellungen.

.....

Wien, am Freitag, den 4. Oktober 1929

W I E N E R L A N D T A G

Sitzung vom 4. Oktober 1929

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um 16'15 Uhr die Sitzung. Zunächst wird an Stelle des gewesenen Bundesrates Dr. Lutz, der sein Mandat niedergelegt hat wird Hans Rott, Gewerkschaftsobmann zum Bundesrat gewählt.

Es werden sodann die dem Landtage vorliegenden Steuernovellen und zwar betreffend die Lustbarkeitsabgabe, die Fremdenzimmerabgabe, die Nahrungs- und Genussmittelabgabe, die Kraftwagenabgabe, die Fürsorgeabgabe, die Anzeigen- sowie die Gesetzesvorlage betreffend die Bodenwertabgabe abgabe und die Gemeindeabgabe von öffentlichen Ankündigungen, gemeinsam einer Generaldebatte unterzogen.

ST. R. Breitner: Ich bin in der glücklichen Lage, namens der Mehrheit sieben Vorlagen vertreten zu können, welche Steuerermässigungen beinhalten. Eine achte Vorlage bezieht sich auf die Einführung der früher schon bestanden Bodenwertabgabe, was seine Ursache darin hat, dass der Nationalrat eine Aenderung in der Lastenverteilung der öffentlichen Verwaltungen insoferne hat eintreten lassen, dass wir vom 1. Jänner 1930 an verpflichtet sind, zu den Kosten der Kleinrentnerfürsorge beizutragen. Die Steuerermässigungen die wir vorschlagen, liegen auf jener Linie der Entwicklung, die wir angefangen vom Jahre 1923 verfolgen. Es ist ja nicht überraschend, wenn aus den Kreisen der Steuerträger Wünsche laut werden, die weit über das hinaus gehen, was wir an Erleichterungen zu bieten in der Lage sind. Steuererleichterungen hat ^{man} zu allen Zeiten und in allen Ländern gewünscht und dieser Wunsch ist umso begreiflicher, in einer Zeit, in der sich die Wirtschaft in einem Zustand der Erschütterung befindet wie dies bei uns als eine Folge des Kriegs und des uns auferlegten Friedens der Fall ist.

Vorlagen beinhalten schwere finanzielle Einbussen für die Gemeinde. Daraus könnte man vielleicht ableiten,

dass wir bei den gegenwärtigen Steuererleichterungen ^{man} leider nicht der Fall. ^{bedeutende} ersätzen ~~Man~~ erträgnisse erzielen. Das ist

Oder man könnte daraus schliessen, dass die Ausgabewirtschaft der Gemeinde eine Erleichterung erfahren hat. Auch davon kann keine Rede sein. Der Aufgabenkreis der Gemeinde ist ein so fest umrissener durch alle die Einrichtungen, die bestehen und erhalten werden müssen, dass von

vor einer Erleichterung nicht gesprochen werden kann. Es ist nicht so, dass etwa um ein Beispiel herauszugreifen die Meisteskrankheiten im Rückgang sind und dadurch wir weniger Ausgaben hätten. Es ist auch nicht so, dass etwa die Fürsorgeeinrichtungen der Gemeinde weniger in Anspruch genommen werden. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben auch nicht etwa rückgängige Preise und aus diesem Titel Erleichterungen in unserer Ausgabenwirtschaft. Die Brennstoffe und eine Reihe von Lebensmitteln haben eine Steigerung erfahren. Die deshalb notwendig gewordenen Massnahmen zugunsten der Angestellten bedeuten eine ganz ausserordentlich Mehrausgabe. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht eine Vorlage, welche die 34.000 Unterhaltsempfänger besser stellt. Wir haben also Mehrausgaben und sollen trotzdem auf Einnahmen verzichten. Wenn wir das tun, so geschieht das im Hinblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse. Wir wollen ein Element der Belebung in die Wirtschaft hineinbringen und wir tun es auch in der Erwartung, dass gerade infolge dieser Ermässigungen Mehreinahmen sich ergeben werden. Die Minderheit wird an unseren Vorlagen gewiss eine harte Kritik üben und die Erleichterungen, die wir bieten, als unzulänglich und geringfügig hinstellen. Demgegenüber will ich ein paar Worte von grundsätzlicher Bedeutung sagen. Man kann die für die Gemeindegewirtschaft notwendigen Einnahmen in verschiedener Form aus der Wirtschaft herausholen. Die derzeitige Mehrheit hat sich zu einem bestimmten Steuersystem entschlossen, von dem sie meint, dass es ein Stück höherer Gerechtigkeit beinhalte, als es jene Formen waren, in denen früher die Einnahmen für die Gemeinde beschafft worden sind. Es ist vielleicht überflüssig, der kindischen Meinung entgegenzutreten, dass eine Mehrheit, getragen von dem stets wachsenden Vertrauen der Bevölkerung, wirklich Steuern nur einhebt, um anderen Menschen unangenehm zu werden und um sie zu quälen. Es sind die Ausgaben der Gemeinde, durch welche die Steuern bestimmt werden. Wir könnten es uns allerdings viel bequemer machen. Wir brauchten nur die Methoden der früheren Zeiten anzuwenden. In der Vorkriegszeit war es zum Beispiel so, dass die Gemeinde von jedem Kubikmeter Gas einen Reingewinn von 4'3 Groschen, von jeder verkauften Kilowattstunde Elektrizität 7 Groschen, von jedem Kubikmeter Wasser 17'2 Groschen, von jeder Fahrkarte der Strassenbahnen 1'2 Groschen als Reingewinn genommen hat. (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Wenn wir nun die heutigen Verkaufsmengen von Gas, Strom und Wasser und die heutige Frequenz der Strassenbahnen zur Grundlage nehmen, so ergibt sich, dass wir bei der gleichen Gewinnquote aus diesen vier Monopolen einen Reingewinn von 79,517.000 Schilling beziehen würden. Wenn wir, um ganz genau zu rechnen, die Fürsorgeabgabe abziehen, die von den Gas- und Elektrizitätswerken, von der Strassenbahn gezahlt werden müssen, es sind das rund fünf Millionen Schilling, so bleibt noch ein Reingewinn von über 74 Millionen Schilling. Das wäre eine Belastung der Wirtschaft, die jeder einzelne Haushalt verspüren würde. Wenn wir diesen Weg gingen, wäre es uns möglich, die Lustbarkeits-, die Nahrungs- und Genussmittel-, die Fremden-

zimmer-, die Wortzuwachs-, die Plakat- und Inseratenabgabe, die Kraftwagen-Hauspersonal-, die Pferde- und Hundeabgabe-, die Feuerversicherungen, die Feilbietungs-, die Konzessions-, die Wasserkraft-, die Bierabgabe, die Zuschläge zu den Immobiliargebühren und zum Gebührenäquivalent, die Zuschläge zu den Totalisateurgebühren und die Grundsteuer aufzuheben. Es würde sogar noch ein Betrag von 2,176.000 Schilling übrigbleiben. (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Wir hätten dann überhaupt nur die allgemeine Fürsorgeabgabe und die Wohnbausteuer. Alle die so sehr angefochtenen Spezialsteuern würden nicht mehr bestehen. Wegen der höheren Gas-, Strom-, Wasser- und Fahrkartenpreise könnte man weit weniger Angriffe gegen die Gemeinde richten, weil alle indirekten Steuern, obwohl sie die Bevölkerung furchtbar belasten, nie so klar erkannt werden. Wir könnten uns dann leicht darauf berufen, dass wir gar nichts anderes tun als im Jahre 1913 und alle die Jahre vorher Sie getan haben. Ein anderes Beispiel. Früher wurde die Verzehrssteuer, die wir aufgelassen haben, eingehoben. Der Ertrag der Verzehrssteuer war im Jahre 1913 11 2/3 Millionen Goldkronen oder 16,391.000 Schilling. Das hat also mehr als die ganze, viel angefeindete Nahrungs- und Genussmittelabgabe ausgemacht. Die Verzehrssteuer ist der Bevölkerung nicht so sehr zum Bewusstsein gekommen, weil sie alles, was ihr unterworfen war, gleichmäßig erfasst hat, während wir heute nur einen kleinen Teil der leistungsfähigeren Gast- und Kaffeehäuser, Delikatessenhändler und Zuckerbäcker, alle Nachtlokale, Bars und Heurigen besteuern. Es war früher nur eine scheinbare Gerechtigkeit, in Wirklichkeit aber die höchste Ungerechtigkeit. Ein letztes Beispiel. Im Jahre 1913 sind aus den Wiener Mietzinsen für den Staat 54,000.000 Goldkronen, für das Land Niederösterreich 22 1/2 Millionen, für Wien 51 1/2 Millionen Goldkronen herausgeholt worden. (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Der Anteil Niederösterreichs würde heute auf Wien entfallen, weil Wien ein selbstständiges Land geworden ist. Da der Bund im Zuge der Abgabenteilung auf seine Realsteuern verzichtet hat, gehört auch der Bundesanteil der Gemeinde. Wenn eine Valorisierung der Mieten nur nach dem Goldwert und nicht darüber hinaus nach den Gestehungskosten eintritt, so würde sich der Anteil der Gemeinde Wien aus den Wiener Mietzinsen auf 185 Millionen Schilling belaufen. Das heisst, wir könnten die Fürsorgeabgabe, die Wohnbausteuer und die 19 früher erwähnten Abgaben aufheben. Wir würden überhaupt gar keine Gemeindesteuern brauchen, weil sie alle zusammen nur 184 1/2 Millionen Schilling eintragen. Natürlich wäre das eine furchtbare Belastung der Wirtschaft, weil dann alle, auch die Besitzer einer ganz kleinen Wohnung oder eines ganz kleinen Geschäftslokales, mit einer 4prozentigen Steuer belastet wären. Die Minderheit wendet immer ein, man möge nicht alle Lasten auf die heutige Generation legen, sondern sich dazu entschliessen,

eine Anleihe aufzunehmen. Wir haben auch das getan. Wir haben Ende 1927 für die städtischen Unternehmungen eine Anleihe von 30 Millionen Dollar aufgenommen. Wir halten es für durchaus zulässig, dass sich solche wirtschaftliche Unternehmungen ihre Investitionen auf dem Wege langfristiger Anleihen beschaffen. Es gibt gewiss auch eine Reihe von Gemeindeausgaben, die just nicht in einem einzigen Jahre, sondern in einer längeren Reihe von Jahren bedeckt werden können. Aber das sind unter den gegenwärtigen Verhältnissen zunächst bloss theoretische Erwägungen. Denn heute sind Anleihen nicht erhältlich. Jedenfalls muss man beim Schuldenmachen sehr vorsichtig sein, wie das Schicksal mancher Städte beweist, die durch zu weitgehendes Schuldenmachen in eine recht unangenehme Lage geraten sind. Wie wir heute in diesen sieben Steuergesetzen Erleichterungen bringen, so werden wir bestrebt sein, das auch in Zukunft zu tun. Voraussetzung ist natürlich, dass unser öffentliches Leben und damit unsere Wirtschaft eine ruhige, ordnungsgemässe Entwicklung nimmt. Das heurige Jahr war für die Gemeindefinanzen nicht sehr erfreulich. Wir hatten unter der Härte des Winters sehr zu leiden und eine ganze Reihe von namhaften Zuschusskrediten war die böse Folge. Die letzten Monate haben auch nicht die erhofften Ertragnisse gebracht, weil eine allgemeine Beunruhigung das Land erfüllt. Wäre dies nicht, so könnte man viel zuversichtlicher sein. Denn es ist ein wichtiges und erfreuliches Zeichen, dass die Arbeitslosigkeit, dieses schrecklichste Merkzeichen einer Krise, in Wien seit dem Jahre 1924 den niedrigsten Stand aufzuweisen hat. Zum Schluss will ich nochmals sagen dass wir sobald es die Verhältnisse gestatten, wieder Steuererleichterungen bringen werden. Stadtrat Breitner ersucht die Vorlagen anzunehmen (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Als erster Redner der Minderheit erwidert St. R. Kunschak zunächst auf die Ausführungen des Referenten über die Friedenssteuern. Er verweist darauf, dass die Dinge nicht so lagen, wie sie vom Referenten dargelegt werden. Es ist zwar richtig, dass die städtischen Unternehmungen früher Gewinne abgeworfen haben, doch ebenso richtig ist, dass die Unternehmungen schwere Anleihen hatten, für deren Verzinsung die Gemeinde aufkommen musste. Heute nun erzielt die Gemeinde aus dem Titel der Fürsorgeabgabe bedeutende Einnahmen von den Unternehmungen. Es ist auch nicht richtig, dass die Mieten heute nicht belastet sind, denn die Wohnbausteuer ist eine beträchtliche Belastung und aus ihrem Titel werden sehr grosse Summen von den Mietern herausgeholt. Der Hinweis auf die Verzehrungssteuer ist schon längst hinfällig geworden,

da ja die Gemeinde eine Verzehrungssteuer in Form ihres 4prozentigen An-
teiles an der Warenumsatzsteuer einhebt. Dieser Ertrag geht über den Ertrag
der früheren Verzehrungssteuer weit hinaus. Früher hatte die Gemeinde über-
haupt keinen Anteil an der Einkommensteuer, jetzt ist sie auch daran betei-
ligt. Der Anteil an der Erwerbsteuer ist heute grösser als der, den die Ge-
meinde früher hatte. Die Gemeinde Wien ist heute in ihren Einkommensmöglich-
keiten nicht ungünstiger gestellt als die frühere Gemeindeverwaltung. Auch
diese hatte Ausgaben zu bestreiten, sie war aber in ihrer Bilanz viel schwie-
riger gestellt als die jetzige, die dazu ihren Aufgabenkreis durchaus nicht
erweitert hat. Die Darstellung Breátners ist ein Schlag, der daneben gegan-
gen ist und seine Finanzpolitik durchaus nicht rechtfertigt. Ein zutreffen-
der Wertunterschied kann nicht nicht als Vergleich^{mit}/der früheren Zeit ge-
zogen werden, sondern nur aus Vergleichen mit der Gebarung und den Gebarungs-
ergebnissen. Während früher beträchtliche Erfordernisse auf Anleihen verwiesen
wurden, sehen wir heute bei der Gemeinde gewaltige Vermögensanhäufungen. Die
Anspannung der Steuermaschine war und ist daher nicht notwendig. Die Vermö-
gensanhäufung seit 1923 ist eine ganz ausserordentliche. Seit 1923 ist der
Aktienbesitz der Gemeinde auf 12'3 Millionen Schilling gestiegen, seit 1923
bis Ende Dezember d. Jahres hat die Gemeinde 44'8 Millionen Schilling Steu-
ereinnahmen in Grund und Boden angelegt und einschliesslich der Budgetpost
1929 in Hausbesitz 561'8 Millionen Schilling. Innerhalb von sechs Jahren
hat die Gemeinde nicht weniger als 619 Millionen Schilling aus der Wirt-
schaft herausgeholt und in dauernde Vermögenswerte angelegt. Rechnet man
noch die 90 Millionen Schilling dazu, die im kommenden Jahr für die Wohn-
hausbauten vorgesehen sind, so erreichen wir die Summe von rund 700 Millio-
nen Schilling. Mit dieser Tatsache im Vergleich steht die Tatsache, dass die
Wirtschaft und insbesondere der Mittelstand verarmt sind. Die Verarmung der
Wirtschaft auf der einen und die Bereicherung der Gemeinde auf der anderen
Seite, das ergibt ein verächtliches Urteil der Finanzpolitik der gegenwärtigen
Gemeindeverwaltung (Zustimmung bei der Minderheit), Es ist nicht Aufgabe der
Gemeinde, die Steuerschraube so anzuziehen, dass sie daraus eine Vermögen-
vermehrung erzielt. Aufgabe der Gemeinde ist es, dass sie die laufenden Aus-
gaben zu decken vermag und daneben eine bescheidene Reserve anlegt. Ihre
Reserve ist nun auch eine sehr beträchtliche, denn im Budget haben sie als
Kassenbestand 66 Millionen Schilling ausgewiesen. Auch das zeigt, dass Sie
über das Mass Steuern aus der Wirtschaft herausholen. Die Vermögensanhäufung
der Verarmung der Wirtschaft und des Mittelstandes gegenübergestellt, ist
der lebendigste und lauteste Zeuge gegen die Richtigkeit Ihrer Finanzpolitik.

In der Inflationszeit hatten Ihre Steuern vielleicht noch Berechtigung. Damals musste unter dem Einfluss des stets sinkenden Geldwerts der Finanzreferent in seine Steuern einen Sicherheitskoeffizienten einbauen. Im August 1922 war der Gang der Inflation sicherlich noch nicht abzusehen. Aber wir haben diese Steuern noch immer, obwohl schon im September 1922 die Stabilisierung der Währung erfolgt ist. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit).

Was ist nun geschehen? In ihrem Wesen stehen alle die Inflationssteuern heute noch aufrecht. Es ist noch gar nichts geschehen, als der Abbau des in den Inflationsjahren eingebauten Sicherheitskoeffizienten. Wir verzeichnen die traurige Tatsache, dass die Inflationssteuern sieben Jahre nach der Stabilisierung der Währung noch immer aufrecht sind.

An Ihrer Steuerpolitik sind noch zwei Tatsachen zu konstatieren. Die ganz auf Schikanen berechnete Konstruktion der Abgaben und die aus dieser Konstruktion in Progression sich naturgemäss ergebenden Schikanen der Steuerverwaltung. Ihre Steuern sind neben der Masslosigkeit der Sätze unerträglich geworden durch die Möglichkeit der Schikanen, die durch die Konstruktion gegeben sind. (Zustimmung)

Stadtrat Breitner hat übertrieben als er sagte, er sei glücklich diese Vorlagen hier unterbreiten zu können. Es ist kein Anlass zu einer glücklichen Stimmung. Er weiss ganz genau, dass er viel weiter gehen könnte, wenn der Wille dazu vorhanden wäre. Aber er bricht nur einige der schmerzlichsten Stacheln aus dem Dornengestrüpp seiner Steuern. Mehr als ein Strohalm ist es nicht, den Sie unserer schwer kämpfenden Wirtschaft bieten. Wir haben schon in früherer Zeit durch unsere Anträge zu verstehen gegeben, wie eine wirkliche Hilfe aussehen würde. Schon bei der Beratung des Budgets 1927 haben wir eine Menge Anträge vorgelegt. Da haben wir verlangt, dass die Steuern durchwegs auf 50 Prozent in ihren Sätzen herabgesetzt werden. Das ist in keinem Fall erreicht. Vielleicht nur bei der Fremdenzimmerabgabe. Allerdings sind auch da die Investitionsbestimmungen zu erwähnen. Sie sind sicherlich kein schlechter Gedanke und Breitner hat sich damit den Titel eines Reformators des Wiener Hotelwesens mit Recht verdient. Tatsächlich wurden unsere Hotels in einem grossen Umfang modernisiert. Wenn wir nun darauf bestehen, dass die Fremdenzimmerabgabe überhaupt beseitigt wird, so deshalb, weil wir heute mehr denn je darauf angewiesen sind, eine Fremdenstadt zu werden. Das kann nicht allein mit Prospekten erreicht werden, sondern dazu ist vor allem notwendig, dass der Fremde gut und billig wohnt. Die Wiener Fremdenzimmerabgabe ist in der ganzen Welt in Verruf. Würden wir diese Abgabe aufheben, so würde das in der ganzen Welt den besten Eindruck machen. Die Post-Fremdenzimmerabgabe würde wohl aus dem Budget verschwinden, aber dafür die

dafür die Posten Lustbarkeitssteuer und Nahrung- und Genussmittelabgabe höhere Erträge bringen. Wir haben auch die Beseitigung der Wasserkraftabgabe verlagert. Sie ist mit 3.8 Millionen Schilling eingesetzt. Keine Forderung ist berechtigter als diese. Das Budget wird dadurch in keiner Weise berührt. Die angedrohte Erhöhung des Gas- und Strompreises, die ich bestreite - sie wäre nicht notwendig - könnte ja durch eine Dotierung der Elektrizitätswerke aus der Investitionsanleihe vermieden werden. Es braucht nicht einmal das Gesetz über die Einhebung dieser Abgabe aufgehoben werden, weil vielleicht doch wieder einmal ein Wasserkraftwerk gebaut werden wird. Wir haben auch eine Modifikation der Hauspersonalabgabe verlangt. Auch davon ist heute nicht die Rede. Wir sind hier hart an der Grenze wo der steuerpolitische Unsinn beginnt. Zweifellos hat diese Steuer zu einem Abbau des Hauspersonals geführt. Durch die Art der Steigerung der Abgabe legen sich kinderreiche Familien grosse Beschränkungen auf, weshalb wir die Abgabefreiheit für zwei Hausgehilfinnen verlangt haben. Das würde vielleicht zu einer kleinen Einbusse des Steuerertrages führen, der aber durch die Einstellung von hunderten, vielleicht tausenden arbeitslosen Hausgehilfinnen wettgemacht werden würde. Es mussten übrigens Fürsorgemassnahmen für arbeits- und obdachlose Hausgehilfinnen von der Gemeinde ergriffen werden und ich bin überzeugt, dass diese Massnahmen im Laufe der Zeit ein Mehrfaches des Ertrages der Hausgehilfinnenabgabe getragen. (Zustimmung).

Was man gibt und wenn es noch so wenig ist, und es wird aus reinem Willen gegeben, dass wirkt. Leider muss man feststellen, dass der reine Wille absolut nicht zu erkennen ist. Immer ist er verkleidet und getrübt mit einer Menge von Klauseln, die Verbitterung auslösen. Die heutigen Vorlagen bieten der durstigen Wirtschaft Wasser in einem schmutzigen Glas. Sie haben alle diese Ermässigungen an eine Bedingung geknüpft. In allen diesen Gesetzen ist vorgesehen, dass im Falle einer Aenderung der Abgabenteilung, die der Gemeinde Einnahmen entzieht oder durch Bundesgesetze, die ihr neue Ausgaben aufbürden, die Ermässigungen wieder rückgängig gemacht werden. Nun sind aber die Steuern heute ein sehr wesentlicher Kalkulationsfaktor des Wirtschaftslebens. Wie soll der Unternehmer kalkulieren und Lieferungsverträge abschliessen, wenn er nicht weiss, ob die Steuer nicht schon in den nächsten Tagen vervielfacht wird. Das zeigt von so viel Mangel an Verständnis für die Bedürftigkeit unserer Wirtschaft, dass man schon von Wirtschaftsfremdheit und Wirtschaftseindlichkeit sprechen kann. (Zustimmung bei der Minderheit).

Bei der Lustbarkeitsabgabe von sportlichen Veranstaltungen war früher die Bemessung von einer bestimmten Einnahme aus den Karten abhängig.

jetzt wird eine neue Bemessungsgrundlage beantragt, die auch die Freikarten und ermässigten Karten zum vollen Preis abgabepflichtig macht. Namens meiner Partei stelle ich das ernstliche Ersuchen, endlich die Pauschalierungen durchzuführen, die von allen abgabepflichtigen Unternehmungen immer wieder verlangt werden. Zu gleicher Zeit als diese Steuererleichterungen in den Finanzausschuss gekommen sind, ist auch eine Steuererhöhung in Kraft getreten. Es ist dies die Erhöhung der Fürsorgeabgabe für die Stückmeister in der Kleiderbranche. Ich will feststellen, dass dies der Finanzreferent einvernehmlich mit allen zuständigen Faktoren durchgeführt hat. Wir beschliessen heute den Banken einen Nachlass der Fürsorgeabgabe um zwei Prozent zu gewähren und in diesem Moment sollen kleine Stückmeister eine erhöhte Fürsorgeabgabe zahlen. Für einen Demagogen wäre das eine herrliche Gelegenheit zur Entfaltung seiner Fähigkeiten. Ich möchte nur auf die Krise im Kleidermachergewerbe verweisen, das in einem schweren und bitteren Konkurrenzkampf mit der Tschechoslowakei steht. Ein Anzug, der in Brünn gekauft wurde, kostet 85 Schilling, die gerichtlich beeideten Schätzmeister bewerten diesen Anzug in Wien mit 160 Schilling. Gewiss kann St. R. Breitner diesen Zustand durch seine Steuerpolitik nicht beheben. Das muss durch eine andre Zollpolitik geschehen. Aber womit auch St. R. Breitner rechnen muss, das ist die Tatsache, dass er diesem schwer bedrängten Stand nicht neue Steuerlasten aufbürden darf. Ich stelle fest, dass wir für diese Anträge heute stimmen werden, obwohl sie uns ungenügend erscheinen, im Umfang und unzulässig in ihrer Konstruktion. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Zimmerl (E. L.) : Es handelt sich hier keineswegs um Steuerermässigungen, sondern nur um Verschiebungen. Schauen wir uns einmal die Einnahmen aus den Steuern näher an. Im Jahre 1925 waren es 168 Millionen, 1926 schon 173 Millionen, 1927 bereits 184 Millionen, 1928 gar 190 Millionen und 1929 werden es noch mehr sein. Wir lesen, dass St. R. Breitner immer wieder Steuern nachlässt, aber wir sehen, dass die Einnahmen immer mehr steigen. Je mehr Sie nachlassen, desto grösser sind die Einnahmen. Ein Beispiel ist vor allem auch die Lustbarkeitsabgabe. Sie brachte 1926 rund 12 Millionen, 1927 bereits 15' 5 Millionen, 1928 schon 14' 5 Millionen und 1929 sicherlich über 15 Millionen. Auch die Nahrungs- und Genussmittelabgabe ist von 13 auf 15 Millionen Schilling gestiegen.

Wie kommt das und wie wird es gemacht? Bei der Lustbarkeitsabgabe werden vor allem die Einzelveranstaltungen der Vereine immer höher bemessen. Der Verein der im Vorjahr 300 Schilling gezahlt hat, wird gesteigert, wenn er heuer etwas veranstaltet. Genau so werden auch die Pauschalierungen von Zeit zu Zeit revidiert und erhöht. Bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe werden Gensenschaften, wie die Kaffeesieder und Gstwirte zusammengelegt, um einen

höheren Prozentsatz von Betrieben, als das Gesetz es vorschreibt, einreihen zu können. Mit welchem Raffinement man immer höhere Steuern aus den Betrieben herauschindet, ist fast bewunderungswürdig. Die Abgabenerträge sind in Wien um 30 bis 40 Prozent gestiegen. Das gibt es nirgends. Das ist der Wirtschaftsbolschewismus in Wien. Die Wirtschaft geht zurück und die städtischen Steuern werden immer höher. Die Fürsorgeabgabe für Stückmeister ist ein Gewaltakt, weil diese Leute gar nicht abgabepflichtig sind. Aber solch kleinen Leuten ist der Rechtsweg unmöglich. Mir ist ein Fall bekannt, wo man eine Steuerbeschwerde einfach liegen gelassen hat und ganz offen sagte, dass sie solange liegen bleibt, damit der Mann nicht an den Verwaltungsgerichtshof gehen kann. Solche Zustände spotten jeder Beschreibung (Lebhafte Beifall bei der Minderheit). Allerdings den Banken wird jetzt die Fürsorgeabgabe um zwei Prozent nachgelassen. Welche Wandlung ist da mit Herrn St. R. Breitner vorgegangen! Er hat immer erklärt, dass die erhöhte Abgabe für die Banken nur ein Sechzehntel Prozent des Zinsfusses ausmacht. Bei einem Zinsfuss von zwanzig Prozent, wie er damals üblich war, gewiss keine Belastung. Plötzlich wird die Abgabe herabgesetzt ohne dass dies jemand verlangt hat. Hunderttausende Gewerbetreibende petitionieren unausgesetzt bei der Gemeinde um Steuerermässigung. Es geschieht nichts, weil aber angeblich der Reichsverein der Bankbeamten und die Bankdirektoren eine Erleichterung verlangt haben, werden zwei Prozent nachgelassen. Breitner hat wieder heimgefunden zu seinen Freunden. In Wirklichkeit ist es so, dass die Gemeindeverwaltung trotz der Vergeudung ungeheurer Mittel aus politischen Gründen und trotz der Verpulverung von ^{Hunderttausenden} Schillingen für verkrachte Unternehmungen seit dem Jahre 1923 um 700 Millionen ihr Vermögen vermehren können. Diese Ziffer beweist, dass aus der Wirtschaft gewiss nicht nur das herausgeholt worden ist, was unerlässlich notwendig ist wie St. R. Breitner meint. Aber sie brauchen diese Täuschung gegenüber dem Steuerträger und gegenüber dem Bundesfinanzminister. Ihre Maxime ist: Zuckerbrot und Peitsche den Angestellten gegenüber und Zuckerbrot und Peitsche auch den Steuerträgern gegenüber.

GR. Zimmerl beschäftigt sich sodann im besonderen mit der Fremdenzimmerabgabe und bemerkt, dass diese Abgabe in Wirklichkeit erhöht werde, da von ihr für die Jahre 1928 und 1929 fünfzig Prozent für Investitionen nachgelassen wurden während vom 1. Jänner 1930 nur mehr drei Achtel nachgelassen werden sollen. Man hat die Hotelunternehmungen gezwungen grosse Investitionen zu machen sie müssen die aufgenommenen Kredite sehr hoch verzinsen und statt dass man ihnen nun die Möglichkeit gibt, ihren Zinsenverpflichtungen nachzukommen, erhöht man die Abgabe um ein Achtel. Wir verlangen seit Jahren die gänzliche Abschaffung dieser Abgabe, da sie den Fremdenverkehr erheblich behi

dert und wir dadurch gegenüber allen anderen Grosstädten, die eine solche Abgabe nicht kennen, in Nachteil kommen. Es ist auch ganz ungerechtfertigt ein Teil der Abgabe zur Fremdenverkehrspropaganda zu verwenden so sehr auch dieser Propaganda das Wort geredet werden muss. Die Fremdenverkehrspropaganda wird doch nicht für die Hoteliers gemacht, sondern aus allgemeinen Interessen heraus und daher müssten auch die Mittel hierfür aus den allgemeinen Einkünften der Gemeinde gekommen werden. Der Redner beantragt die Aufhebung der Fremdenverkehrsabgabe mit 1. Jänner 1930. Ferner beantragt er in der Novelle über die Ankündigungsabgabe das freie Ermessen zu streichen und die Lautsprecherreklame auch fernerhin von der Abgabe frei zu lassen. Wir haben sagt GR. Zimmerl, seit Jahren eine durchgreifende Aenderung Ihres Steuersystems verlangt. Es ist heute die Ansicht aller Wiener, dass dieses Steuersystem einen konfiskatorischen Charakter hat und daher mit Recht als bolschewistisch bezeichnet wird. Dazu kommt, dass Sie der Minderheit jede Kontrolle verweigern. Wir mussten zum Verwaltungsgerichtshof gehen, um uns das Recht zu erkämpfen, in die Belege der Jahresrechnungen und der Bilanzen Einblick zu gewinnen. So behandelt man eine Minderheit, die mehr als ein Drittel des Gemeinderates ausmacht. Sie reden jetzt sehr viel von Demokratie und Verständigung. Wo Sie die Minderheit haben möchten Sie gerne die Verständigung. Wo Sie die Mehrheit sind, haben Sie eine brutale Gewaltherrschaft aufgerichtet, (Lebhafter Beifall bei der E.L. :). Bei meiner letzten Rede ist von einem Mitglied der Mehrheit der Zwischenruf gemacht worden: Dem Szandor Weiss sind Sie zu wenig radikal, da kriegen Sie alltäglich Ihre Zensur im Erpressen. Ich kenne den Szandor Weiss nicht persönlich und daher sind mir seine Zensuren gleichgültig. Was Sie mit dem Erpresserblatt meinen, weiss ich nicht, aber das eine weiss ich, dass Herr Czandor Weiss früher bei einem Erpresserblatt mitgewirkt hat und dieses Erpresserblatt ist der "Abend" und das ist ein sozialdemokratisch-marxistisches Blatt (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Wenn mir zugemutet wird, dass ich mich in meinen Reden von irgendjemanden beeinflussen lasse, so weise ich das mit aller Entschiedenheit zurück. Meine Reden haben sich nicht geändert, wohl aber Ihr Verhalten. Dem Mann, den Sie als Bluthund und Arbeitermörder bezeichnet haben, haben Sie um Verzeihung bitten müssen. St. R. Breitner hat von dem stets wachsenden Vertrauen der Bevölkerung zur Mehrheit gesprochen. Dieses Vertrauen ist nicht/im Abflauen begriffen, es haben sich nicht nur zehntausende Leute von Ihnen abgewendet, sondern wenn noch die vielen dazukommen, die nur durch Wahlschwindel gewählt haben, wird es in diesem Baale anders ausschauen. Das marxistische System, dass die Mehrheit hier aufgerichtet hat und das unsere Wirtschaft zu gundegerichtet hat, muss verschwinden,

Geht es auf verfassungsmässigem Wege, dann gut, wenn nicht, dann vielleicht auf dem Wege, auf dem Sie im Jahre 1918 hier hereingekommen sind, durch das stürmische Verlangen der Wiener Bevölkerung (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E.L.).

Abg. Angermayer (E.L.) bemerkt, nicht nur die hohen Steuersätze, sondern auch die Art der Vorschreibung und der Eintreibung der Steuern, die ständige Ueberwachung und Bespitzelung der Geschäftswelt ist unerträglich geworden. Die Revisionsstelle für die Gemeindeabgaben ist die Tscheka des Wiener Rathauses, unter der die Geschäftswelt am allermeisten zu leiden hat. 120 Beamte dieser Revisionsstelle werden Tag und Nacht auf die Geschäftsleute gehetzt. Aufgabe der Beamten ist neben der sonstigen Ueberprüfung die sogenannte stille Beobachtung das heisst die Bespitzelung der Geschäftsleute die darin besteht, dass die Beamten zu den diffamierendsten Handlungen gezwungen werden. So müssen Beamte in Gasthäuser gehen und auf Kosten der Gemeinde ein paar Seidel Bier trinken um zu beobachten, ob das Klavier nicht benützt wird. Da ist es in Margareten vorgekommen, dass ein Beamter, der das Klavierspielen verbieten wollte, von den Gästen georfeigt und hinausgeworfen wurde. Etwas ähnliches ist in Ottakring passiert. In solche Situationen bringt man Beamte der Stadt Wien. Beschämend ist auch der Spitzeldienst in Nachtlokalen. Da müssen die Beamten auf Kosten der Gemeinde Wien zechen, und zwar so, dass die Zeche auffällt, Shampagner trinken und so weiter und dann nach einigen Tagen wird untersucht, ob der Betrag auch wirklich verbucht ist. Dieses Spitzelsystem geht so weit, dass sich sogar unter den Angestellten der Nachtlokale Steuerkonfidenten befinden. Am diffamierendsten ist aber wohl der Dienst der Beamten in den Stundenhotels. Beamte werden aufgefordert, auf Kosten der Gemeinde Stundenhotels in Gesellschaft von Frauen zu besuchen und nach dem sie sich dort ausgelebt haben, müssen sie genau die Nummer des Zimmers und die Dauer ihres Aufenthaltes vermerken, damit dann festgestellt werden kann, ob die Eintragungen des Hotels stimmen. Man muss da in allen Ernst fragen, ob demjenigen Beamten, die in Ausübung des ihnen aufgetragenen Dienstes erkrankt sind, wenigstens die Spitalskosten bezahlt werden. Oder es gibt Revisionsbeamte, die auskundschaften müssen, ob ein Greisler die zwei Kilogramm Zwetschken wirklich in sein Buch eingetragen hat. Selbst die Ringelspiele im Prater werden überwacht. Ein anderes Merkmal der Steuerpolitik der Gemeinde ist, dass man je nach der Parteizugehörigkeit verschieden vorgeht. Dem Arbeiterfussballerverband ist bis heute angeblich überhaupt noch keine Lustbarkeitsabgabe vorgeschrieben worden. Es ist auch nicht bekannt, ^{Ob} der

Republikanische Schutzbund für seine Angestellten die Fürsorgeabgabe zählt, Der Verein der Kinderfreunde wird ganz anders behandelt als andere Vereine der gleichen Art. Bei einem roten Handballverein, bei dem eine Revision Beanständungen vornehmen musste soll trotz dieser Beanständungen gar nichts geschehen sein. Oder die Arbeiterbank die einmal revidiert werden sollte, hat den Beamten die Ueberprüfung der betreffenden Konti verweigert. Bei einer Generalrevision des Winarskyhofes wurde das dortige Kino beanständet und die Steuer von der Revisionsstelle bemessen. Dafür hat die Stelle einen amtlichen Verweis erhalten mit dem Hinweis, dass bei jeder politischen Sache erst gefragt werden muss (Hört! Hört! bei der E. L.) Gr. Angermayer bemerkt zum Schlusse, solange die Mehrheit im Rathaus nach parteipolitischen Gesichtspunkten regiere und solange die Wiener Tscheka nicht aufgehoben wird, wird man die Wiener Steuerträger mit solchen Steuernachlässen über ihr Elend nicht hinwegtäuschen (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

GR. Elend (E. L.) führt aus, dass die derzeitige Gemeindeverwaltung die Wiener Bevölkerung an den Bettelstab gebracht hat. Breitner muss sich endlich dazu bequemen, seine Steuerpolitik von Grund auf zu ändern. Es ist nicht Aufgabe der Gemeinde, die selbstständigen Gewerbetreibenden zugrunde zu richten. Den Unternehmern müssen alle möglichen Erleichterungen geschaffen werden, damit sie die schwere Zeit aushalten können. Das Vermögen, das Sie in den Gemeindekassen angesammelt haben, ist totes Kapital, dem Unternehmer aber haben Sie sein Betriebskapital weggesteuert. Die Ermässigungen sind völlig unzulässig, weshalb die Minderheit auch nicht in der Lage ist, der Gemeindeverwaltung das Vertrauen entgegenbringen zu können. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Erban (E. L.) führt aus, dass das Breitner Steuersystem durch die Art und Weise der Vorschreibung und Eintreibung der Steuern weltberühmt geworden ist. Breitner ist ein förmlicher Diktator, kein Mensch in der Wiener Geschäftswelt glaubt, dass jetzt eine Besserung der Wirtschaft eingetreten ist. Eine Besserung wird nur dann eintreten, wenn das ganze Breitner System verschwindet. Der Bürgermeister spricht jetzt immer bei der Eröffnung der Wohnhausbauten über die Notwendigkeit einer gesunden Wirtschaft. Wenn man seine Reden liest, glaubt man gar nicht, dass der Bürgermeister von Wien sie gehalten hat. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer gesunden Wirtschaft des Bürgermeisters Seitz ist ein Erkenntnis in der Angstpsychose, sonst könnte er nicht so richtige Worte sprechen. Die Forderungen der Minderheit sind schon zu Forderungen der gesamten Bevölkerung geworden. (Beifall bei der E. L.)

In seinem Schlusswort erwidert der Referent auf die Ausführungen der Redner der Minderheit. Er stellt fest, dass der Ertrag der Wohnbausteuer 36 Millionen Schilling ausmacht, während die alten Mietzinssteuern der Gemeinde 185 Millionen Schilling eingetragen haben. Es ist auch nicht richtig, dass der Aufgabenkreis der Gemeinde nicht erweitert worden ist. Ich verweise nur auf die Wohnbautätigkeit, auf die gewaltige Ausgestaltung des Fürsorgewesens wie zum Beispiel die Schülerausspeisung, die Tuberkulosefürsorge, die Schulärzte, die Schulzahnkliniken, die unentgeltliche Abgabe von Lernmittel und dergleichen. Dass alle Gesetze an einem bestimmten Vorbehalt geknüpft sind, ist eine Notstandsmassnahme gegen das Vetorecht des Bundesfinanzministers. St. R. Breitner tritt der Meinung entgegen, dass es überall besser sei, als in Wien. Er verliest einen Bericht des neuen Wiener Extrablattes, in dem es heisst, dass die Berliner Wirtschaftslage sehr ungesund sei, die Insolvenzen einander jagen und dass tausende von Ausländer in Berlin in den dürftigsten Verhältnissen leben. Oesterreich leidet eben wie alle anderen Staaten noch an den Nachwirkungen des Krieges, aber erfreulich ist es, dass trotz der unerhörten Zerreissung eines alten Wirtschaftsgebietes Wien seine ungeheure Lebenskraft bewiesen hat. Wenn der Gemeinde vorgeworfen wird, dass sie in einigen Betrieben Fehlschläge erlitten hat, so verweise ich nur darauf, dass es auch in der Privatwirtschaft Krisen gibt, denen auch ein Gemeindeunternehmen unterliegen kann. St. R. Breitner ersucht, nunmehr in die Spezialdebatte einzugehen. (Beifall).

Als erster Redner in der Spezialdebatte spricht St. R. Rummelhardt (E. L1) Er führt aus, dass die Wiener über das Breitner Steuersystem nicht mehr raunzen. Ihre Klagen sind vielmehr schon mit Hass erfüllt, die Bedrückung der Bevölkerung hat schon eine Volksbewegung heraufbeschworen, die sie sehr leicht von ihrem Platz hinwegfegen könnte. Die Ermässigungen sind viel zu spät erfolgt. Ein grosser Teil der Abgaben gehört ganz abgebaut oder zumindest um 50 Prozent ermässigt. Der Redner spricht sodann über die Wiener Theaterverhältnisse. In Wien waren 28 Theater, von denen nur mehr 10 übriggeblieben sind. Drei von diesen sind Bundestheater, von denen Sie noch immer die Lustbarkeitsabgabe einheben, obwohl die Stadt Wien von ihnen nur Vorteile hat. Im Interesse der Theaterstadt Wien wäre für wirkliche Kunstinstitute die Lustbarkeitsabgabe überhaupt zu streichen. St. R. Rummelhardt beantragt sodann, Veranstaltungen für ausschliesslich wohltätige Zwecke von der Lustbarkeitssteuer zu befreien. Ein Resolutionsantrag geht dahin, Veranstaltungen, die zum grossen Teil wohltätigen Zwecken dienen, nur 50 Prozent der Abgebensätze vorzuschreiben. Ein weiterer Antrag des St. R. Rummelhardt verlangt die Herabset-

zung der Lustbarkeitsabgabe für Tanzkurse von 23 auf 15 Prozent und für Tanzschulen auf 28'5 auf 23 Prozent. Die Ermächtigungsklausel, wie sie in den Gesetzen vorgesehen ist, ist völlig unhaltbar. Redner ersucht die Mehrheit, die Gründe die die Minderheit für eine durchgreifende Aenderung des Steuersystems angeführt hat, zu würdigen. Es müsste sonst eine Unterstützung von ausserhalb dieses Hauses gesucht werden, was für die Mehrheit bestimmt nicht angenehm sei. Die Aenderungen, die von der Minderheit gefordert werden sind im Interesse der Bevölkerung gelegen (Beifall bei der Minderheit).

GR. Stöger (E.L.) erklärt, dass durch diese Vorlagen an dem Wesen der Gemeindesteuern im grossen und ganzen nichts geändert werde. Das Verlangen der Minderheit auf Herabsetzung der Lustbarkeitssteuer auf die Hälfte, sei durchaus begründet. Insbesondere müssen endlich alle Lehr- und Kulturfilme von der Lustbarkeitsabgabe befreit werden. Heute werden solche Filme nur dann ausgenommen, wenn sie in der Urania aufgeführt werden. Man kann dem Wiener Stadtschulrat den Vorwurf nicht ersparen, dass er auf dem Gebiet des so wichtigen Lehrfilms so gut wie gar nichts geleistet hat. In Köln gibt es nicht weniger als 25 Schulkinos und ein ausgezeichnetes Archiv für Musterfilme. Redner beantragt, dass alle Laufbildervorführungen kulturellen Inhalts von der Abgabe ausgenommen werden. Er bemängelt schliesslich, dass bei turnerischen Vorführungen mit Musik und Gesang 27 Prozent Abgabe zu zahlen sind und verlangt, dass bei Dilettantenvorstellungen die Abgabe auf die Hälfte herabzusetzen ist.

GR. Pfeiffer (E.L.) begrüsst die Hinaufsetzung der steuerpflichtigen Einnahmegrenze bei sportlichen Veranstaltungen. Leider bleibt nach wie vor die Abgabebemessung von der Bruttoeinnahme aufrecht. Er stellt deshalb den Zusatzantrag, dass alle sportlichen Vorführungen und Wettbewerbe, die mit verhältnismässig hohen Spesen verbunden sind, bei der Steuerbemessung derart behandelt werden, dass ein bestimmter Spesenbetrag ausgeschieden wird. Im Sportbeirat haben auch die sozialdemokratischen Vertreter für diese Ausscheidung gestimmt. Ein Beispiel für die Notwendigkeit der Freilassung gewisser Spesen von der Steuerbemessung sei die grosse Wiener Ruder Regatta. Jedes Jahr ergibt sich ein Fehlbetrag, trotzdem muss von den gesamten Einnahmen Lustbarkeitssteuer gezahlt werden. Im Jahre 1929 ergaben sich bei der Regatta bei einer Ausgabe von 10.690 Schilling rund 3000 Schilling unbedingt notwendige Aufwendungen, ohne die die Abhaltung dieser sportlichen Veranstaltung unmöglich wäre. Dieser Betrag muss von der Steuerbemessung frei bleiben. Im nächsten Jahr soll in Wien die Europameisterschaft im Schwimmen durchgeführt werden. Hier ergibt sich ganz genau das gleiche Verhältnis. Die Kosten gehen in die Zehntausende Schilling, dafür 26 Prozent Steuer zu verlangen, gefährdet die Veranstaltung. Die Annahme meines Antrages wird keinen Steuerentgang bringen, weil die

Lust zur Durchführung von abgabepflichtigen Veranstaltungen grösser werden wird, wodurch wieder der Steuerertrag steigt. (Beifall).

GR. Binder (E.L.) bemängelt, dass bei Veranstaltungen, die bis zwei Uhr dauern die doppelte Steuer eingehoben werden soll. Eine grosse Zahl von Festen wurden wegen dieser Bestimmung abgesagt; allein im Sophiensaal ungefähr 20. Das bedeutet einen grossen Schaden für die Wirtschaft. Viele Arbeiter und Angestellte sind dadurch zu Schaden gekommen. Es sollte für solche Veranstaltungen überhaupt keine Stunde festgesetzt werden. Für länger dauernde Veranstaltungen die Steuer zu verdoppeln, ist unverständlich. (Beifall).

GR. Haider (E.L.) bemerkt, dass die Mehrheit sich mit Vorliebe darauf beruft, dass die Lustbarkeitsabgabe von den Christlichsozialen im Jänner 1918 eingeführt worden sei, damit soll wahrscheinlich der Minderheit von heute dieses Gesetz angelastet werden. Heute ist die allgemeine Ansicht dass das Abhalten von Festlichkeiten nur dazu dienen soll, Gelder in den Rachen des St. R. Breitner zu werfen. Wir haben nichts dagegen, dass in Bars und Kabaretts die Steuer rücksichtslos eingehoben wird, aber Volksbeistütungen und Wohltätigkeitsveranstaltungen sollten doch von der Abgabe befreit werden. Die minimale Herabsetzung der Steuer kann die Bevölkerung nicht befriedigen. In der Einhebung wird zu drakonisch vorgegangen in der Sache des Bürgertheaters hat es zum Beispiel St. R. Breitner an menschlichem Befinden fehlen lassen (Beifall bei der E.L.)

Abg. Dr. Hengl (E.L.) bespricht die nachteilige Wirkung, die die Wirkung der Lustbarkeitsabgabe auf die Buschenschänken der Wiener Hauer ausübt. Diese Abgabe hat die Wirkung, dass es heute in keiner Buschenschänke Musik gibt. Eine Menge von Musikern sind dadurch brotlos geworden, Nichteinmal Gäste dürfen in den Buschenschänken musizieren. Der Schlüssel der Abgabe ist für die Buschenschänken besonders ungerecht. Abg. Hengl beantragt, dass das gelegentliche Musizieren von Gästen in den Buschenschänken der Wiener Hauer der Lustbarkeitsabgabe nicht unterliegen soll und dass die Sätze der Abgabe in den Buschenschänken insoweit abgeändert werden, dass die volle Abgabe erst bei einer Tageslosung von 1500 Schilling zu entrichten ist: die niedrigeren Sätze wären dementsprechend zu ändern (Beifall bei der E.L.)

ST. R. Breitner bemerkt in seinem Schlusswort zunächst gegenüber den Ausführungen des Abg. Rummelhardt dass an der Not der Wiener Theater nicht die Lustbarkeitsabgabe schuld ist, dass vielmehr die Theaternot eine Welterscheinung ist, in allen Bundesländern sind die Theater in einer weit schwereren Krise als in Wien. Das hat seine Ursache in der allgemeinen Verarmung und darin, dass die Geschmacksrichtung des Publikums eine andere ge-

worden ist. Die Sitze in den Zirkussen und Varietees haben sich um 2282 und in den Kinos gar um 25.000 gegenüber der Vorkriegszeit vermehrt. Ausserdem hat es im August 1929 in Wien 231.000 Radiohörer gegeben. Nicht zu vergessen ist auch die gewaltige Entwicklung die der Sport genommen hat. Gegenüber anderen Rednern stellte St. R. Breitner fest, dass vom 3200 Sportveranstaltungen rund 3000 unter die ermässigte Abgabe fallen, ferner, dass die Urania der Volksbildungsverein und das Volksheim vollkommen abgabebefrei sind. Er kommt sodann auf Aeusserungen des Abg. Angermayer in der Generaldebatte zurück, und verweist darauf, dass es richtig ist, dass der Republikanische Schutzbund keine Fürsorgeabgabe zahlt. Er hat sie aber auch nach dem Gesetz gar nicht zu leisten, da er keine auf Erwerb gerichtete Körperschaft ist, ebensowenig wie die Frontkämpfer oder die Heimwahren eine solche Abgabe leisten. Von einer Bevorzugung des Vafö kann keine Rede sein. Von einer Kontrolle wurde hier abgesehen, da sich bei Veranstaltungen dieser Vereinigung nur Steuerleistungen von 1 bis 2 Schilling ergeben haben. St. R. Breitner ersucht die Vorlagen anzunehmen und die Minderheitsanträge abzulehnen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Gesetzesvorlage über die Ermässigung der Lustbarkeitsabgabe wird in erster und zweiter Lesung unter Ablehnung der Anträge der Minderheit angenommen. Ebenso die Gesetzesvorlage über die Ermässigung der Fremdenzimmerabgabe und die Gesetzesvorlage über die Ermässigung der Ankündigungsabgabe.

Die Sitzung wird um 22 Uhr vom Präsidenten Dr. Danneberg abgebrochen. Die nächste Landtagssitzung findet am Freitag um 17 Uhr statt.
Tagesordnung: Fortsetzung der Spezialdebatte.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

Wien, am Freitag, den 4. Oktober 1929 Zweite Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 4. Oktober 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet um 22 Uhr die Sitzung.

ST.R.Professor Dr. Tandler berichtet über die Erhöhung der Erhaltsbeiträge. Die Mindestpfründe soll von neun Schilling auf sechzehn Schilling und die Höchstpfründe von vierzig auf 56 Schilling erhöht werden. Zwischen den beiden Stufen sollen alle Pfründen durchwegs eine Steigerung von zwanzig bis 25 Prozent erfahren. Die Erhöhungen treten automatisch in Kraft. Die Erhöhung der Höchstpfründe von 40 auf 56 Schilling ist den Bedürfnissen des Einzelfalles vorbehalten.

GRbin. Dr. Motzke (E.L.) führt aus, dass mit der Erhöhung der Erhaltsbeiträge ein Teil jener Anträge beschlossen wird, die von der Minderheit schon seit vielen Jahren immer wieder **gestellt** werden. Dass ist ein Einbekenntnis, dass Sie seit zehn Jahren an der Demokratie Missbrauch getrieben haben. Sie haben aber für politische Kultur und parlamentarische Moral nichts übrig gehabt. Erst jetzt hat Ihnen eine Volkserhebung einiges Verständnis dafür beigebracht. Unsere Kritik auf dem Gebiet der Fürsorge war scharf aber gerecht. Wir haben bei allen Budgetberatungen die fürchtbar kleine Anfallspfründe von 9 Schilling bekämpft und haben eine gründliche und durchgreifende Aenderung der Pfründen verlangt. Erst jetzt werden diese Forderungen erfüllt. Wir haben auch verlangt, dass man alten Leuten über 70 Jahre ohne Wartefrist gleich die Pfründe gibt. Das geschieht nicht. Im IX. Bezirk ist jetzt erst der Auftrag gegeben worden, dass im Oktober keine Pfründenerhöhungen vorgenommen werden dürfen. Das Fürsorgeinstitut Mariahilf wurde um 34 Prozent bei der Aufteilung der Einnahmen aus dem allgemeinen Sammeltag verkürzt. Im Fürsorgewesen muss endlich mehr Bewegungsfreiheit sein und auch eine Verbindung mit der freiwilligen Fürsorge hergestellt werden. Heute sind die Fürsorgeräte nichts weiter als Aushilfeschreiber und da werden oft die Aushilfen vom Amt noch gekürzt. Mit 5 Schilling Aushilfe betrügt man sich und den armen Teufel dazu. Es kommen auch in der Fürsorge Dinge vor, die es nicht geben darf. So werden beispielsweise die Asylanten polizeilich gar nicht gemeldet. Auch die überspitzte Zentralisation des Fürsorgewesens wirkt sich sehr ungünstig aus. Es dürfte nicht vorkommen, dass Fürsorgeinstitutsvorsteher noch immer mit dem Parteiabzeichen amtieren.

Wir müssen über die rigorose Behandlung der Ansuchen und der Rekurse Beschwerde führen. Es ist zum Beispiel vorgekommen, dass ein 83jähriger Pfründener 25 Monate lang auf die Erledigung seines Ansuchens hat warten müssen, (Lebhafte Hört! Hörtruße bei der E.L.) Ihre Rekursmaschine hat sehr gut gearbeitet. In einem Jahre sind etwa 4000 Pfründenempfänger ausgeschieden worden. Auch mit der Auffassung müsste gebrochen werden, dass ein Mensch der eine Altersrente bezieht deshalb vom Pfründenbezug ausgeschlossen ist. GRtin. Motzko führt sodann Beschwerde über die rigorose Behandlung der Ansuchen um Aufnahme in die geschlossene Armenfürsorge und im Bezug auf die offene Fürsorge für Kinder. Auch die Sätze der Pflegebeiträge bedürften einer gründlichen Reform. Mit der Geste der offenen Hand allein ist nicht viel getan. Sie müssen umlernen und sich auch hier in der Fürsorge auf den Boden der Demokratie stellen, die auch die andere Seite gelten lässt. Es bleibt unvergessen, dass Sie 500 magistratische Kostkinder aus unseren Anstalten herausgerissen, dass Sie die geistlichen Schwestern aus den Kinderfürsorgeanstalten der Gemeinde hinausgejagt haben. Wenn Sie von Abrüstung sprechen müssen Sie vor allem diesen Kulturhass abrüsten. Sie müssen sich dazu bequemen, ehrlich Bilanz zu machen und die Posten die auf Ihre Parteigier abgestellt waren, als Dubiosa zu streichen. Es ist das eine ernste Mahnung, die wir an Sie richten. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

In seinem Schlusswort erklärt der Referent, dass von 39.165 Pfründnern nur 924 die 9 Schillingpfründe und 2174 die 10 Schillingpfründe beziehen. Auf die Vorwürfe, dass das Fürsorgewesen zu sehr bürokratisch verwaltet wird, erwidert Profes. Tandler, dass sich der Bürokratismus als logische Konsequenz jeder Massenverwaltung ergibt. Bürokratismus ist eben eine Auswirkung der Psychologie des ganzen Volkes. In der Fürsorge ist Bürokratismus ein Gift, er ist jedoch schwer zu vermeiden. (Beifall)

Der Antrag wird angenommen.

Vorsitzender GR. Weigl schliesst um 23 Uhr die Sitzung.

Wien, am Samstag, den 5. Oktober 1929

.....

Sitzungen im Rathaus. Der Wiener Landtag setzt in der kommenden Woche am Freitag um 17 Uhr die Spezialdebatte über die Steuerermässigungsgesetze und das Gesetz über die Bodenwertabgabe fort. Anschliessend an die Landtagssitzung tagt der Wiener Gemeinderat.

.....

Eröffnung von neuen städtischen Wohnhausanlagen. Morgen Sonntag wird Bürgermeister Seitz wieder eine Reihe von städtischen Wohnhausanlagen eröffnen. Eine grosse Wohnhausanlage in der Nähe des Südbahnhofes, den "Südtirolerhof" auf dem Wiednergürtel. Der Wohnbau wurde nach den Plänen der Architekten J. Hahn und K. Ernst erbaut. Die Anlage enthält 85 Wohnungen, einen Kindergarten für 120 Kinder und ein Jugendheim. Die zweite Wohnhausanlage, die eröffnet wird, befindet sich auf dem Alsergrund in der nächsten Nähe der Kinderübernahmestelle in der Lustkandlgasse. Der Bau, für den Architekt B. Pichler die Pläne entworfen hat, umfasst 89 Wohnungen. Ausserdem sind in der Anlage noch ein Studentenheim und ein Pflegerinnenheim untergebracht. Das Studentenheim hat 28 Schlafzimmer für je 2 bis 3 Personen, ein grosses Lesezimmer, sowie alle dazu gehörigen Nebenräume, wie Badegelegenheiten, Teeküchen und dergleichen. Der dritte Bau, den Bürgermeister Seitz morgen eröffnet, steht ebenfalls auf dem Alsergrund, und zwar in der D'Orsaygasse. Die Pläne stammen von den Architekten L. Kammel und H. Würzl. Die Gesamtanlage enthält 79 Wohnungen. Alle Wohnbauten haben grosse Gartenhöfe, jede Wohnung ist auf das modernste ausgestattet und ihre architektonische Ausgestaltung zeigt der Wiener Baukünstler grosses Können.

.....

Jubilare der Ehe. Am Samstag feierten die Ehepaare Florian und Marie Wichart, Franz und Katharina Prochazka, Wilhelm und Marie Zyma und Augustin und Karoline Lorenz das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters beglückwünschte amtsführender Stadtrat Linder die Jubelpaare und überreichte ihnen die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....

Strassensperrung. In der Breitenleerstrasse werden zwischen der Ostbahnunterführung (Benzinfabrik) und der Gemeindegrenze Strassenherstellungsarbeiten durchgeführt. Aus diesem Anlass wird diese Strecke von übermorgen Montag an auf die Dauer von vier Wochen für den Fuhrwerkverkehr gesperrt.

Unreelle Anbote anlässlich der Wohnbauförderungsaktion. Das Bundesministerium für Finanzen macht in einem an alle Landesregierungen gerichteten Erlass darauf aufmerksam, dass sich Vermittler in Schreiben, die sie an Bürgermeisterämter richten, anbieten, zu besonders günstigen Bedingungen den Bau von Eigenheimen zu ermöglichen und überdies bei Erlangung von Bundeszuschüssen auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes aussichtsreich behilflich zu sein, damit durch Bundeszuschüsse die aufgenommenen Kredite konvertiert werden können. Das Bundesministerium für Finanzen stellt ausdrücklich fest, dass Bundeszuschüsse nach dem Wohnbauförderungsgesetz nur auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege, nicht aber durch eine Vermittlertätigkeit erlangt werden können, ferner, dass solche Zuschüsse zu Konvertierungszwecken überhaupt nicht gegeben werden können. Das Bundesministerium warnt daher die Öffentlichkeit vor derartigen unreellen Anboten.

Die Gemeindegzuschüsse zu den Instandhaltungskosten. Bekanntlich hat der Wiener Gemeinderat im Juni einen Beirat zur Begutachtung der Gewährung von Zuschüssen zu den Instandhaltungskosten, die über das Viertausendfache des Friedenszinses hinausgehen, eingesetzt. Am 3. Oktober hielt dieser Beirat seine fünfte Sitzung ab, in der die Ansüchen von 374 Parteien in 59 Häusern erledigt wurden. Bisher wurden insgesamt die Ansüchen von 1945 Parteien in 231 Häusern behandelt. Die von der Gemeinde gewährleisteten Zuschüsse zu den Mietzinsen betragen monatlich 8246 Schilling. Der sich hiedurch ergebende Aufwand beträgt für die Zeit vom 1. August ds. Jahres bis 31. Juli 1930 bisher insgesamt rund 87.500 Schilling.

Die letzten Viehmärkte. Auf dem Rindermarkt in St. Marx wurden nach einem Bericht der städtischen Marktamtsdirektion in der Woche vom 29. September bis 5. Oktober 3003 Stück Rindvieh aufgetrieben. Davon waren 2134 Stück Mastvieh und 869 Stück Beilvieh. Auf dem Schweinemarkt betragen die Zufuhren 10.240 Fleischschweine und 6703 Fettschweine. Das Ausland lieferte davon 10.211 Fleisch- und alle Fettschweine, so dass der Inlandauftrieb nur 29 Fleischschweine betrug. Auf dem Rindermarkt gingen die Preise infolge des grösseren Auftriebes etwas zurück. Das starke Angebot auf dem Schweinemarkt bewirkte einen ebensolchen Preisrückgang, trotzdem die Nachfrage eine ziemlich starke war. Auf dem Jung- und Stechviehmarkt verbilligten sich die Preise weiter.

Wien, am Sonntag, den 6. Oktober 1929

Eröffnung von neuen städtischen Wohnhausanlagen.Bürgermeister Seitz über Wohnbautätigkeit, Wirtschaft und Abgabenteilung.

Heute Sonntag eröffnete Bürgermeister Seitz wieder eine Reihe von städtischen Wohnhausanlagen. Zuerst den Südtirolerhof auf dem Wiednergürtel, der 85 Wohnungen enthält, dann den neuen Gemeindewohnhausbau in der D'Orsaygasse mit 79 Wohnungen und zuletzt die neue prächtige Wohnhausanlage in der Lustkandlgasse, die 89 Wohnungen, ein Studentenheim und ein Pflegerinnenheim umfasst.

Die Wohnhausanlagen hatten reichen Festschmuck angelegt. An jeder Eröffnungsfeier nahm eine riesige Menschenmenge teil. Ausserdem die amtsführenden Stadträte, Stadtschulratspräsident Glöckel, viele Gemeinde- und Nationalräte sowie zahlreiche andere politische Funktionäre.

Die Eröffnungsfeier im Südtirolerhof ging im Gartenhof der Anlage vor sich. Zunächst begrüßte im Namen des Bezirkes Gemeinderat Biner den Bürgermeister und die Festgäste. Die Wiedner Bevölkerung, sagte er, dankt der Gemeindeverwaltung aus ganzem Herzen für die gesunden und schönen Wohnungen, in denen hunderte von Menschen, die früher in dumpfen Kellerlöchern hausen mussten, nun ein glückliches Heim gefunden haben. Den Dank der Mieter überbrachte Obmann Formanek, worauf, stürmisch und jubelnd begrüßt, Bürgermeister Seitz die Eröffnungsansprache hielt:

"Ich danke Ihnen für den herzlichen Empfang, den meine Mitarbeiter und ich hier gefunden haben. Es ist davon gesprochen worden, dass diese Wohnhausanlage die erste ist, die in diesem Bezirk eröffnet wird, und es ist der Wunsch ausgesprochen worden, dass die Stadtverwaltung hier weitere Häuser baue. Ja, es gibt eben auch in den sogenannten besseren, das heisst inneren Bezirken viele schlechte, elende Wohnungen aus früherer Zeit. Sie haben jetzt im Bezirk dreihundert Gemeindewohnungen und schon im nächsten Jahr werden wir wieder eine Eröffnung feiern können. Die Stadtverwaltung wird ganz gewiss ihr Wohnbauprogramm weiter führen, wo immer sie in den Bezirken einen freien Baugrund hat. Schon heute taucht aber das Problem auf, wo bauen, wenn die verfügbaren Baugründe aufgebraucht sind. Das Niederreißen der alten Häuser, das Unterbringen ihrer Parteien während des Neubaus wird dann viel schwieriger sein.

Allerdings, alle Schwierigkeiten lassen sich überwinden. Das Bauen selbst ist heute kein Problem mehr, solange nur das notwendige Geld aufgebracht wird.

Man hat dem Finanzreferenten St. R. Breitner wiederholt den Vorwurf gemacht, dass die Wohnhausbauten unmittelbar aus Steuergeldern bestritten werden. Man hat die Ansicht vertreten, dass diese Wohnhausbauten ebensogut mittels Anleihen durchgeführt werden können. Nun, ich bin kein grundsätzlicher Gegner vom Schuldenmachen (Lebhafte Heiterkeit) und es wäre unter normalen Verhältnissen wohl denkbar, dass man einen Teil dieser Bausummen durch Anleihen auf die zukünftige Generation überwälzt. Es ist auch nicht die Frage, woher die Gemeinde Wien Anleihen bekommen könnte, - die Gemeinde Wien hat da einen soliden Ruf-, sondern die Frage ist nur die: was geschieht bei einer solchen Anleihe mit den Mietzinsen? Anleihen müssen amortisiert und verzinst werden, Verzinsungen aber erhöhen den Mietzins. Wenn aber die Gemeinde für ihre Wohnungen hohe Mietzinse verlangte, würden die privaten Hausbesitzer selbstverständlich mit dem Hinweis auf uns auch höhere Mieten verlangen. (Laute, wiederholte Zurufe).

Der österreichische Export, eine der Säulen unserer Wirtschaft, kann aber nur mit niedrigen Mietzinsen und den darauf aufgebauten niedrigen Löhnen und Gehältern konkurrenzfähig erhalten werden. Gerade der Export könnte eine hohe Miete mit unweigerlich darauffolgenden höheren Gehältern und Arbeitslöhnen nicht ertragen. Wir müssen und werden daher an der einmal eingeschlagenen Linie unseres Wohnbauprogrammes unerschütterlich festhalten. (Stürmischer, lauter Beifall).

Die Noider und Nörgler an der Stadtverwaltung sind schlecht beraten, wenn sie sich bei der Abgabenteilung gegen Wien wenden und meinen, man müsse aus Wien immer mehr herauspressen. Sie scheinen nicht zu wissen, dass die ganze Republik einen unermessbaren Schaden erleiden würde, wenn Wiens Steuerkraft nicht bestünde. 80 Prozent aller Staatsmittel fließen direkt und indirekt aus der Wiener Volkswirtschaft. Wenn sie die Wiener Volkswirtschaft durch eine unvernünftige Abgabenteilung zerstörten, das wäre nicht nur der Untergang Wiens, sondern der Wirtschaft der ganzen Republik. (Lebhafte Zustimmung)

Ich habe vorigen Sonntag gesagt: Wien wird in der Abgabenteilung nicht kleinlich sein, sondern so grosszügig, wie es immer war. Ich habe mich gewundert, dass diese Bemerkung in einzelnen Kreisen die Deutung erfahren hat:

aha, jetzt sind sie weich geworden! (Laute Heiterkeit). Diese Annahme ist falsch. Die Wiener Stadtverwaltung wird auch diesmal wie immer grosszügig sein, aber wer gegen Wien marschieren will - in der bildlichen oder in der wirklichen Bedeutung des Wortes - der wird auf Wiener Granit stossen. (Stürmischer, langandauernder Beifall). Denn die aufbauende Fürsorgearbeit und das Wohnbauprogramm muss fortgeführt werden, bis der furchtbarsten Schande der Kultur, dem Wohnungselend ein Ende gemacht ist. (Jubelnde Zurufe).

Die Bewohner von Gemeindehäusern stehen in einem sonderbaren Zwielicht. Ich habe in gewissen Zeitungen gelesen, dass aus Gemeindewohnhäusern vorüberziehende Heimwehler begrüsst worden seien. (Lebhafter Widerspruch). Ich habe auch gelesen, dass bei Wohnbauöffnungen einzelne Fenster nicht nur nicht geschmückt, sondern sogar mit provokatorischen Bildern versehen waren. Aber gleichzeitig musste ich in denselben Zeitungen lesen, dass in den Gemeindebauten überhaupt nur Sozialdemokraten wohnen und dass niemand anderer, als erprobte Sozialdemokraten dort eine Wohnung bekommen. (Heiterkeit). Was sind Sie also? Feind oder Freund, Reaktionen oder Fortschrittler, Niederreisende und Gewalttäter oder Schöpfer und Aufbauer? (Lebhafte Heiterkeit). Man sieht, nicht nur wir Stadtverwalter, auch Sie müssen jeden Tag so scheinen und herhalten, wie es der Gegner braucht, um schreien zu können. (Lebhafte Zustimmung).

Nun, das eine ist so verlogen wie das andere. Es ist gewiss richtig, dass drei Viertel aller Wohnparteien in den neuen Häusern mit der Gemeindeverwaltung übereinstimmen, weil zwei Drittel der Wiener Einwohnerschaft sich schon in den Wahlen zu ihr bekannt haben und das dritte Drittel zumeist den sogenannten besseren Ständen angehört, die auf Gemeindewohnungen füglich verzichten. Aber ebenso richtig ist, dass sich die Gemeindeverwaltung bei der Vergebung von Wohnungen nicht von parteipolitischen Erwägungen leiten lässt, dass selbstverständlich auch viele wirklich wohnungsbedürftige Andersdenkende Gemeindewohnungen bekommen haben, gesunde, lichte, lüftige Wohnungen, in denen der Menschen Wesensart sich allmählich auch anders gestaltet. (Stürmischer Beifall).

Unser Stadtrat Weber, der Leiter des Wohnungsamtes, hat ein schweres und undankbares Amt. Niemand kann ermessen, welche mühselige und allen möglichen Anfeindungen ausgesetzte Arbeit es ist, aus tausenden Wohnungswerbern immer gerade die fünfzig oder hundert Dringlichsten ausfindig zu machen. Jeder, der eine Wohnung braucht, findet erschütternde Worte, sein Gesuch zu unterstützen. In solcher Lage immer den Allerbedürftigsten zu finden, ist eine schwere Arbeit und wir danken es Weber, dass er unermüdlich ausharrt und allen Angriffen gegenüber immer besteht. (Stürmischer Beifall). Denn diese Wohnbautätigkeit, angefeindet von allen, die den Mieterschutz sprengen wollen, angefeindet von allen, die Wien seine finanziellen Mittel schmälern wollen, nicht objektiv sein wollen, diese Wiener Wohnbautätigkeit, die gehasst ist von allen Hassern des Volkes, sie ist wahrhaft der Stolz der arbeitenden Wiener, der Stolz der Stadtverwaltung und der ganzen Stadt, sie wird mit Entschiedenheit fortgesetzt werden bis ans Ende der Wohnungsnot. (Lauter stürmischer Beifall, immer wieder jubelnde Zurufe und Zustimmung).

Mögen die Bewohner dieses neuen Hauses sich hier wohl fühlen und einer besseren Zukunft entgegengehen, mögen sie in ihren Kindern ein Geschlecht neuer Menschen aufwachsen sehen, das die Aufbauarbeit der Stadt dereinst fortsetzen wird, eine würdige nachfolgende Generation derer, die sie unter den schwierigsten Verhältnissen begonnen haben. (Langer, jubelnder Beifall).

Dann begrüsst die Kinder des Südtirolerhofes den Bürgermeister mit einem im Chor vorgetragenen Gedicht, worauf Musikvorträge, die die Feier auch einleiteten, diese schlossen. Der Bürgermeister und die Festgäste machten sodann einen Rundgang durch die Anlage.

An die Eröffnung des Südtirolerhofes schloss sich die Eröffnung der neuen Wohnhausanlage in der D'Orsaygasse an. Die Feier wurde ebenfalls im Gartenhof des Hauses abgehalten, wo Bezirksvorsteher Schober den Bürgermeister und die Festgäste herzlich begrüsst. Alsergrund, sagte er, hat schon sieben Wohnbauten mit mehr als 700 Wohnungen. Der Bezirk hat förmlich ein neues Gesicht bekommen. Am glücklichsten sind die Kinder, die in den prächtigen Heimen zu aufrechten Menschen heranwachsen können. Dafür sei der Stadt Wien Dank und Anerkennung ausgesprochen. Für die Mieter dankte Obmann Hansel der Gemeindeverwaltung für das schöne Heim, dass sie in den vorbildlich hygienischen Wohnungen gefunden haben.

Dann sprach, stürmisch begrüsst, Bürgermeister Seitz. Er dankte zunächst für den herzlichen Empfang, den die Bevölkerung der Rossau der Stadtverwaltung bereitet hat.

"Ich freue mich, sagte der Bürgermeister, ganz besonders über die Worte der Anerkennung, die der Bezirksvorsteher und der Mieterobmann für die Aufbauarbeit der Gemeinde gefunden haben. Es war nicht leicht, in diesem engverbauten Bezirk etwas Neues zu schaffen. Wir verfügen auf dem Alsergrund über keine Baugründe mehr, obwohl für neue und schöne Bauten noch Platz genug wäre. Wie schön wäre es, wenn wir zum Beispiel die Rossauerkaserne, diese alte Burg, endlich einmal rässieren und an ihre Stelle einen vorbildlichen Volkswohnhausbau setzen könnten. (Stürmische Zustimmung, lauter Beifall).

Die alte Rossau ist in den 70er und 80er Jahren neuerstanden und schon wieder veraltet. Die Miethäuser, die heute noch stehen, zeigen eindringlich, wie damals gebaut wurde, wie die ganze Bauweise darauf gerichtet war

aus dem Boden möglichst viel Zins herauszuschlagen. Das ist wohl eines der traurigsten Kapitel in der Geschichte der Wiener Baukunst. (Lebhafte Zustimmung).

Die Zeiten haben sich nun geändert; auch dieser alte Bezirk wurde durch neue Wohnhausanlagen verschönert. In dieser Aufbauarbeit stehen wir nicht auf den Zinnen einer Partei. Wir dienen der Gesamtheit, wir dienen der ganzen Wiener Bevölkerung. (Lebhafte Zustimmung). Und wenn Nörgler und Neider unsere Arbeit verunglimpfen, so verweise ich auf das Urteil der Fachleute fast der ganzen Welt, die unserer Arbeit nur Lob und Anerkennung spenden. Die Aufbauarbeit der Wiener Gemeindeverwaltung ist getragen vom Geiste der Freundschaft, sie ist beseelt von dem Gedanken des Aufbaues der Menschheit, und in diesem Gedanken wollen wir den Wohnhausbau eröffnen! (Stürmischer Beifall).

Ein kleines Mädchen überreichte sodann dem Bürgermeister einen Blumenstrauß, dann trug die Eisenbahnermusikkapelle ein Musikstück vor, worauf mit einem Rundgang der Festgäste durch den Wohnbau die Feier geschlossen wurde.

Dann wurde die Wohnhausanlage in der Lustkandlgasse eröffnet. Der Bürgermeister und die anderen Gemeindefunktionäre wurden von den Bewohnern des Hauses und der Bevölkerung des Bezirkes, die zahlreich zu der Eröffnungsfeier gekommen war, lebhaft begrüßt. Die Feier fand in dem prächtigen Hof der Wohnhausanlage statt, dem ein alter Kastanienbaum, der stehen gelassen wurde, einen besonderen Reiz gibt.

Sänger und Musiker empfingen die Gäste mit einem Lied. Gemeinderat Schleifer begrüßte sie dann im Namen des Bezirkes. Die werktätige, friedliebende Bevölkerung des Bezirkes, sagte er, die die Mehrheit des Bezirkes bildet, freut sich ganz besonders, Sie, Herr Bürgermeister, hier zu begrüßen, da Sie in diesem Bezirksteil Ihre Kindheit verlebt haben. Auf dem Platz, auf dem sich heute dieser schöne Bau erhebt, stand früher das alte Karolinenkinderspital. Nun steht hier ein Haus der Freude und der Gesundheit, für dessen Errichtung die Bevölkerung herzlichst dankt.

Obmann Hauke überbrachte den Dank der Mieter, die in den gesunden Wohnungen nunmehr neu aufleben. Sie wissen dieses Glück der Gemeinde zu danken.

Stürmisch bejubelt, eröffnete dann Bürgermeister Seitz den Wohnbau.

"Ich glaube, führte der Bürgermeister aus, an das Hochgefühl der Menschen, die hier wohnen, und an das Glück, von dem der Vertrauensmann der Mieter gesprochen hat. Sie sind aus engen, dumpfen Wohnungen gekommen oder sie mussten als junge Ehepaare getrennt leben. Hier haben sie nun ein helles, gesundes Heim gefunden, in dem sie einer besseren Zukunft entgegenleben können. Wir wollen, dass endlich der Tag kommt, an dem niemand mehr in Wien in einer menschenunwürdigen Wohnung lebt. Wir wollen, dass wir endlich zu einer Wohnkultur kommen, die unserem Jahrhundert angemessen ist. Es ist hier altehrwürdiger Grund; alte Tradition ist mit dem Gelände verbunden, auf dem dieser Bau steht. Hier stand der alte Linienwall, hier waren die Mauern der Stadt, hier erhob sich der Sechschimmelberg, der sozusagen Wien von der übrigen Welt abschloss. Hier waltete der heilige Fiskus, der darauf bedacht war, dass nicht ein Liter Petroleum in die Stadt kam, dass nicht ein Stück Fett oder Fleisch aus Währing in die Stadt gebracht wurde, dass nicht mit der Verzehrungssteuer belegt war. Jener fluchwürdige Steuergedanke wurde hier hochgehalten, der alle Menschen, die sonst in nichts gleich waren, im Steuerzahlen gleich machte. (Stürmische Zustimmung). Nicht die von dem bösen Breitner erfundene Nahrungs- und Genussmittelabgabe, die nur die Reichen in den Nobelrestaurants zahlen, sondern die Verzehrungssteuer, die alle-ob arm ob reich-gleich hoch zahlen mussten, machte es notwendig, Wien mit chinesischen Mauern zu umgeben.

Gewiss, man kann die Dinge auch anders betrachten. Ich kann mich in die Stimmung eines alten Wieners versetzen, der vergangener Tage gedenkt, ich kann mich in die Poesie der Wäschermädel und Fiaker versenken und vom Vergangenen träumen. Aber wir leben in einer anderen Zeit und wir würden uns bedanken, wenn unsere Töchter als Wäscherinnen 14 Stunden arbeiten müssten, wenn wir alle in Häusern wohnen müssten, die von aussen sehr traulich aussehen, in die aber kein Licht und keine Luft kommt, in denen es an allen hygienischen Einrichtungen fehlt. (Lebhafte Zustimmung). Unsere Pflicht ist es, eine neue Tradition zu schaffen, zurückschauend auf das Alte Neues zu schaffen, Altes mit Neuem zu vermählen. Es ist auch nicht wahr, wenn jemand sagt, die Wesensart des Wiener sei die Duldsamkeit. Der echte Wiener der alten Zeit war der Acatundvierziger, der dem Alten den Krieg ansagte. Der Wiener ist kein Sumper, er ist ein Aufbauer, und wenn von wienerischer Art gesprochen wird, dann ist es die Art, wie die Stadtverwaltung arbeitet, die das Alte ehrt, aber Neues baut und vorwärts schreitet. (Stürmischer Beifall).

Der Bürgermeister dankte dann allen, die an dem Bau mitgearbeitet haben, den Architekten und Ingenieuren, den Angestellten und Arbeitern, die dieses Haus errichtet haben, das sich würdig an die Kinderübernahmestelle und an das neue Karolinenkinderspital anschliesst.

Ein kleines Mädchen sprach dann in einem sinnigen Gedicht den Dank der Kinder aus; die Kinder des Hauses sangen ein frohes Kinderlied. Der Bürgermeister und die Festgäste besichtigten hierauf einige Wohnungen und das Studentenheim, das in dem Wohnbau untergebracht ist.

Als Bürgermeister Seitz den Festplatz verlies, bereitete ihm die Bevölkerung wiederholt stürmische Kundgebungen.

.....

Bürgermeister Seitz über Forschung und Wirtschaft. Anlässlich der Tagung des Reichsausschusses für Metallschutz im Ingenieur- und Architektenverein richtete heute vormittag Bürgermeister Seitz eine herzliche Ansprache, in der er auf die Bedeutung der Forschungen für Metallschutz verwies. Die Stadt Wien habe ein besonderes Interesse an den Ergebnissen dieser Arbeit, schon als Besitzerin der grössten industriellen Unternehmungen Oesterreichs. Diese Forschungen, sagte der Bürgermeister, haben aber weit darüber hinaus Bedeutung für die ganze Wirtschaft. Sie haben soziologische Bedeutung, in welcher sie bestimmend sind für die Entwicklung der ganzen Menschheit. Indem Sie die Lebensdauer der Materie zu verlängern trachten, bewirken Sie Ersparungen am Bestehenden und ermöglichen die Verwertung der menschlichen Arbeitskraft für den Aufbau des Neuen. Das wird umso wichtiger, je höher man die menschliche Arbeitskraft bewertet. Man würde heute nicht mehr Pyramiden bauen, ja derzeit auch keinen Kölner Dom oder Stephansdom, weil die Arbeitskraft zu teuer ist. Indem Ihre Forschungen aber das Bestehen eines Arbeitsproduktes, einer Maschine, eines Apparates verlängern, theoretisch für eine unbegrenzte Zeit, machen Sie eine Fülle menschlicher Zeit und Leistung für andere Aufgaben frei, für Aufgaben der Kultur und des Fortschrittes. Es ist kaum anzunehmen, dass wir den heute international vereinbarten Achtsturentag abschaffen, die Arbeitszeit wieder verlängern; die Bestrebungen gehen eher darnach, sie weiter zu verkürzen. Und noch eigr wenn die Fülle der gesellschaftlich notwendigen menschlichen Arbeit infolge ihrer Forschungen in kürzerer Zeit bewältigt werden kann, dann wird es wieder möglich sein, dass der Einzelne auch Musse gewinnt, neben der Arbeit für den Erwerb auch an seiner Bildung zu arbeiten, dem kulturellen Fortschritt der Gesamtheit zu dienen. Sozialologisch ist also Ihre praktische und Forscherarbeit von ausserordentlichem Wert, von einer unabmessbaren Bedeutung für den Fortschritt der Menschheit. In diesem Sinne begrüsse ich Sie namens der Stadt Wien. Die Rede des Bürgermeisters wurde mit grossem Beifall aufgenommen.

.....

Von den Bezirksvertretungen. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Meidling findet am Donnerstag, den 17. Oktober, um 18 Uhr statt. Die Bezirksvertretung Mariahilf hält ihre nächste Sitzung am Donnerstag, den 24. Oktober, um 18 Uhr ab.

Drohende Wassernot!Spart mit dem Wasser!

Durch die langanhaltende Dürre, die nunmehr schon durch sechs Wochen ununterbrochen andauert, werden die Zuflüsse aus den beiden Hochquellenleitungen täglich geringer und haben bereits einen zu dieser Jahreszeit noch nie beobachteten Tiefstand erreicht.

Die heutige Ergiebigkeit der ersten Hochquellenleitung beträgt einschliesslich der beiden Schöpfwerke Potschach und Matzendorf 88.000 Kubikmeter, jene der zweiten Hochquellenleitung 200.000 Kubikmeter, das sind zusammen 288.000 Kubikmeter in 24 Stunden. Demgegenüber wurden in der vergangenen Woche in Wien täglich 310.000 bis 320.000 Kubikmeter Wasser verbraucht. Der zwischen Zufluss und Verbrauch bestehende Abgang beträgt daher täglich 20.000 bis 30.000 Kubikmeter. Es war möglich diesen Abgang bisher aus den Wasserbehältern der Stadt, die einen Fassungsraum von 320.000 Kubikmeter haben, zu decken. Nunmehr sind jedoch die aufgespeicherten Vorräte so zurückgegangen, dass, falls nicht ein Rückgang des Wasserverbrauches eintreten würde, in der zweiten Hälfte dieser Woche die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Wasserversorgung überhaupt in Frage gestellt wäre.

Die Gemeinde Wien hat daher die Bespritzung der Strassen und Gärten eingestellt, die Absperrung der öffentlichen Denkmalbrunnen und so weiter veranlasst sowie in allen ihren Betrieben und Anstalten den Wasserverbrauch auf das zulässige Minimum eingeschränkt.

Da jedoch diese Vorkehrungen im eigenen Wirkungskreise nicht genügen, um über die im heurigen Jahre nicht nur in Wien, sondern in ganz Europa aussergewöhnliche Trockenperiode hinwegzukommen, muss der Magistrat an die Bevölkerung das dringendste Ersuchen richten, im Wasserverbrauche die grösstmögliche Sparsamkeit einzuhalten. Nur dann sind einschneidende Sparmassnahmen vermeidbar.

Gemeindefreiplätze an den Schulen des Wiener Frauenerwerbsvereines. An den Schulen des Wiener Frauenerwerbvereines in Wien, IV., Wiednergürtel 68, werden für das laufende Schuljahr zwei Freiplätze der Gemeinde Wien am Realgymnasium und ein Freiplatz der Gemeinde Wien an der einjährigen Haushaltungsschule verliehen. Die Aufnahmebedingungen sind in der Magistratsabteilung 8, I., Neues Rathaus, einzusehen.

Wien, am Dienstag, den 8. Oktober 1929

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit werden in der Inneren Stadt der Petersplatz, Jungferngasse, Milchgasse, Kühfussgasse, Freisingergasse, Trattnerhof, Wildpretmarkt, Landskrongasse und die Gemesinagasse und in der Leopoldstadt die Ennsgasse, Ybbsstrasse, Wolfgang Schmälzlgasse, Venedigerau und Teile der Radingergasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet. Die elektrische Beleuchtung auf dem Gemüsemarkt in Margareten wird demnächst verstärkt.

Aufgehobene Strassenbahnableitung. Wie die städtische Strassenbahndirektion mitteilt, wird die Linie V von morgen Mittwoch an in beiden Fahrtrichtungen wieder über die Marienbrücke und Gredlerstrasse geführt.

Unreelle Angebote anlässlich der Wohnbauförderungsaktion. Das Bundesministerium für Finanzen macht in einem an alle Landesregierungen gerichteten Erlass darauf aufmerksam, dass sich Vermittler in Schreiben, die sie an Bürgermeisterämter richten, anbieten, zu besonders günstigen Bedingungen den Bau von Eigenheimen zu ermöglichen und überdies bei Erlangung von Bundeszuschüssen auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes aussichtsreich behilflich zu sein, damit durch Bundeszuschüsse die aufgehobenen Kredite konvertiert werden können. Das Bundesministerium stellt ausdrücklich fest, dass Bundeszuschüsse nach dem Wohnbauförderungsgesetz nur auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege, nicht aber durch eine Vermittlertätigkeit erlangt werden können, ferner, dass solche Zuschüsse zu Konvertierungszwecken überhaupt nicht gegeben werden können. Das Bundesministerium für Finanzen warnt die Öffentlichkeit vor derartigen unreellen Angeboten.

238 Einäscherungen. Im September wurden im Krematorium der Stadt Wien 238 Leichen eingeäschert. Davon waren 149 männlichen und 89 weiblichen Geschlechtes. 142 Verstorbene sind römisch katholisch gewesen, 4 altkatholisch, 20 evangelisch und 1 methodistisch. 16 waren Juden und 55 konfessionslos.

Frauengewerbeschule der Stadt Wien. Mitte Oktober beginnt an der Frauengewerbeschule der Stadt Wien, V., Margaretenstrasse 152, ein Kurs für rhythmisch gymnastisches Frauenturnen. In den Frisier- und Schnittzeichnenkursen sind noch einige Plätze frei. Einschreibung und Einzahlung täglich von 8 bis 14 Uhr in der Schulkanzlei.

Wien, am Dienstag, den 8. Oktober 1929

Zweite Ausgabe

Spart mit dem Wasser!Ab morgen einschneidende Sparmassnahmen!

Mit Rücksicht auf den zu dieser Jahreszeit noch nie beobachteten Tiefstand der Zuflüsse aus beiden Hochquellenleitungen war der Magistrat nunmehr bemüsst, eine Kundmachung betreffend Massnahmen zur Verhinderung einer Wassernot zu erlassen.

In der Kundmachung wird zur Sicherstellung des allernotwendigsten Trinkwasserbedarfes verfügt, dass jede Wasserverschwendung, insbesondere das Fliessenlassen des Wassers bei den Auslaufhähnen verboten ist. Undichtheiten an den Wasserleitungseinrichtungen, Schäden an den Klosettpülungen, Pissoiren und so weiter sind sofort nach Auftreten zu beheben. Die Benützung der Badesinrichtungen jeder Art in den Wohnhäusern ist nur an Samstagen gestattet. Der Betrieb von Wasserstrahlpumpen ist einzustellen. In den Gast-, Kaffeehaus- und ähnlichen Approvisionierungsbetrieben wie Konditoreien, Gemeinschaftsküchen und dergleichen darf Wasser an Gäste nur auf deren besonderes Verlangen verabreicht werden. Das Füllen der Schwimmbecken in öffentlichen Badeanstalten ist nur mit besonderer Bewilligung des Magistrates (Magistratsabteilung 34a, VI., Grabnergasse 6) zulässig. Der Absperrung der Brausevorrichtungen in den öffentlichen Badeanstalten ist nach jedesmaliger Benützung die grösste Aufmerksamkeit zuzuwenden und bei Vorhandensein mehrerer Gruppen von Brausevorrichtungen sind alle bis auf eine gänzlich zu sperren. Schliesslich ist die Verwendung von Hochquellenwasser für Bauführungen und gewerbliche Zwecke auf den dringendsten Bedarf einzuschränken und dort gänzlich einzustellen, wo anderes Wasser zur Verfügung steht. Das Bespritzen der Schreber-, Handels- und Hausgärten mit Verwendung von Schläuchen sowie der Betrieb von Zier- und Springbrunnen, ferner das Besprengen der Gehsteige und Privatgrundflächen ist ebenfalls verboten.

Die Sparmassnahmen treten morgen in Kraft. Uebertretungen der Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zum Betrage von zweihundert Schilling oder Arreststrafen bis zu 14 Tagen geahndet.

Bezirksvertretung Margareten. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Margareten findet am Montag, den 4. Oktober, um 17 Uhr statt.

Wien, am Mittwoch, den 9. Oktober 1929

.....
Wieder für dreieinhalb Millionen Schilling städtische Arbeitsaufträge. Die Gemeinderatsausschüsse für Wohnungswesen und technische Angelegenheiten haben in den letzten Tagen wieder bedeutende Arbeitsaufträge an Industrie und Gewerbe vergeben. Die Bestellungen machen nicht weniger als dreieinhalb Millionen Schilling aus. Sie betreffen umfangreiche Strassenneuherstellungen sowie Strassenumbauten. Bei diesen Arbeiten werden wieder Hunderte von Erdarbeitern, Asphaltiern, Betonarbeitern und Pflasterern Verwendung finden. Dabei wird auch das Fuhrwerksgewerbe ausreichend beschäftigt werden. Grosse Aufträge sind ferner an alle Gewerbe und Industrien ergangen, die mit dem Wohnbau befasst sind. Glaser, Spengler, Tischler, Zimmerleute, Anstreicher, Maler, Dachdecker und so weiter erhielten die notwendigen Arbeiten, die mit der Fertigstellung der im Bau befindlichen Wohnhausanlagen verbunden sind. Bedeutende Lieferungen wurden auch an die Installationsindustrie vergeben, die die Gas-, Wasserleitungs- und Elektroinstallationsarbeiten in den städtischen Neubauten in den Wohnungen und Waschküchenanlagen durchführt.

.....
Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Die Kanalräumungsgebühren für Oktober sind unverändert geblieben. Sie betragen das Dreissigfache des Monatszinses für August 1914, beziehungsweise des Monatszinses, der der Verrechnung der Wohnbausteuer zugrundegelegt worden ist.

.....
Die Wassersparmassnahmen. Bekanntlich sind heute zur Verhinderung einer Wassernot einschneidende Wassersparmassnahmen in Kraft getreten. Wie der städtische Wasserleitungsbetrieb mitteilt, bleiben sie trotz dem heutigen Regen weiter aufrecht, bis die Wasserreserven ausreichend aufgefüllt sind.

.....
Verstärkte Stromerzeugung bei den städtischen Elektrizitätswerken. Die Stromerzeugung bei den städtischen Elektrizitätswerken betrug im Vorjahr in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 116,382.950 Kilowattstunden. Heuer hingegen erzeugten die Werke in der gleichen Zeit 125,040.086 Kilowattstunden Strom. Das bedeutet eine Steigerung der Produktion um acht Prozent. Das Kraftwerk Simmering lieferte 41'45 Millionen Kilowattstunden, das Kraftwerke Engerthstrasse 8'84, Ebenfurth 23'86, Opponitz 18'55, Gaming 8'72, die Kraftstation der zweiten Wiener Hochquellenleitung 1'24, das Wasserkraftwerk Partenstein 18'95 und die Kleinwasserkraft des Ueberlandnetzes 2'78 Millionen Kilowattstunden Strom.

Wien, am Mittwoch, den 9. Oktober 1929 Zweite Ausgabe

.....
Abschluss der Lohnverhandlungen mit dem Werkstättenpersonal der Strassenbahnen.

Die seit längerer Zeit unter Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Paul Speiser mit den Vertrauensmännern des Werkstätten- und Bahnerhaltungspersonales der städtischen Strassenbahnen und den Vertretern des Freien Gewerkschaftsverbandes geführten Lohnverhandlungen wurden heute abgeschlossen. Das Ergebnis wird den Vertrauensmännern der in Betracht kommenden Gruppen zur Kenntnis gebracht. Die Verhandlungen gestalteten sich schwierig, weil die Gemeindeverwaltung ebenso wie bei den Verhandlungen bei dem Fahrpersonal wegen der bekannten finanziellen Lage der Strassenbahnen auch diesmal darauf bestehen musste, dass die Kosten der gewährten Lohnerhöhungen durch Reorganisationsmassnahmen innerhalb des Betriebes hereinzubringen seien. Die Vertreter des Personales haben grundsätzlich diese Auffassung anerkannt und es ist nummehr auch gelungen, die bestehenden Differenzen über die Durchführung der Reorganisationsmassnahmen einvernehmlich zu lösen. Auch diesmal wird trotz der Ersparungsmassnahmen ein Personalabbau vermieden. Die Vereinbarungen über die neuen Lohnsätze wurden für das Personal der Hauptwerkstätte, der Oberbauwerkstätte, der Bauleitung und der Hauptwerkstätte des Kraftstellwagenbetriebes im Rahmen der mit dem Personal der Gas- und Elektrizitätswerke vor kurzem abgeschlossenen Sätze getroffen, wobei die bei den Strassenbahnen in etwas höherem Ausmasse bestehenden sonstigen Zuwendungen, wie Monturen und dergleichen, zum Teil berücksichtigt wurden. Das Personal der Wagenrevisoren und der Abteilung für Leitungsanlagen wurde, weil es in engster Verbindung mit dem Betriebe arbeitet, in den bestehenden Vertrag des Fahrpersonales entsprechend eingereiht. Stadtrat Speiser hat auch die schwebenden Lohnverhandlungen mit den Bediensteten des städtischen Fuhrwerksbetriebes, zudem auch das Personal der Coloniakverkehrsabfuhr gehört, sowie mit den Bediensteten der städtischen Leichenbestattung zum Abschluss gebracht. Auch dort wurden die schon durchgeführten Reorganisationsmassnahmen verstärkt.

Wien, am Donnerstag, den 10. Oktober 1929

.....
Die Haftung der Gemeinde Wien für Russlandlieferungen. Der vom Wiener Gemeinderat eingesetzte Beirat für die Russlandaufträge, für die die Gemeinde haftet, hielt heute seine sechzehnte Sitzung ab. Es wurde die Garantie für zusammen rund 352.000 Dollar Russlandlieferungen genehmigt. Insgesamt beträgt jetzt die Russlandhaftung der Gemeinde Wien 8.676.916 Dollar, wovon auf die erste Bestellperiode - 30. Juni 1929 - 7.423.210 Dollar und auf die zweite Bestellperiode - diese endet am 31. Dezember dieses Jahres - rund 1.253.706 Dollar entfallen. Die Geschäftsfälle von Lieferungen nach Russland, für die die Gemeinde Wien haftet, haben nun rund 61¼ Millionen Schilling erreicht.

.....
Deutsche und österreichische Techniker im Wiener Rathaus. Gegenwärtig tagt in Wien die gemeinsame Hauptversammlung des Deutschen und des Oesterreichischen Verbandes für die Materialprüfungen der Technik. Anlässlich der Tagung veranstaltete gestern abend die Stadt Wien im Festsaal des Neuen Rathauses einen Empfang. In Vertretung des Bürgermeisters hiess Vizebürgermeister Emmerling die deutschen und österreichischen Techniker im Rathaus herzlich willkommen und wünschte ihren Beratungen den besten Erfolg. Für die Gäste dankte Geheimrat Professor Dr. Ingenieur Thierry (Berlin) für die überaus gastfreundliche Aufnahme und beglückwünschte die Gemeinde zu dem fünfzigjährigen Jubiläum der städtischen Prüfungsanstalt für Baustoffe, das kürzlich begangen wurde. An dem Empfang nahmen unter anderm die amtsführenden Stadträte Linder, Richter und Speiser sowie Magistratsdirektor Dr. Hartl teil.

.....
Starkes Auslandsinteresse für Wien. Schon seit Jahren veranstalten insbesondere viele ausländische Lehranstalten Studienreisen ihrer Hörer nach Wien, um diese Gelegenheit zu geben, Wien kennen zu lernen. So sind gegenwärtig rund 500 solche ausländische Gäste in Wien, darunter Berliner, Bresslauer und Rudolfstädter Gymnasiasten, Hörer der Heinrich Kleistschule in Frankfurt an der Oder sowie Zöglinge der deutschen Oberschule in Zwittau. Die Gäste werden durchwegs in der städtischen Schülerherberge bequartiert und verköstigt, deren Leiter, Direktor Ronge, die Durchführung der Besichtigungen besorgt.

Wien, am Freitag, den 11. Oktober 1929

Ein falsches Gerücht über einen Wechsel in der Magistratsdirektion. Auf Grund einer Versammlungsrede eines Mitgliedes der Opposition im Wiener Stadtsenat melden heute einige Tageszeitungen, dass zwischen Magistratsdirektor Dr. Hartl und den sozialdemokratischen Funktionären der Stadtverwaltung Meinungsverschiedenheiten beständen, die dazu geführt haben, dass der Magistratsdirektor dem Bürgermeister sein Pensionsgesuch überreicht habe. Bürgermeister Seitz hat im Einvernehmen mit Magistratsdirektor Dr. Hartl Auftrag gegeben, offiziell mitzuteilen, dass alle diese Meldungen vollständig aus der Luft gegriffen sind.

Elbetaler Gäste im Rathaus. Der Wiener Schubertbund hat bekanntlich im Juli eine Sängerreise nach Berlin, Leipzig, Dresden, durch das Elbetal und schliesslich nach Prag gemacht. Der Elbetal-Verkehrsverband hat nun eine Gesellschaftsreise nach Wien unternommen, um dem Schubertbund einen Gegenbesuch zu machen. Die Teilnehmer an der Gesellschaftsreise, unter denen sich mehrere Bürgermeister von Elbetalgemeinden sowie Vertreter der dortigen Musik- und Gesangsvereine befinden, haben heute mittag dem Wiener Rathaus einen Besuch abgestattet. Die Gäste wurden in Vertretung des Bürgermeisters von amtsführenden Stadtrat Karl Richter im Sitzungssaal des Stadtsenates empfangen. Für die Reisetilnehmer dankte Bürgermeister Dr. Schöppe (Aussig) für die überaus gastfreundliche Aufnahme und überreichte Stadtrat Richter ein der Wiener Gemeindeverwaltung gewidmetes Gedenkbuch der Stadt Aussig. An dem Empfang nahmen unter anderm Hofrat Jaksch, Ehrenbürgermeister Professor Kehldorfer, Vorstand Gooser und Regierungsrat Philp teil.

Die Viehmärkte. Wie die städtische Marktamtsdirektion über die Viehmärkte in St. Marx in der laufenden Woche mitteilt, betrug die Zufuhren auf den Rindermarkt 1702 Stück Mastvieh und 919 Stück Beinlvieh, wovon das Ausland 1316 Stück Mastvieh und 398 Stück Beinlvieh lieferte. Auf dem Schweinemarkt wurden 5931 Stück Fleischschweine und 6114 Fettschweine aufgetrieben. Davon waren nur 156 Stück Fleischschweine und 11 Stück Fettschweine inländischer Herkunft. Auf dem Rindermarkt blieben die Preise unverändert, auf dem Schweinemarkt bewirkte das verminderte Angebot bei allen Qualitäten Preiserhöhungen. Auf dem Jung- und Stechviehmarkt wurden Kälber und weidner Schafe zu Vorwechenspreisen verkauft, während sich weidner Fleisch- und Fettschweine um 10 Groschen per Kilogramm verteuerten.

Wien, am Freitag, den 11. Oktober 1929

Zweite Ausgabe

.....

Unwahre Meldungen über die städtischen Obdachlosenheime. In einigen Tageszeitungen wird mitgeteilt, dass sich ungeheure Menschenmengen vor den beiden Obdachlosenheimen der Stadt Wien angesammelt und Einlass begehrt hätten, aber abgesehen wurden. Dazu teilt das städtische Wohlfahrtsamt mit: Besondere Ansammlungen von Obdachlosen waren, in den letzten Tagen überhaupt nicht zu verzeichnen. Sowohl am 9. als auch am 10. Oktober wurden alle Obdachlosen, die sich gemeldet hatten, untergebracht. Am 9. Oktober waren es 1.458 Männer und 452 Frauen. Trotzdem waren an diesem Tage noch 103 Männerbetten und 45 Frauenbetten frei. Am 10. Oktober wurden 1.454 Männer und 452 Frauen aufgenommen. Es blieben frei: 107 Männer- und 38 Frauenbetten. Aus diesen amtlichen Zahlen ist die Unrichtigkeit der Zeitungsberichte ersichtlich. Das Pferdeschlachthaus, das angeblich jetzt als Obdachlosenheim requiriert wurde, ist schon vor vier Jahren zu einem Obdachlosenheim unter grossen Kosten umgebaut und bis zum heutigen Tage verwendet worden. Der Stall in der Buchsbaumgasse, der "rasch gemietet und halbwegs wohnbar hergerichtet wurde" ist eine Wärmestube, die vor vielen Jahren vom Wärmestubenverein erbaut wurde und seit acht Jahren von der Gemeinde als Wärmestube betrieben wird.

.....

W I E N E R L A N D T A G

Sitzung vom 11. Oktober 1929.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet die Sitzung um 5 Uhr.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen und die Spezialdebatte über die Steuervollkommen fortgesetzt.

In der Spezialdebatte über die Novelle betreffend die Nahrungs- und Genussmittelabgabe bemerkt GR. Preyer (E.L.), dass diese Abgabe nichts anderes ist als eine allgemeine Verzehrungssteuer. Die Merkmale die nach dem Gesetz für die Einreihung unter die Abgabe massgebend sein sollen öffnen der Willkür Tür und Tor. Eine ganze Reihe von Betrieben kommt nur deshalb unter die Abgabe weil sie ein Klavier im Lokal haben, deshalb Lustbarkeitsabgabe entrichten und höhere Preise einheben müssen. Diejenigen, die ihr Lokal besser /austatten werden ebenfalls damit bestraft, dass sie der Abgabe unterworfen werden. Für die Einreihung ist nicht massgebend, ob in dem betreffenden Lokal zahlungskräftiges Publikum verkehrt sondern nur die Zahl der Besucher, wenn es auch durchaus Arbeiter sind. Man trifft mit der Abgabe nicht die Unternehmer allein, sondern die grosse Masse der Bevölkerung. Der grösste Teil dieser

Auch ist diese Abgabe nur ein Mittel der Parteipolitik, um die Leute in den roten Fachverein hineinzupressen. Was Sie Abgabepolitik heissen ist der reinste und brutalste Bolschewismus. Von den 80 Gastgewerbetrieben im VIII. Bezirk sind im Jahre 1928 29 Betriebe unter die Abgabe eingereiht worden, obwohl es dort strengstenfalls 12 Betriebe gibt, die die Merkmale des Gesetzes aufweisen. In reinen Arbeiterbezirken, wie Margareten sind 26 Betriebe, in Favoriten 20 Betriebe, in Simmering 16 Betriebe, in Ottakring 22 und in Hernals 25 Betriebe eingereiht. Seit dem Jahre 1928 sind es noch mehr geworden. Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe und die Lustbarkeitsabgabe tragen über 30 Millionen Schilling, das ist weit mehr als die allgemeine Verzehrungssteuer im Jahre 1913 getragen hat. Man hat es durch diese Abgabe so weit gebracht, dass die Gast- und Kaffeehäuser entvölkert sind, dass viele Gast- und Schankbetriebe nicht einmal die Krankenkassenbeiträge zahlen können, und dass die Arbeitslosigkeit im Gast- und Schankgewerbe ununterbrochen steigt. Schon Ende September dieses Jahres hat es 3072 arbeitslose Gastgewerbeangestellte gegeben, wie wird es erst in den Wintermonaten werden? Die Ermässigungen sind schliesslich an Investitionsbedingungen geknüpft, die dem freien Ermessendes Magistrates und damit jeder Willkür Tür und Tor öffnen. Diese Bedingungen müssen aus dem Gesetz entfernt werden. Abg. Preyer beantragt nunmehr statt einer 2prozentigen Ermässigung eine 5prozentige zu gewähren und die Investitionsbedingungen zu streichen (Beifall bei der E.L.)

Abg. Dr. Hangl (E.L.) bespricht ausführlich die Lage der Wiener Weinbauer. Diese befinden sich in einem äusserst schweren Notstand und hunderte von Weinbauerfamilien sind in ihrer Existenz auf das schwerste gefährdet. In Döbling betrug der Durchschnittsertrag der Ernte im Jahre 1926 pro Joch 717 Hektoliter, im Jahre 1927 gar nur über 6 Hektoliter. Dazu kommen noch die schwere Absatzkrise und die furchtbaren Winterschäden. Im letzten Winter sind rund 20 Prozent aller Weinstöcke erfroren und von den übrigen weitere 30 Prozent sehr schwer beschädigt. Trotz dieser schweren Notlage haben die Wiener Weinbauer von der Gemeindeverwaltung weder Kredite, noch eine andere Unterstützung bekommen. Für die Wiener Weinbauer ist die Nahrungs- und Genussmittelabgabe keine Konsumsteuer, sondern sie müssen sie mit Rücksicht auf die hohen Gestehungskosten selbst tragen, weshalb die Steuer auch die Hauptursache des Niederganges der Wiener Weinbauer ist. Wie unsozial die Nahrungs- und Genussmittelabgabe ist, ist am besten daraus zu ersehen, dass in Sievering Weinbauer bei Durchschnittsbruttoeinnahmen von 1600 bis 1800 Schilling eine Abgabe von durchschnittlich 100 Schilling zahlen müssen. Die Erbitterung bei den Weinbauern ist daher eine ganz gewaltige. Der Redner beantragt die Buschen-

schenken der Wiener Weinbauer in den Jahren 1930 und 1931 von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe zu befreien. Ein zweiter Antrag geht dahin, dass alle Buschenschenken ohne Rücksicht auf die Vorratsmenge zu pauschalieren sind, wenn sie von der Abgabe nicht ganz befreit werden. (Beifall bei der E.L.)

Abg. Blum (soz. dem.) stellt sodann folgenden Abänderungsantrag: Den Ueberschuss, um den die Kosten für die Investitionen oder Instandsetzungen im Jahre 1930 den nachgelassenen Betrag für das Jahr 1930 übersteigen, kann der Abgabepflichtige auf den Nachlass des Jahres 1931 anrechnen; ferner kann er Ueberschüsse in den Jahren 1930 oder 1931 auf den Nachlass eines anderen Betriebes anrechnen, für den er gleichfalls abgabepflichtig ist. Nach dem 11. Oktober 1929 und vor dem 31. Dezember 1929 begonnene grössere Instandsetzungsarbeiten (nicht aber Anschaffungen) sind auf den Nachlass anzurechnen, wenn sie vor Inangriffnahme dem Magistrat zur Ueberprüfung angezeigt wurden.

ABG. Haider (E.L.) erklärt, dass in keiner Stadt des Bundesgebietes eine solche Abgabe besteht, nur mit Ausnahme von Baden, wo sie aber weit geringer ist. Das ist es, was das Steuersystem der Wiener Gemeindeverwaltung charakterisiert. Der Grundgedanke Breitners war, dass die Nahrungs- und Genussmittelabgabe nicht von den wirtschaftlich Schwachen, sondern von den wirtschaftlich Starken geleistet werden soll. Dem ist aber nicht so, da von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe zum grossen Teil die unbemittelte Bevölkerung betroffen ist. Die Gemeinde verdankt zum Grossteil der Nahrungs- und Genussmittelabgabe ihren Reichtum. In der letzten Zeit haben die Sozialdemokraten ihr Herz für den Gewerbe- und Mittelstand entdeckt. Einmal hat Dr. Viktor Adler erklärt der Weg zum Sozialismus führe über die Leicht des Gewerbes. Der Bestand dieser Abgabe beweist, dass Ihre Liebe/nichtdie wahre Liebe ist. Gewiss wird durch die geringe Herabsetzung, die Sie jetzt vornehmen eine kleine Entlastung herbeigeführt. Ueber das Fünftel der Abgabe, das Investitionen dienen soll, kann man sich ja auseinandersetzen, aber es ist zu befürchten, dass diese Bestimmung die Handhabe zu drakonischen politischen Massnahmen bieten wird. Die sozialdemokratische Partei hat es darauf angelegt gerade aus dieser Steuer möglichst viel politisches Kapital zu schlagen. Es gibt/Vertrauensleute die von Wirtshaus zu Wirtshaus gehen und den Wirtsleuten das Versprechen geben, dass sie aus der Steuer herauskommen, wenn sie sich im sozialdemokratischen Fachverein organisieren lassen. Ich bin überzeugt davon, dass Stadtrat Breitner nicht den Auftrag dazu gegeben hat, aber er möge diese Schande endlich aus der Welt schaffen (Beifall bei der E.L.)

ABG. Wawerka (E.L.) bemerkt, es werden Betriebe unter die Abgabe eingereiht, ohne dass gefragt wird ob sie die Abgabe auch aufbringen können.

Man besteuert mit dieser Abgabe den Gasthausbesuch, obwohl er vielfach wegen der herrschenden Wohnungsknappheit kein freiwilliger ist. Ein "Genussmittel" ist der Kaffee und die Semmel, die eine arme Näherin in einem Kaffeehaus einnehmen muss und das kleine Menue das ein Arbeiter in der Nähe seines Arbeitsortes zu verzehren gezwungen ist. In einer besonders traurigen Lage befinden sich die Konzertlokale und Vergnügungsstätten, die, was immer man über sie denkt, zum Um und Auf der Grosstadt gehören und dem Fremdenverkehr dienen. Sie besteuern diese Betriebe so hart, dass sie schwer um ihre Existenz ringen und in Massen zugrunde gehen. In kurzer Zeit ist die Zahl der Konzertlokale von 174 auf 72 gesunken. Die Folge davon ist, dass das kaufkräftige Fremdenpublikum seinen Aufenthalt in Wien nach Möglichkeit abkürzt. Zahlreiche Artisten, Schauspieler und Angestellte haben ihre Anstellung verloren. Die Art und Weise wie die Kontrolle in diesen Lokalen geübt wird verdient nicht den Namen Kontrolle, das ist ein ordinäres Spitzeltum. Diese Breitnerspitzel haben die Gewohnheit, in den Betrieb zu kommen, wenn er am stärksten geht und aus diesem stärksten Besuch auf den Betrieb überhaupt zu schliessen, und dann einen Bericht zu konstruieren. Das führt zu Nachbemessungen, die ins Irrsinnige gehen. Und der Betreffende kann sich dagegen gar nicht wehren, da er den Anzeiger nicht kennt und den Tatbestand nicht erfährt. Abg. Wawerka zitiert sodann aus einem Artikel "Breitnersteuern" in den "Wiener Volksschriften" einige Aussprüche die Stadtrat Breitner einzelnen Deputationen gegeben haben soll. Diese Darstellung ist bisher unwidersprochen geblieben. Einer Deputation von Unternehmern die sich darüber beschwert haben, dass sie ihren Betrieb nicht mehr führen können, wurde die Antwort erteilt, na wenn Sie Ihren Betrieb nicht führen können, dann sperren Sie halt zu. Einer Deputation von Arbeitern, die erklärten, dass ihre Anstellung gefährdet sei wurde geantwortet: We es so viele Arbeitslose gibt, da kommt es auf ein paar mehr oder weniger auch nicht an. Und einer Deputation von Musikern wurde gesagt: Wenn Sie nicht als Musiker arbeiten können, gehen Sie als Hilfsarbeiter bei den Pflasterern. Abg. Wawerka schliesst mit der Aufforderung, die Steuer, soweit es möglich ist und zwar bedingungslos zu ermässigen und die Anträge des Abg. Preyer anzunehmen (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

Abg. Zimmerl (E.L.) bemerkt, die Steuer ist ausschliesslich auf dem freien Ermessen des Magistrates sowohl hinsichtlich der Einreihung wie der Steuersätze aufgebaut. Die Steuer bedeutet daher eine ständige Beunruhigung der Steuerträger und derer, die noch nicht eingereicht sind weil sie jeden Moment befürchten müssen, der Steuer unterworfen zu werden. Diese Möglichkeit wird auch von den sozialdemokratischen Fachvereinen dazu benützt, um Leute

einzufangen. Der sozialdemokratische Fachverein der Gsetzgewerbetreibenden und der Kaffeesieder ist überhaupt nur zu halten, solange die Nahrungs- und Genussmittelabgabe besteht. Die Abgabe bietet die Gelegenheit, jeden Betrieb zu ruinieren. Sie muss ^{zunächst stark} abgebaut werden und in kurzer Zeit ganz verschwinden. Bei einer Steuer, die man ununterbrochen erhöht hat, jetzt von einem Nachlass zu reden ist ein bisschen stark, und ist unsinnig, einen Betrieb, der sonst der Steuer nicht unterliegt, der Abgabe sofort zu unterwerfen, beziehungsweise sie wesentlich zu erhöhen, nur deshalb weil in dem Betrieb Musik gespielt wird. Das hat zur Folge, dass in solchen Konzertlokalen der Gast die Lustbarkeitsabgabe, die Kosten der Musik und auch noch die Nahrungs- und Genussmittelabgabe tragen muss. Abg. Zimmerl zitiert so dann einen Artikel des Daily Telegraph in welchem dargelegt wird, dass durch die Gemeindeabgaben der Gemeinde der Charakter als Musikstadt verloren geht. Es wird in der letzten Zeit viel von Zeitungs-^{über Oesterreich} nachrichten/gesprochen, die im Ausland erscheinen, und es ist gewiss zu bedauern, dass eine gewisse Beunruhigung durch die Bankenkrise und die Nachrichten entstanden sind, die über einen Bürgerkrieg in Oesterreich von einer der Mehrheit nahestehenden Seite ins Ausland gedrungen sind. Aber diese Beunruhigung ist terminiert. Die Bankenkrise ist beigelegt und was den Bürgerkrieg anlangt, wird er entweder nicht stattfinden; dann wird man sich beruhigen, oder er wird stattfinden, und wird ein Ende haben und man wird sich auch beruhigen. (Lachen bei der Mehrheit). Wenn aber in ausländischen Zeitungen auf Grund von Tatsachen, die niemand ableugnen kann der Stadt Wien der Charakter als Musikstadt abgesprochen wird, ist das eine dauernde Schädigung des Ansehens der Stadt Wien. Es ist auch eine dauernde Schädigung Wiens, wenn sie immer vom sozialdemokratischen und roten Wiens sprechen. Eine Grosstadt hat nicht rot sondern unparteiisch verwaltet zu werden (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Dr. Bauer hat auf dem Parteitag auch von dem "letzten Zimmerl" gesprochen. Ich bin mit der Rolle, die mir Dr. Bauer zugedacht hat sehr zufrieden. Erstens schreibe ich meinen Namen mit Z und bin daher gewont, an letzter Stelle genannt zu werden. Und in einer wahren Demokratie glaube ich gilt der Letzte soviel wie der Erste (Heiterkeit bei der E.L.) Abgesehen davon hat es Dr. Bauer viel leichter. Er schreibt sich mit B und kommt daher gleich nach Dr. Adler (Heiterkeit bei der E.L.) Abg. Zimmerl schliesst seine Ausführungen, damit, dass mit dem gegenwärtigen Steuersystem gebrochen werden muss, so oder so. Aber so geht es nicht weiter. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Breitner bemerkt, es sei nicht möglich ^{so} erschöpfende objektive Merkmale im Gesetze für die einzureihenden Betriebe festzusetzen,

dass das freie Ermessen ganz ausgeschaltet werden kann. Immerhin hat man sich bemüht, im Gesetze eine Anzahl von objektiven Merkzeichen anzuführen und vor allem wurde die einschneidende Einschränkung gemacht, dass in jeder Branche zwei Drittel der Betriebe von der Abgabe frei bleiben müssen. Bei einer Reihe von Gewerben, gehen wir auch nicht annähernd an diese zwei Drittel heran. Bei den Gemischtwarenhändlern, Delikatessenhändlern und so weiter kommen wir nicht einmal an ein Prozent. Von den 1943 Fleischselchern und -verschleissern sind insgesamt nur 10 Betriebe der Abgabe unterworfen (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Von ^{den} 3666 in Betrieb befindlichen Gastkonzessionen sind nur etwas über 600 eingereicht. (Hört! Hört! bei der Mehrheit). Der Magistrat pflegt jetzt mit den Genossenschaften die engste Zusammenarbeit. Bisher wurden mit dem Genossenschaftsausschuss der Gastwirte schon 33 und mit dem Genossenschaftsausschuss der Cafesieder schon 26 Sitzungen im Rathaus abgehalten, wobei wir uns bemühen, den Anträgen der Genossenschaften im weitestgehenden Mass Rechnung zu tragen. So ist von den Cafehäusern des X., XI. und XX¹. Bezirkes kein einziger Betrieb eingereicht. In Favoriten sind von 253 Gasthausbetrieben nur 24 Betriebe der Abgabe unterworfen. (Abg. Preyer: Das Bolschewikengesetz muss aber trotzdem abgeschafft werden!). Was die Einreihung der Weinbauer anlangt, stelle ich fest, dass von 334 Betrieben bereits 270 pauschaliert sind. Die Nahrungs- und Genussmittelabgabe wird im Bezug auf die Belastung der Massen weit überschätzt, denn von den vielen Branchen mit ihren 50.000 bis 60.000 Betriebsstätten werden nur 3000 Betriebe von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe erfasst. Der Herr Abg. Wawerka hat Aussprüche zitiert, die ich getan haben soll. Ich erkläre, dass ich niemals einen derartigen Ausdruck gebraucht habe. Schliesslich reflektiert St. R. Breitner auf die Bemerkungen des Abg. Zimmerl über das Steuersystem und erklärt, dass es ein Kardinalstandpunkt der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung ist, die Lasten auf die Schultern der Besitzenden und Geniessenden zu legen und die Besitzlosen soweit als möglich zu entlasten. (Beifall bei der Mehrheit).

Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung beschlossen. Die Anträge der Minderheit werden abgelehnt.

Nun gelangt die Gesetzesvorlage betreffend Ermässigung der Kraftwagenabgabe zur Verhandlung.

Abg. Biber (E. L.) erklärt, dass es in Oesterreich nicht weniger als 33 Steuern für den Automobilismus gebe. Diese sind mitunter von einander ganz verschieden, so dass schon wiederholt der Wunsch laut wurde, sie zu vereinheitlichen. Die vorgeschlagene Ermässigung der Kraftwagenabgabe ist nicht hinreichend. Es ist unverständlich, warum die Kraftwagenabgabe, die doch die Wirtschaft schwer hindert und nur anderthalb Prozent des Steuerbudgets ausmacht,

wenn nicht ganz abgeschafft, so doch wenigstens um 50 Prozent ermässigt wird. Nach dem Urteil der Fachleute würde der Mehrumsatz bei 40 Millionen Schilling im Jahr ausmachen, wovon 20 Millionen auf die Löhne entfallen, wodurch wieder 5000 bis 6000 Arbeiter Beschäftigung fänden. Der sozialdemokratische Abg. Forster hat bei einer Enquete erklärt, dass einmal klipp und klar ausgesprochen werden muss, dass das Auto kein Luxus ist.

Redner bekämpft auch den Verwendungszweck der Autosteuer, da die Automobile für die Strassen das idealste Fahrzeug sind; sie nützen die Strassendecke nicht ab. Die Ermässigung der Abgabe von hundert Schilling auf sechzig Schilling monatlich ist gewiss sehr erheblich und es kann nicht mehr gesagt werden, dass dieser Betrag erheblich und industrieschädigend ist. Freilich wirkt diese Steuer sich noch immer sehr ungünstig aus, wenn der Wagen nicht ausgenützt werden kann. Bei den mittleren Wagen beträgt die Ermässigung nur 22 Prozent. Die Steuer macht bei diesen Wagen 60 Prozent der Betriebskosten aus, gegenüber 25 Prozent bei den kleinen Wagen. Bei den Luxuswagen beträgt die Ermässigung wohl nur 13 Prozent, aber die Steuer macht nur 15 Prozent der Betriebskosten aus. Die mittleren Wagen werden also weitaus am schlechtesten behandelt. An der Steuerform, wie sie hier gehandhabt wird, geht unsere Autoindustrie zugrunde. Die Fabriken bauen Motore mit hoher Tourenzahl, für die eine kleinere Steuer zu zahlen ist und gutgebaute Wagen werden nicht mehr gekauft, weil die Steuer zu hoch ist. Die Automobilsteuer verhindert auch die Anschaffung eines zweiten Wagens, wodurch ein grosser Teil der Unfälle entsteht, da der eine Wagen niemals genügend untersucht und ordentlich repariert werden kann. Redner beantragt, dass die ermässigte Automobilsteuer nicht, wie in der Vorlage beantragt, bei sieben Steuerpferdestärken auf 60 Schilling herabgesetzt, sondern diese Ermässigung auf 10 Steuerpferdestärken ausgedehnt wird. Ferner beantragt er die Streichung der Bestimmung, dass die Steuerermässigung aufgehoben wird, wenn der Gemeinde durch eine Aenderung der Bundesgesetzgebung neue Lasten erwachsen. (Beifall)

Abg. Müller (E.L.) sagt, dass die Minderheit schon bei der Einführung der Autosteuer im Jahre 1923 die Steuersätze als viel zu hoch bezeichnet habe. Es sei zu begrüessen, dass nunmehr bei der Mehrheit die Einsicht Einker gehalten hat und eine Ermässigung beantragt wird. Im Interesse des Fremdenverkehrs müsse aber auch die Bestimmung geändert werden, dass der Ausländer, der mit seinem Auto länger als einen Monat in Wien ist, zur Steuerleistung herangezogen wird. Er muss dann nicht nur für die den Monat übersteigende Zeit, sondern auch noch für die zurückliegende Zeit die Automobilsteuer entrichten. Schliesslich sollte auch für alte Wagen, wenn sie verkauft werden, eine kleinere Steuer eingehoben werden. (Beifall bei der Minderheit).

ST.R. Breitner entgegnet, dass in Wien mehr als die Hälfte aller Automobile nicht mehr als sieben Steuerpferdestärken haben. Diese Wagen zahlen dann täglich 60 Groschen bis zu einem Schilling Steuer. Das kann gewiss niemand abhalten, bloss wegen der Steuer keinen Wagen zu kaufen. Man muss berücksichtigen, dass die Betriebskosten noch immer sehr hoch sind; so hat Herr Biber bei seiner Berechnung die sehr hohen Versicherungskosten einfach weggelassen. Wien hat jetzt die niedrigste Automobilsteuer. Sie beträgt 720 Schilling im Jahr. Für denselben Wagen sind in Niederösterreich 787 Schilling, in Oberösterreich 1050 Schilling, in Steiermark 840 Schilling zu zahlen; in Tirol ist die Steuer etwas niedriger, dafür gibt es dort 36 Strassenmauten, die 20 bis 30 Schilling betragen, aber auch in anderen Bundesländern besteht noch immer diese mittelalterliche Einrichtung. Wir haben uns bei der Steuerformel an das Deutsche Reich angepasst. Eine kleinere Steuer für die alten Wagen wird von der Automobilindustrie bekämpft, da sie eine Verminderung ihres Absatzes befürchtet. Die Besteuerung der Fremdenautomobile ist in Wien am liberalsten. In Niederösterreich sind nur 8 Tage steuerfrei, in Tirol 5 Tage, in Oberösterreich und Vorarlberg ist die Steuer vom 1. Tag an zu bezahlen, ebenso im Ausland, vor allem in den nordischen Staaten, in Belgien, Frankreich und der Tschechoslowakei. Es ist unser Bestreben, das Automobil einem grösseren Kreis zugänglich zu machen, dadurch die Industrie zu beleben und wir hoffen, dass diese Steuerermässigung diese beiden Zwecke erfüllen wird. (Beifall).

Die Anträge Biber werden abgelehnt und das Gesetz in erster und zweiter Lesung beschlossen.

Es gelangt nun die Novellierung des Fürsorgeabgabegesetzes zur Verhandlung.

Abg. Uebelhör (E.L.) führt darüber Klage, dass die Auslegung des Gesetzes sehr rigoros ist. Die Beschwerden über die Anwendung sind äusserst zahlreich. Wenn Kinder ihre alten Eltern im Betrieb beschäftigen, muss sofort Fürsorgeabgabe gezahlt werden. Oft kommt es vor, dass Eltern erkranken und einen Sohn aushilfsweise mit der Vertretung betrauen, sofort wird eine Fürsorgeabgabe vorgeschrieben. Es hat sich wohl in der letzten Zeit diese unhaltbare Praxis etwas gemildert, aber es kommt immer noch unglaubliche Fälle vor, die auch dann nicht verständlich sind, wenn sie von oberen Verwaltungsbehörden sanktioniert werden. So kann man doch nicht Vertreter, die ein/eigenen Gewerbeschein haben und selbst Leute beschäftigen, abgabepflichtig machen. Es ist vorgekommen, dass ein Advokat, der seinen Kollegen vertreten hat, für die Expensnote Fürsorgeabgabe zahlen musste. Sogar der Verwaltungsgerrichtshof hat einzelne Entscheidungen des Magistrates aufgehoben.

Unbegreiflich ist es, dass man, während man die Fürsorgeabgabe für die Banken um 25 Prozent herabgesetzt hat, die Fürsorgeabgabe für die Stückmeister wesentlich erhöht hat. Merkwürdig ist auch, dass den stillen Teilhabern die Abgabe vorgeschrieben wird, ja dass sie für Jubiläumsgeschenke eingehoben wird. In einem Unternehmen wurde von den Angestellten ein Wohlfahrtsfonds gegründet der durch Beiträge der Lieferanten gespeist wurde. Der Wohlfahrtsfonds musste dann schliesslich aufgelöst werden und wurde unter die Beamten aufgeteilt. Dafür wurde eine Abgabe gerechnet. Oder ein Angestellter veruntreute eine Summe. Der Unternehmer ersuchte von der gerichtlichen Verfolgung des Angestellten abzusehen und dieser verpflichtete sich, den Betrag in Raten zurückzuzahlen. Dafür schrieb der Magistrat Fürsorgeabgabe vor. (Heiterkeit bei der Minderheit). Wenn schon die Steuer nicht ermässigt wird, müsste doch wenigstens die Vorschreibung in einer Weise erfolgen, die der Gerechtigkeit und dem gesunden Menschenverstand entspricht. Redner beantragt schliesslich die Aufhebung der Klausel, wonach die Steuerermässigung rückgängig gemacht werden kann, wenn sich die Abgabenteilung ändert. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Abg. Ellend (E.L.) erklärt, die Herabsetzung der Fürsorgeabgabe für die Banken als vollkommen gerechtfertigt, da davon eine Ermässigung des Bankzinsfusses für das Gewerbe zu erhoffen sei. Wir müssen aber verlangen, dass die Fürsorgeabgabe für alle Gewerbetreibenden herabgesetzt oder dass sie doch wenigstens von allen Unternehmungen in gleicher Weise eingehoben wird. Die Geschäftsstelle der Konsumvereine zahlen trotz ihrer ungeheuren Umsätze keine Fürsorgeabgabe, trotzdem aber rechnen die Konsumvereine ihren Kunden nicht nur dieselben Preise auf, wie die Geschäftsleute, die mit dieser Abgabebelastet sind, sondern sogar noch höhere. Durch eine Besteuerung der Konsumvereine würden ein bis eineinhalb Millionen einzubringen sein. Abg. Ellend erhebt sodann darüber Beschwerde, dass auch von Remunerationen an Arbeiter und Angestellte Fürsorgeabgabe eingehoben wird, und stellt einen Resolutionsantrag, in welchem der amtsführende Stadtrat der Gruppe II beauftragt wird, dem Landtag innerhalb zweier Monate eine Novelle zum Fürsorgeabgabegesetz zu unterbreiten, durch die auch die Konsumvereine der gesetzlichen Abgabe unterworfen werden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

St. R. Breitner erklärt zunächst, die Fürsorgeabgabe für die Kreditinstitute sei deshalb ermässigt worden, weil im Laufe der Zeit alle Spezialsteuern, die für irgendwelche Kategorien festgesetzt worden waren, bereits ermässigt worden sind, oder im Zuge dieser Novellierungen ermässigt werden. Ausserdem ist ^{hiebei} in den Einwendungen Rechnung getragen worden, dass durch die Abgabe der Zinsfuss der Banken beeinflusst wird, ebenso wie gewissen Einwendungen, die von seiten der Angestellten erhoben worden sind, Rechnung getra-

herabzusetzen und die Ermächtigungsklausel zu streichen. Ein Resolutionsantrag des Abg. Untermüller geht dahin, die im kleinen Anzeiger erscheinenden Arbeits- und Stellengesuche von der Abgabe zu befreien. (Beifall bei der E. L.)

In seinem Schlusswort erwidert der Referent, dass die Abgabe für Stellengesuchsanzeigen derzeit 5 Prozent betrage. Nun wird eine Ermässigung von einem Drittel eintreten, sodass dann die Abgabe für diese Anzeigen nur drei Prozent ausmachen wird. Eine solche Anzeige kostet ungefähr drei Schilling, die Belastung durch die Abgabe macht daher 9 Groschen aus. Dieser kleine Betrag lässt sich im Tarif gar nicht ausdrücken. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Anträge des Abg. Untermüller werden abgelehnt und das Gesetz in erster und zweiter Lesung beschlossen.

In der Spezialdebatte über das Gesetz betreffend die Bodenwertabgabe von unverbauten Gründen verweist Abg. Dr. Hengl (E. L.) auf den scharfen Abwehrkampf, den die Landwirtschaft gegen die ursprünglichen Bestimmungen der Vorlage geführt hat. Dank der kraftvollen Unterstützung der Minderheit sowie der Vertreter der wirtschaftlichen Korporationen sind die für die Landwirtschaft drückenden Bestimmungen nunmehr gefallen. Der Redner beantragt die Streichung der Bestimmung, wonach die Eigentümer der von der Abgabe befreiten Gründe verpflichtet werden, ein Selbstbekenntnis zu legen. Ein weiterer Antrag verlangt, dass auch jene Flächen die Begünstigung der halben Abgabe erhalten sollen, die der Schnittholz- und Werkholzindustrie dienen. (Beifall bei der E. L.)

Abg. Brinke (E. L.) führt aus, dass mit dieser Vorlage der notleidenden Wirtschaft eine neue Last auferlegt wird. Die Bodenwertabgabe ist eine gerechte Steuer, soweit sie die Bodenspekulanten trifft. Sie besteuern jedoch auch die Landwirtschaft, ein Zustand, der unerträglich ist. Wenn die Vorlage in ihrer ursprünglichen Form Gesetz geworden wäre, wäre die Landwirtschaft in Wien total ruiniert worden. Der Redner stellt den Antrag auf Streichung der Bestimmung, wonach die Eigentümer einer Grundfläche, die auf Befreiung von der Bodenwertabgabe Anspruch hat, binnen vier Wochen um die Steuerbefreiung anzusuchen hat. (Beifall bei der E. L.)

Abg. Pfeiffer (E. L.) erklärt, dass eine Bodenwertabgabe berechtigt wäre, wenn der Bodenwert durch die Möglichkeit der Ausnützung des Bodens gegeben wäre. Die Politik der sozialdemokratischen Stadtverwaltung hat dies jedoch unmöglich gemacht, wodurch vom wahren Bodenwert unendlich viel verloren gegangen ist. Die Grundbesitzer werden nun ihre Gründe verschleiern müssen, wodurch der Gemeinde wieder Gelegenheit zur Grunderwerbung gegeben ist. Das Ausmass der von der Abgabe befreiten Hausgärten soll von 400 Quadratmeter auf wenigstens 1000 Quadratmeter erhöht werden. Durch diese Vorlage erfahren auch die Sportvereine eine grosse Belastung, weshalb die Vorlage in der vorliegenden

unter keinen Umständen befriedigt sein kann. (Beifall bei der E.L.)

Abg. Biber (E.L.) bezieht die Vorgangsweise des Finanzreferenten für vollständig verkehrt, da doch die Bodenwertabgabe nichts mit den Kleinrentnern zu tun hat. Von Fachleuten wird behauptet, dass eine solche Abgabe nur mit 1 pro Mill beginnen kann, während heute der 10fache Satz beschlossen werden soll. Es ist begrüßenswert, dass durch die Befreiung der Landwirtschaft von der Abgabe diesem notleidenden Stand keine neue Last aufgebürdet wird. Aber auch dem Gewerbe geht es schlecht, hier wird bei einer Reihe von Gewerben ein Notstand beobachtet, wie nie zuvor. Redner beantragt, dass für Grundflächen und Liegenschaften, die dem Wirtschaftsbetrieb des Steuerpflichtigen als Werks- und Lagerplätze dienen, von der Bodenwertabgabe zu befreien sind. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, stellt Redner den Eventualantrag, dass Lagerplätze und so weiter von der Hälfte der Abgabe zu befreien sind.

St. R. Breitner erklärt, dass der Magistrat gewiss in Fällen, in denen die Anmeldefrist aus triftigen Gründen versäumt wurde, ein Wiedereinsetzungsverfahren, bewilligen wird. Die Handelskammer hat der Gemeinde den Dank ausgesprochen für das Entgegenkommen. Die Landwirtschaft wurde vollständig befreit und es sei zu befürchten, dass diese Abgabe weniger einbringen wird, als die Gemeinde für die Kleinrentner ausgeben muss.

Die Anträge Hengl, dass die Selbsteinschätzung entfällt, wenn keine Steuer zu zahlen ist, und der Eventualantrag Biber werden angenommen, die übrigen Anträge werden abgelehnt und das Gesetz in beiden Lesungen beschlossen.

Schluss der Sitzung 22 Uhr.

.....

Wien, am Freitag, den 11. Oktober 1929 Dritte Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 11. Oktober 1929.

versitzender Weigl eröffnet die Sitzung um 22'15 Uhr. Vizebgm. Emmerling berichtet über einige Änderungen im städtischen Autobusverkehr und über die Einführung neuer Linien. Er erinnert daran, dass er schon anlässlich der Einrichtung der in Betracht kommenden Linien darauf hingewiesen habe, dass man sich erst nach einer gewissen Zeit der Betriebsführung ein Bild über die Wirtschaftlichkeit dieser Linien werde machen können. Was den Autobusverkehr überhaupt anbelangt, so ist, wenn man die Zahl der Fahrgäste in der letzten Berichtswoche auf das Jahr umrechnet mit einer Zahl von 15 Millionen Fahrgästen im Autobusverkehr zu rechnen. Daraus ergibt sich, dass die Strassenbahnen ganz bedeutend entlastet worden sind. Der Zahl der Fahrgäste nach ist die Linie Amalienbad - Gersthof die beste am wirtschaftlichsten ist aber die Linie Westbahnhof-Prater, die schlechteste Linie die sich überhaupt als nicht zweckmässig erwiesen hat, ist die Linie 9 Kriemhildplatz - Rotundenbrücke, dies offenbar aus dem Grunde, weil diese Strecke Strassenbahn befahren wird. Diese Linie wurden nun so geändert, dass sie zum grössten Teil durch Strassenzüge führt, die mit der Strassenbahn nicht befahren werden. Die Änderung der Linienführung ist von dem Gesichtspunkt aus erfolgt, dass der innerstädtische Verkehr einem starken Bedürfnis entsprechend verbessert wird. Die Betriebseröffnung auf der Strecke Margaretengürtel, Philadelphia-termin für die brücke wird nach Einstellung und Schulung des erforderlichen Personals erfolgen. Die/Betriebsaufnahme auf der Anschlusslinie 5 Nordwestbahnhof-Floridsdorf- Am Spitz soll nach Bereitstellung der hierfür notwendigen Wagen vom Gemeinderatsausschuss VIII festgesetzt und dieser Ausschuss vom Gemeinderat hiezu ermächtigt werden. Im übrigen sollen die Linienänderungen nicht wie ursprünglich geplant erst 14 Tage nach der Beschlussfassung durch den Gemeinderat zur Durchführung kommen, da durch die Verschiebung der Angelegenheit auf die heutige Gemeinderatssitzung 8 Tage verloren gegangen sind, vielmehr soll der Betrieb am 21. Oktober aufgenommen werden.

GR. Scholz (E.L.) findet, dass die Zeit viel zu kurz ist, als dass man heute über die Rentabilität der einzelnen Linien schon sprechen kann. Man hätte noch einige Zeit zuwarten müssen, da die Bevölkerung an die neuen Betriebsmittel erst gewöhnt werden muss, zumal da man es an einer entsprechenden Aufklärungsarbeit über den Autobusverkehr durch die Tagesblätter hat

fehlen lassen. Dass zum Beispiel die Linie 9 auf der Strecke Rotundenbrücke-Löwengasse heute noch nicht so benützt wird, wie es wünschenswert ist, hat seinen einfachen Grund darin, dass wegen Pflasterungsarbeiten die Linie lange Zeit gar nicht über die Löwengasse geführt werden ist und erst seit ganz kurzervZeit über diese Strasse geführt wird. Man müsste zumindest drei Monate noch mit der Linie noch Gedulghaben. Durch die Innere Stadt verkehren jetzt drei Linien. Sie wollen diese mit vier neuen Linien zusammenlegen. Die sieben Linien sollen über den Graben, Stephansplatz und Rotenturmstrasse fahren. Dieser neue Verkehr wird nur mit schweren Stöckungen vorsich gehen, wozu noch kommt, dass auch die Strassenverhältnisse in der Inneren Stadt, insbesondere in der Rotenturmstrasse sehr schlecht sind. Die Linie 4 soll nun am Praterstern enden. Es ist ganz unerfindlich, warum Sie diese Linie nicht bis zur Reichsbrücke führen, um der/Gelegenheit zu geben, schon von dort aus rasch zur Stadt fahren zu können. Die neue Linie vom Tabor zum Floridsdorfer Spitz wollen Sie mit Wagen führen, die nur von einem Mann besetzt sind. Der Fahrgast muss also am Tabor umsteigen. Wo bleibt da der Vorteil des raschen Verkehrs. Es scheint, als ob Sie mit dem Autobusverkehr Experimentieren wollten. Sie dienen damit nicht dem Interesse der Bevölkerung, sondern der praktischen Rentabilität der Unternehmungen. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Michal (soz. dem.) beantragt, dass die Aenderungen in der Linienführung am 21. Oktober in Kraft treten sollen.

GR. Hengl (E. L.) beantragt, dass die Autobuslinie 7 bis zum Gymnasiumstrasse zu verlängern ist. Dadurch wäre eine Verbindungsmöglichkeit der Autobuslinie Krettenbach mit der Stadt herbeigeführt. Auf die Dauer kann man auch die Salmensdorfer und Neustifter nicht als Bürger zweiter Klasse behandeln. Sollte der Antrag abgelehnt werden, so stellt Redner den Eventualantrag, dass an Sonn- und Feiertagen die Autobuslinie 7 bis zur Stadtbahnstation Nussdorferstrasse geführt wird. Redner beantragt ferner, dass bei der Endstation in der Gymnasiumstrasse ein Wartehäuschen errichtet wird, und dass von der Endstation der Linie 39 bis zum Nussdorfer Platz eine Autobuslinie zu führen ist.

GR. Prinke (E. L.) führt Beschwerde darüber, dass wie immer auch diesmal Simmering vom Autobusverkehr ausgeschlossen bleibt, obwohl eine Verbesserung der Simmeringer Verkehrsverhältnisse sogar von den sozialdemokratischen Vertrauensmännern verlangt wurde. Die Linie 71 ist ständig überlastet. Man müsste sich endlich entschliessen eine eigene Linie auf dem

Zentralfriedhof hinauszuführen oder wenigstens den Autobus der Linie 8 bis zur Endstation des Fwagens weiterzuführen. GR. Prinke ersucht den Vizobgm. Emmerling, endlich die berechtigten Wünsche der Bevölkerung von Simmering zu berücksichtigen.

GR. Binder (E.L.) wendet sich entschieden dagegen, dass die Linie 9 aufgelassen wird. Die Zeit ist viel zu kurz, als dass man schon sagen könnte, dass diese Linie unrentabel ist. Im Winter würde es sich zeigen, wie stark die Linie frequentiert ist. Er stellt den Antrag, dass die Autobuslinie 9 wie bisher zur Rotundenbrücke geführt wird. Ferner beanstandet er, dass die Teilstrecken Erdberggasse-Baumgasse und Baumgasse-Schlechthausgasse viel zu kurz sind. Vernünftiger wäre es, die Teilstrecke von der Erdbergstrasse bis zur Schlechthausgasse zu machen. Der Verkehr auf der Landstrasse müsste überhaupt verbessert werden.

Vizobgm. Emmerling bemerkt gegenüber den Vorrednern, dass die Zeit vom April bis Oktober, lange ^{gewesen} gehug/sei um die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Linien zu erproben. Was insbesondere die Linie 9 betrifft, so hat sich ergeben, dass sie im Gegensatz zu allen anderen Linien, die eine starke Zunahme der Frequenz aufweisen, mitte September weniger frequentiert wurde als in der ersten Woche. Der Redner bittet, der vorgeschlagenen Linienänderung, die nach einem eingehenden Studium aller Frequenzen beantragt wird, zuzustimmen.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag sowie der Antrag Michal angenommen. Der Antrag Dr. Hengl betreffend die Errichtung eines Wartehäuschens wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, die übrigen Anträge der Minderheit werden abgelehnt.

Es wird sodann eine schriftliche Anfrage der Gemeinderätin Schlösinger an den Bürgermeister verlesen, in welcher daran erinnert wird, dass in der Sitzung vom 20. September ein Antrag der Gemeinderätin Schlösinger der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen wurde es möge in der nächsten Gemeinderatssitzung gütigstens darüber berichtet werden, wieviel Kinder zu Beginn des Schuljahres umgeschult wurden und nach welchen Grundsätzen die Umschulungen angeordnet wurden. Da bisher 2 Gemeinderatssitzungen bereits vergangen sind, ohne dass der verlangte Bericht erstattet wurde, wird der Bürgermeister gefragt, ob er veranlassen wolle, dass der Bericht dem Gemeinderat umgehend vorgelegt wird.

Vorsitzender Weigl schliesst die Sitzung um 23'15 Uhr.

Wien, am Samstag, den 12. Oktober 1929

.....
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Gemeinderat keine Sitzung ab. Der Stadtsenat tritt am Dienstag vormittag um 10 zu einer Geschäfts-sitzung zusammen.

.....
Ausstellung von Briefen und Aufzeichnungen Kürnbergers im Historischen Museum der Stadt Wien. Anlässlich des 50. Todestages Ferdinand Kürnbergers wird ab Sonntag, den 13. Oktober 1929 eine Reihe von Briefen und Aufzeichnungen Kürnbergers im Historischen Museum der Stadt Wien ausgestellt.

.....
Eröffnung von städtischen Wohnhausbauten in Hernals. Bürgermeister Seitz wird am Sonntag zwei grössere kommunale Wohnhausanlagen in Hernals eröffnen. Die beiden Bauten sind schon seit längerer Zeit bewohnt. Um 10 Uhr vormittag wird die Wohnhausanlage "Türkenritthof" in der Hernalser Hauptstrasse 190 eröffnet. Der Entwurf für diesen Baublock, der 2800 Quadratmeter umfasst, von denen 1304 Quadratmeter verbaut wurden, stammt von dem Architekten Professor Paul Hoppe. Die Anlage enthält 87 Wohnungen, eine zentrale Badeanlage und einen grossen Jugendhort. Der Haupthof ist gärtnerisch ausgestattet.

Das mächtige Hauptportal der Anlage schmückt eine grosse Plastik des akademischen Bildhauers Heinrich Scholz. Sie erinnert an den durch viele Jahre üblichen historischen Festzug in Hernals, den "Türkenritt", auch Eselsritt, genannt.

Um 11 Uhr vormittag wird eine Wohnhausanlage in der Wattgasse-Röt-zergasse-Nesselgasse eröffnet. Sie enthält 77 Wohnungen. Der Entwurf wurde von den Architekten Gebrüder Schön ausgearbeitet. Auch hier wurde der Haupt-hof gärtnerisch ausgeschmückt. Freundliche Balkone und Erker beloben die Ar-chitektur der Fassade.

.....
Jubilare der Ehe. Diese Woche feierten die Ehepaare Josef und Franziska Hoppe, Josef und Karoline Stöhr, Johann und Anna Paternioner und Anton und Rosa Ueberlacher das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte heute amtsführender Stadtrat Linder den Jubilaren die Ehrengabe der Stadt Wien.

Wien, am Samstag, den 12. Oktober 1929 Zweite Ausgabe

Vierhundert Schweizer Lehrpersonen im Rathaus. Seit einer Woche weilen in Wien mehr als vierhundert Schweizer Lehrer und Lehrerinnen, die ihre Schulferien zum Studium der Wiener Schulreform benützen. Der grösste Teil der Gäste kommt aus Basel und Zürich; aber auch der Kanton Aargau entsendete eine stattliche Zahl. Unter der Leitung des Präsidenten Nationalrat Otto Glöckel besuchten die Gäste viele Schulen, die wichtigsten kommunalen Fürsorgeschöpfungen und Wohnhausanlagen. Am Donnerstag gab der Wiener Lehrer a capella-Chor zu Ehren seiner Schweizer Kollegen einen prächtigen Liederabend, der bei allen Teilnehmern einen bleibenden Eindruck hinterliess. Am Samstag erschienen die Schweizer Lehrpersonen im Wiener Rathaus, wo sie in Vertretung des Bürgermeisters von amtsführenden Stadtrat Speiser empfangen wurden. Dem Empfang wohnte auch der Schweizer Gesandte Dr. Jaeger bei. Präsident Glöckel als erster Sprecher hob das grosse Interesse hervor, dass die Schweiz an Wien und der Wiener Schulreform bekunde. Wiener Pädagogen wurden wiederholt in den letzten Jahren in Schweizer Städte berufen um über die neuen Lehrmethoden vor Fachleuten zu sprechen. Die Wiener danken den Schweizern für dieses rege Interesse, sie danken aber auch der Schweiz für den grossen Pädagogen Pestalozzi den sie der Welt geschenkt hat und den die Stadt Wien durch die Errichtung eines Denkmals und die Benennung einer schönen städtischen Wohnhausgruppe geehrt hat. Es erwiderten dann Präsident Kübler für die Züricher Lehrerschaft, Lehrer Suter für die Aargauer Lehrer und Dr. Thommen für die Basler Gäste. Für die Stadt Wien begrüsst amtsführenden Stadtrat Speiser die Erschienenen herzlich. Die Wiener Gemeindeverwaltung ist stolz auf diesen Besuch, weil er vor allem der Forschung gilt. Wir bitten die Schweizer Gäste bei ihrer Forscherarbeit streng zu sein und das Werk der Wiener Schulreform ernst und kritisch zu prüfen. Wien ist für jede gerechte Kritik dankbar. So wird diese Studienreise für beide Teile Nutzen bringen.

Die Ansprache löste lebhaften Beifall aus. Nach dem Empfang **im Rathaus** veranstalteten die Besucher vor dem Pestalozzidenkmal in Döbling eine Huldigung.

Bezirksvertretung Neubau. Die Bezirksvertretung Neubau hält am Donnerstag, den 17. Oktober um 6 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab.

Wien, am Sonntag, den 13. Oktober 1929

Bürgermeister Seitz über die Selbstverwaltung Wiens.Eröffnung von städtischen Wohnhausanlagen in Hernalz.

Heute vormittag eröffnete Bürgermeister Seitz zwei grössere kommunale Wohnhausanlagen in Hernalz, den "Türkenritthof" in der Hernalser Hauptstrasse und eine Wohnhausanlage in der Wattgasse-Röttergasse-Nesselgasse.

Die Wohnhausanlagen hatten reichen Festschmuck angelegt. An jeder Eröffnungsfeier nahm eine riesige Menschenmenge teil. Ausserdem die amtsführenden Stadträte, viele Gemeinde- und Nationalräte sowie zahlreiche andere politische Funktionäre. Viel bemerkt wurde die Anwesenheit einer grossen Abordnung der Schweizer Lehrer und Lehrerinnen, die gegenwärtig zum Studium der Wiener Schulreform in Wien weilen.

Die Eröffnungsfeier im Türkenritthof ging im Gartenhof der Anlage vor sich. Sie wurde mit den feierlichen Klängen der Bundeshymne eingeleitet. Dann sang der Arbeitersängerbund Hernalz das Sonntagslied, worauf Bezirksvorsteher Haidl im Namen des Bezirkes den Bürgermeister und die Festgäste begrüßte. Die Hernalser Bevölkerung, sagte er, dankt der Gemeindeverwaltung für ihre zielbewusste Aufbauarbeit auf dem Gebiete der Wohnkultur und wird sie darin jederzeit treu unterstützen. Den Dank der Mieten überbrachte Obmann Bezirksrat Steiner, worauf, stürmisch und jubelnd begrüßt, Bürgermeister Seitz die Eröffnungsansprache hielt.

Ich danke Ihnen auch im Namen meiner Mitarbeiter für den freundlichen Empfang. Der Bezirksvorsteher hat in seinem bedauernden Ton davon gesprochen, dass wir nur einen kleinen Gemeindebau eröffnen. Es scheint man kann sich jetzt unter einem Wohnhausbau nur mehr Mammutbauten vorstellen (Heiterkeit). Jeder Bezirk möchte den Rekord für sich beanspruchen, den grössten Wohnhausbau besitzen. Erinnern wir uns aber, wie es hier von zehn Jahren ausgesehen hat. Ganz gewiss: Wenn wir vor zehn Jahren den Hernalsern einen Gemeindebau mit 85 Wohnungen versprochen hätten, wäre das als ein kaum erreichbarer Fortschritt bezeichnet worden. (Lebhafte Zustimmung).

Es ist nicht leicht, dem Wohnungsbedürfnis Wiens zu genügen. Nicht etwa, weil die Wohnungsnot in Wien besonders gross ist; die Wohnungsnot besteht in allen Ländern Europas, in allen zivilisierten Ländern der Welt, in jeder Stadt. Die Wohnungsnot Berlins ist ungleich grösser als die Wiens, nur ist sie nicht so sichtbar als eben in Wien. In Berlin zwingt der valorisierte Mietzins die Menschen, zusammenzurücken, sich wieder mit unzureichenden Wohnungen zufrieden zu geben. In Wien hat der billige Mietzins und der Mieterschutz das Bedürfnis nach der grösseren, besseren Wohnung ungleich lauter werden lassen als anders wo. In Wien wird das Bedürfnis der Menschen nach der höheren Wohnkultur nicht beschränkt durch hohe Mietpreise, die beispielsweise in Berlin die Neumietung einer besseren Wohnung für viele Familien unmöglich machen; daher kommt die stete Dringlichkeit der Wohnungsnot in Wien, daher die scheinbare Unzufriedenheit. Dass der Mieterschutz aufrecht erhalten blieb, war eine der wichtigsten Massnahmen für die ganze Volkswirtschaft, aus den besonderen Folgen des Krieges geboren. Hohe Mietzinse hätten unweigerlich den österreichischen Export unmöglich gemacht. Der niedrige Mietzins, verbunden mit niedrigen Löhnen, die Oesterreich allein konkurrenzfähig erhalten haben, hat notwendigerweise auch die Aufbauarbeit der Gemeinde auf dem Gebiete des Wohnungswesens erzwungen, weil die private Bautätigkeit versagte. (Beifall).

Wien hätte diese Aufbauarbeit nicht durchführen können, wenn es nicht unabhängig und reichsunmittelbar geworden wäre. Nicht vom Standpunkte des Parteimannes, sondern im Interesse der ganzen Stadt und aller ihrer Stände, die ein gemeinsames Ziel, den allgemeinen Wohlstand anstreben, ist die Stellung Wiens in der Republik von der grössten Bedeutung für alle Wiener. Durch die ganze Geschichte der Stadt Wien geht schon der Wunsch nach der Reichsunmittelbarkeit. Nun, das Reich ist nicht mehr, das Wort stimmt also nicht mehr, aber die Sache stimmt. Solange die Stadt mit dem Bunde nur mittelbar durch einen Stadthalter, durch einen Landtag und einen Landesausschuss mit dem Staat verbunden war, solange Wien nicht das gleiche Recht hatte wie jedes Land der Republik, konnte Wien seine grossen kommunalen Reformen nicht durchführen. Erst als Wien das Gesetzgebungsrecht erhalten hatte, als Wien gleichgestellt war mit den anderen Ländern, konnte die Neuorganisation der städtischen Fürsorge, des städtischen Schulwesens, des Wohnbauwesens und alle jene Aufbauarbeit durchgeführt werden, die Wien gesund, steuerkräftig und wirtschaftsfähig gemacht hat. Die absolute Unabhängigkeit Wiens von irgendeinem Land ist das wichtigste Recht der Stadt und jedes einzelnen Bürgers dieser Stadt. (Stürmische Zustimmung, tosender Beifall). Würde Wien dieses Recht verlieren,

dann könnte es niemals seine Kommunalpolitik so betreiben, wie es seine besondere Eigenart verlangt. Ob man die Bundesverfassung förderativ oder zentralistisch gestalten soll, das ist eine Parteifrage die viele Menschen je darnach entscheiden, ob sie künftig die stärkste, also zur Regierung berufene Partei zu sein hoffen oder nicht. Eine allgemeine, eine Frage des ganzen Volkes von Wien aber ist die, ob wir gegenüber anderen Ländern an Rechten etwas preisgeben wollen. Und da kann jeder echte Wiener, der mit Wien fühlt, nur sagen: So wie jedes kleinste Land der Republik muss auch Wien seine Rechtsgleichheit mit den anderen Ländern sein Selbstbestimmungsrecht festhalten. (Wiederholter Beifall).

Man sagt oft, eine Stadt könne nicht zugleich Land sein und ein Land nicht zugleich Stadt. Kirchturmpolitiker schauen eben nicht über Grenzen, sehen Tatsachen in der übrigen Welt nicht. Man braucht gar nicht lange zu suchen um eine Stadt zu finden, die reichsunmittelbar ist und unabhängig von irgendeinem Land, mehr noch als Wien. Das ist zum Beispiel Hamburg - ein Gliedstaat des Deutschen Reiches, unabhängig in seiner Selbstverwaltung wie Preussen, Bayern oder Württemberg. Es hat nicht nur seine eigene unabhängige Verwaltung, seine Gesetzgebung, seine eigenen Körperschaften in allen Instanzen, weitergehend als Wien, es hat seine vollständige Unabhängigkeit als gleichberechtigtes Glied des grossen Deutschland, trotzdem es nur eine Stadt ist und kleiner als Wien. Man sagt Wien sei die Bundeshauptstadt, in Wien tagte der Nationalrat, ja es ist auch gesagt worden, die niederösterreichische Landesregierung antiere doch in Wien und daher müsse Wien auch Rechte eines Landes preisgeben. Nun ich kann nur noch einmal sagen: Wien weiss diese Ehre zu schätzen. Es begrüsst es, wenn in seinen Mauern der Nationalrat tagt, der Bundesrat und viele andere Körperschaften. Das bringt vielleicht auch Gewinn und wir heissen alle die zu uns kommen, herzlich willkommen. Aber kein Gewinn kann so gross sein, dass Wien seine Rechte das heisst, seine Ehre preisgebe für Gewinn, dass wir uns prostituierten. (Stürmische Zustimmung, wiederholte lebhaftes Zurufe).

Wien wird an seinen Rechten immer festhalten. Wien wird bestehen, nach seiner natürlichen Lage als Verkehrsknotenpunkt, als die Stadt einer grossen Industrie; Wien wird bestehen durch sein Gewerbe und seinen Handel, vor allem durch den Fleiss und die Arbeitsamkeit seines Volkes (Lauter Beifall). Hier sind die Wurzeln unserer Kraft. Sie haben Wien nicht nur zur Hauptstadt Oesterreichs, sondern auch zu einer der Hauptstädte Europas und der Welt gemacht. Aber sinnlos wäre es, wenn jeder der dieses hauptstädtische Wesen Wiens anerkennt, auch das Recht ableitete, die Stadt unter seine Diktatur zu stellen. Wir waren die Stadt des Hofes einer grossen Dynastie, die Hauptstadt eines grossen Reiches. Der Weltkrieg hat uns beides genommen, aber Wien ist geblieben was es ist, und wird es bleiben durch die Kraft und den Fleiss seines Volkes, durch seine Lage, durch seine ganze weltwirtschaftliche Gestaltung. (Stürmische Zustimmung). Wenn Wien die Bundeshauptstadt Oesterreichs genannt wird, so ist es das nicht durch irgendeinen formalen Rechtsakt, nicht durch irgendeinen Beschluss geworden, sondern durch seine Art und sein Wesen und durch seine wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung. Wimwürde das bleiben, auch wenn uns der Nationalrat nicht mehr die Ehre erwiese bei uns zu tagen, sondern ein anderes Land oder eine seiner Städte zu seinem Wohnsitz wählte. Ich glaube auch nicht, dass irgendein Land bereit wäre um diesen Preis seine Rechte zu verkaufen, seine Selbstverwaltung zu opfern. Zu allerletzt wird Wien das tun, weil seine Wirtschaft und seine Kultur nur gedeihen kann in Freiheit und Gleichheit. Wir werden uns jeder Verfassung einfügen die in den Formen des Rechts und nach dem Grundsatz der Gleichheit aller Länder zustande kommt, wir werden uns aber niemals beugen vor einem Bruch des Rechts, vor einer Verletzung dieses ersten Grundsatzes der Gleichheit. (Stürmische Zustimmung, wiederholte zustimmende Zurufe).

Im Interesse des Volksganzen muss das Volk von Wien und jeder einzelne Wiener ohne Unterschied der Partei wünschen, dass die Möglichkeit erhalten bleibe, den Wienern und ihren Kindern gesunde Wohnungen zu bauen, sie in einer modernen Schule zu tüchtigen Menschen heranzubilden, und die ganze, im gesammten Ausland als vorbildlich erkannte Aufbauarbeit Wiens fortzuführen. Es mag in Einzelheiten verschiedene Meinungen geben, strittige Ansichten - der Grundzug der Wiener Gemeindeverwaltung, der heisst: Aufbau auf allen Gebieten, muss und wird den Wienern erhalten bleiben (Lebhafte Zustimmung, ehedloser Beifall).

In diesem Sinne bauen wir, in diesem Sinne eröffnen wir, immer wieder neue Bauten, und in diesem Sinne werden wir weiter arbeiten, bis jeder Wiener sein Heim hat, das so gestaltet ist, dass er seine Kinder zu gesunden, zu tüchtigen Menschen erziehen kann, die der neuen Zeit und den Anforderungen des schweren Lebens gewachsen sind. In diesem Sinne sei auch der Türkenritthof eröffnet. (Jubelnder Beifall, Hochrufe auf den Bürgermeister).

Mit einigen Versen überreichte dann ein kleines Mädchen dem Bürgermeister einen Blumenstrauss. Die prächtige Feier wurde mit einem Rundgang durch die Anlage beendet.

Die Eröffnung der städtischen Wohnhausanlage in der Wattgasse ging ebenfalls im Gartenhof des Gebäudes vor sich. Nach der Bundeshymne und einem Chor des Arbeitergesangsvereines Blitzrad begrüsst auch hier Bezirksvorsteher Haidl den Bürgermeister und die Festgäste. Für die Mieter dankte Obmann Gnad der Gemeindeverwaltung für die vorbildlich gesunden Wohnungen. Stürmisch begrüsst, sprach nun Bürgermeister Seitz:

Hernals, sagte der Bürgermeister, galt schon zu einer Zeit, als es noch eine selbstständige Gemeinde war, als ein typisches Stück Wien und der fesche Hernalser kehrte in jedem Volkslied wieder. Das Hernals jener Zeit entbehrte auch nicht einer gewissen Poesie und die Alsegg, das grosse Weingelände, wurde oft besungen; einer der besten Dichter des alten Wien, Ferdinand Seuter, hat hier manche Anregung empfangen. So erscheint uns das alte Hernals heute verklärt, wie immer die Vergangenheit. Aber im Grunde genommen war diese Vergangenheit doch düster und traurig und es ist ein Wahrwort, das unsere Kinder hier gesungen haben: "Hell aus der dunklen Vergangenheit leuchtet die Zukunft hervor!" Wenn bei der Einfachheit der damaligen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse die Wohnungen, die zu jener Zeit gebaut worden sind, erträglich gewesen sein mögen, so wäre heute bei der Kompliziertheit unseres Wirtschaftslebens und unserer sozialen Verhältnisse der damalige Zustand nicht mehr möglich. (Zustimmung). Da drüben ist das Draschefeld, dort waren einmal alte Ziegelwerke und Ziegelteiche. Das war der Spielplatz der Kinder, als wir jung waren. Wie oft musste man damals lesen, dass wieder ein Kind in einem Ziegelteich ertrunken ist. Andere Bäder hatte die Jugend zu jener Zeit nicht, es gab keine Kinderfreibäder und keine Plantschbecken. Das Draschefeld war eine Gegend, in der man nachts nur ungern ging. Dort sammelte sich, was an schlechten Menschen in der Grossstadt lebte; in elenden Löchern, die durch die Lehmgewinnung entstanden waren, lebten Menschen, die fast diesen Namen nicht mehr verdienten. Dort lebten aber auch die schrecklichsten Opfer einer Gesellschaft, die sie ausgestossen hatte, auf diesem Draschefeld herrschten Zustände, die aller Kultur und Zivilisation spotteten.

Auch mit dem Draschefeld hat das neue Wien aufgeräumt. Noch ist manches Stück dieses Gebietes in Privatbesitz, aber wir hoffen, dass wir auch diese Grundflächen noch gewinnen können, und wir werden dann dort nicht nur neue Wohnhäuser bauen, sondern auch öffentliche Gärten anlegen, ein neues, ein schöneres Hernals wird hier erstehen (Neuerlicher lebhafter Beifall).

So ist das Haus, das wir heute hier eröffnen, hoffentlich nur ein Vorbote der Zukunft, die einst hier leuchten wird. Wir sehen neben uns Häuser aus den Achtzig- und Neunzigerjahren, die von aussen noch einen leidlich günstigen Eindruck machen. Wenn man aber hineingeht und die dunklen Höfe und die finsternen Wohnungen sieht, dann sieht man, dass eigentlich auch sie schon reif zum Abbruch wären. Setzen wir die Wohnbautätigkeit fort, bis die ganze Wohnungsschande Wiens verschwunden ist! (Stürmischer Beifall, brausende Hochrufe).

Ein Knabe und ein Mädchen überreichten sodann dem Bürgermeister einen Blumenstrauss. Der Bürgermeister und die Festgäste besichtigten **hicrauf** die Anlage.

Wien, am Montag, den 14. Oktober 1929

Die Wassersparverordnung aufgehoben. Die in den letzten Tagen eingetretenen Niederschläge haben die Zuflüsse aus den beiden Hochquellenleitungen gebessert. Durch die mit Magistratskundmachung vom 7. Oktober angeordneten Sparmassnahmen ist auch der Wasserverbrauch in Wien zurückgegangen; die Wasservorräte in den Behältern sind wieder so weit ergänzt, dass die verfügten Einschränkungen des Wasserverbrauches entfallen können. Die angeführte Magistratskundmachung ist daher mit Wirksamkeit vom 14. Oktober ausser Kraft gesetzt worden.

Die Lebensmittelkontrolle. Die Organe der städtischen Marktamtsdirektion haben in der zweiten Septemberhälfte 554 Lebensmittelanzeigen erstattet, wovon 327 auf Milch und 227 auf verschiedene andere Lebensmittel entfielen. Ausserdem wurden von den Marktamtsorganen 184 Uebertretungen der Marktordnung und 61 Uebertretungen der Gewerbeordnung festgestellt. Bei Butterproben konnte in mehreren Fällen ein Wassergehalt bis zu 27 Prozent festgestellt werden, obwohl der Wasserhöchstgehalt höchstens 18 Prozent betragen soll. Eine der beanstandeten Proben wurde sogar als "Feinste Molkerei-Teebutter" bezeichnet. Ein als "Butterkäse-Feinstes Dessert-Reines Molkereiprodukt" bezeichneter Weichkäse musste als verfälscht erklärt werden, da die Bezeichnung und Aufmachung geeignet waren, dem Käufer einen Vollfettkäse vorzutauschen, ohne dass sich bei der Untersuchung der für Vollfettkäse vorgeschriebene Fettgehalt von 40 Prozent ergab. In einem mit Quargeln belegten Gebäcklaibchen wurden zahlreiche lebende Maden und Larven in der Käsemasse gefunden. Hausschmalz musste in mehreren Fällen wegen widerlichen Geruches und Geschmackes sowie wegen Verschmutzung als verdorben erklärt werden. Bei einer Pferdefettprobe stellte sich heraus, dass dieses als Pferdefett bezeichnete Fett ein Gemisch von Schweine- und Kokosfett war. Eine Reihe von Lebensmitteln musste sofort beschlagnahmt und der Vernichtung zugeführt werden. So unter anderem 7 Kilogramm Rindfleisch, 9 Kilogramm Pferdefleisch, 65 Kilogramm Kalbfleisch, 2 Kilogramm Pferdefleisch, 46 Kilogramm Würste, 78 Kilogramm Fische, 15 Kilogramm Innereien, 11 Kilogramm Geflügel, 71 Kilogramm Wildbrett, 86 Rebhühner, 1634 Kilogramm Grünwaren, 4202 Kilogramm Gemüse, 165 Eien, 735 Kilogramm Milchprodukte und 16 Kilogramm Schokolade.

Bezirksvertretung Wieden. Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Wieden findet am Dienstag, den 22. Oktober, um 16¹/₃₀ Uhr im Sitzungssaale des Gemeindehauses statt.

Wien, am Dienstag, den 15. Oktober 1929

Zweitausend Führungen durch das städtische Uhrenmuseum. Unter der liebevollen Pflege seines Schöpfers Professor Kaftan erfreut sich das Wiener städtische Uhrenmuseum im letzten Jahrzehnt eines ganz ausserordentlichen Zuspruches. Die Räume dieses in der Inneren Stadt, Schulhof 2 untergebrachten Museums sind sehr klein, sodass höchstens zwanzig Personen an einer Führung teilnehmen können. Diese Führungen erfolgen ausschliesslich unter der sachkundigen Leitung Professor Kaftans. Am Montag war die zweitausendste Führung, an der auch amtsführender Stadtrat Linder teilnahm. Insgesamt beteiligten sich an diesen Führungen mehr als 22.000 Personen, darunter ausserordentlich viele Fremde. Die Gemeindeverwaltung hat das Uhrenmuseum Jahr für Jahr durch viele sehr interessante Ankäufe bereichert. Erst im Vorjahr wurde um 20.000 Schilling eine Astronomische Kunst- uhr angekauft, die ihresgleichen überhaupt nicht hat. Das Wiener Uhrenmuseum hat heute internationalen Ruf. Professor Kaftan hat in den letzten Jahren wiederholt im Ausland über das Museum Vorträge gehalten; sein nächster Vortrag findet im Jänner in Prager Radio statt. Am Mittwoch wird übrigens auch Radio Wien vom Uhrenmuseum aus senden.

Was kosten die Lernmittel? Die Wiener Gemeindeverwaltung gibt allen Schulkindern alle Lernmittel unentgeltlich. Interessant ist eine Uebersicht über die Kosten, die der Gemeindeverwaltung daraus erwachsen. So kostet die Beistellung neuer Lernmittel für ein Schulkind der ersten Grundschulklasse 12'53 Schilling, der zweiten 18'11 Schilling, der dritten 28'20 Schilling und der vierten Grundschulklasse 32'73 Schilling. Bei den Hauptschulklassen unterliegen die Beträge keinen so grossen Schwankungen. In der ersten Hauptschulklasse betragen die Ausgaben für Lernmittel 80'93 Schilling, in der zweiten 81'03 Schilling, in der dritten 90'06 Schilling und in der vierten Hauptschulklasse 82'82 Schilling. Für das Schuljahr 1928/29 betragen die Kosten für Lehrbücher rund 2,699.000 Schilling, davon 788.549 Schilling für Grundschulen und 1,911.351 Schilling für Hauptschulen und die Kosten für Klassenlesestoff 2,159.350 Schilling (868.089 für Grundschulen und 1,291.261 für Hauptschulen.)

Sitzungen von Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Favoriten hält am 25. Oktober um 16 Uhr eine öffentliche Sitzung ab. Die Bezirksvertretung Simmering tritt am Mittwoch, den 23. Oktober um 17'30 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

Wien, am Mittwoch, den 16. Oktober 1929

Kleinrentner-Ansprüche anmelden. Gemäss dem Gesetz vom 18. Juli 1929, B.G.Bl. Nr. 251, (Kleinrentnergesetz) sind die Ansprüche auf die Unterhaltsrente bei sonstigem Ausschluss bis längstens 31. Jänner 1930 geltend zu machen. Wie aus vielfachen Anfragen hervorgeht, sind Besitzer von Teilschuldverschreibungen der Gemeinde Wien, die auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 31. Mai 1927 beim Wiener Magistrat ein Ansuchen um Zuerkennung eines Zuschusses zu den Zinsen von Teilschuldverschreibungen der Gemeinde Wien eingebracht haben, der Meinung, dass dieses Gesuch die im Kleinrentnergesetz vorgesehene Anmeldung zu ersetzen vermag. Das ist vollkommen irrig und kann für solche Personen einen dauernden Schaden nach sich ziehen. Es haben vielmehr alle in Betracht kommenden Personen ungeachtet der seinerzeit beim Magistrat erstatteten Anmeldung ihren Anspruch auf Grund des Kleinrentnergesetzes innerhalb der erwähnten Frist besonders geltend zu machen. Diese Anmeldung ist, wenn der Anspruchswerber in Wien seinen Wohnsitz hat, beim Bundesministerium für soziale Verwaltung, Büro des Kleinrentnerfonds, Wien, I., Singerstrasse 17, wenn er in einer Landeshauptstadt seinen Wohnsitz hat, beim Amte der Landesregierung, in den übrigen Fällen bei der nach dem Wohnsitz des Anspruchswerbers zuständigen politischen Bezirksbehörde zu erstatten.

Eine neue Anmeldestelle für Vergnügungsveranstaltungen. Um den Parteien die Anmeldung von Vergnügungsveranstaltungen nach dem Wiener Theatergesetz zu erleichtern, wird morgen Donnerstag eine Amtsstelle der Magistratsabteilung 52 für die Entgegennahme der Anmeldungen von Einzel- und Dauerveranstaltungen sowie der Ansuchen um Sperrstundenerstreckung gemäss dem Wiener Theatergesetz eröffnet. Die neue Anmeldestelle befindet sich im Neuen Rathaus, Stiege VII, 2. Stock, Zimmer Nr. 19, in nächster Nähe der im gleichen Stock des Neuen Rathauses untergebrachten Anmeldestelle für die Lustbarkeitsabgabe. Die Anmeldungen können in der neuerrichteten Stelle innerhalb der Parteitunden von 8 Uhr bis 13 Uhr erstattet werden.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Demnächst werden in Meidling die Siebertgasse und Anton Scharffgasse und in Hernals und Währing die Rosensteingasse und Paulinengasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

Wien, am Donnerstag, den 17. Oktober 1929

Verbesserungen in der Wiener Wasserversorgung.Anschluss von zwei neuen Quellen an die zweite Hochquellenleitung.

Die im vergangenen Winter aussergewöhnliche Kälte hatte die Ergiebigkeit der beiden Hochquellenwasserleitungen vorübergehend bedeutend vermindert, sodass im Interesse einer klaglosen Wasserversorgung einige Zeit hindurch zu strengen Sparmassnahmen gegriffen werden musste. Die gleichen Folgen zeitigte auch der ungewöhnlich heisse Sommer und das fast gänzliche Fehlen von Niederschlägen, sodass erst vor kurzem der Wasserverbrauch für einige Tage gedrosselt werden musste.

Um nun künftig eine Wassernot tunlichst zu verhindern, werden zwei neue Quellen der Zweiten Hochquellenleitung nutzbar gemacht. Die eine Quelle befindet sich in Wildalpen. Es ist dies die Seisensteinquelle, die bereits im Besitz der Gemeinde Wien ist. Die zweite Quelle, die gefasst wird, ist die Kräuterbrunnquelle, die etwa sechs Kilometer oberhalb Wildalpen aufgeht.

Beide Quellen sind sehr ergiebig. Die Seisensteinquelle liefert durchschnittlich 10.000 und die Kräuterbrunnquelle zirka 38.000 Kubikmeter Wasser pro Tag.

Da der Quellspiegel der Seisensteinquelle 64 Meter niedriger liegt als die Einleitungsstelle in die bestehende Siebenseeleitung, muss das neueinleitende Quellwasser künstlich gehoben werden. Ausser der Fassung der Quelle ist daher noch der Bau eines elektrisches Hebelwerkes und einer dazugehörigen Kraftanlage notwendig. Die Gesamtkosten werden sich voraussichtlich auf etwa 280.000 Schilling belaufen.

Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat gestern die Nutzbarmachung der beiden Quellen für die Wiener Wasserversorgung beschlossen. Da die Seisensteinquelle der Gemeinde Wien gehört, können die notwendigen Fassungs- und Einleitungsarbeiten schon in der nächsten Zeit begonnen werden, während für die Erwerbung der Kräuterbrunnquelle erst Verhandlungen mit den derzeitigen Besitzern eingeleitet werden müssen.

Bezirksvertretung Fünfhaus. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Fünfhaus findet am Donnerstag, den 24. Oktober, um 18 Uhr statt.

Wien, am Freitag, den 18. Oktober 1929

.....

Verbesserung der Linienführung im Autobus-verkehr. Bekanntlich hat vor kurzem der Wiener Gemeinderat eine umfangreiche Vorlage verabschiedet, die eine Ausgestaltung des städtischen Autobus-verkehrtes durch zwei neue Linien einerseits und durch eine günstigere Linienführung von bestehenden Linien andererseits vorsieht. Die neue Linienführung einiger Linien tritt bereits am kommenden Montag in Kraft. Die Linie 4 verkehrt vom Westbahnhof-Mariahilferstrasse-Burg-Tuchlauben-Morzinplatz-Hollandstrasse-Taborstrasse zum Westbahnhof. Die Linie 6 führt von Gersthof-Gentzgasse-Währingerstrasse-Herrengasse-Michaelerplatz-Kärntnerstrasse-Margaretenstrasse-Siebenbrunnengasse zum Margareten Gürtel. Die Strecke der Linie 7 führt vom Franz-Josefs-Bahnhof-Porzellangasse-Wippingerstrasse-Hoher Markt-Stephansplatz-Kärntnerstrasse-Argentinierstrasse-Ost- und Südbahnhof-Favoritenstrasse zum Amalienbad. Die Linie 8 führt vom Elterleinplatz-Alserstrasse-Fregung-Graben-Stephansplatz-Wollzeile-Landstrasser Hauptstrasse nach St. Marx. Schliesslich verkehrt die Linie 9 vom Kriemhildenplatz-Gablenzgasse-Burggasse-Deutsches Volkstheater-Burg-Graben-Stephansplatz-Schwedenbrücke-Praterstrasse zum Praterstern. Die innerstädtischen Linien sowie der Nachtverkehr bleiben unverändert.

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Margareten auf dem Gemüsemarkt, in Meidling in der Tannbrückgasse, Koppreitergasse, Singrienergasse, Ratschkygasse, Rollingergasse, Spittelbreitengasse und Siebertgasse und in Ottakring in der Friedrich Kaisergasse und Eckmüllnergasse in Betrieb gesetzt. In Döbling wird demnächst die Sievringerstrasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

.....

Bezirksvertretung Hietzing. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Hietzing findet am Samstag, den 26. Oktober, um 16 Uhr statt.

.....

Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. Am 1. November beginnen in der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI., Brückengasse 3, für Hausgehilfinne ein Abendkochkurs, ein Weissnähkurs und ein Kleidermacherkurs.

.....

Der 14. Monatsbezug für die Strassenbahner, Gaswerks- und Elektrizitätsarbeiter. Anfangs Oktober sind die Vertreter des Freien Gewerkschaftsverbandes und des Verbandes der Arbeiterschaft der chemischen Industrie, die Gemeinderäte Weigl und Kogler sowie Obmann Weiss, mit dem Personalreferent der Gemeinde Wien, amtsführenden Stadtrat Paul Speiser, in Fühlung getreten, um zu erwirken, dass der 14. Monatsbezug, der der grössten Gruppe der städtischen Angestellten zugestanden wurde, auch den Bediensteten der grossen Werke zugewendet werden soll. Die Vertreter der Verbände machten dabei geltend, dass das Personal der drei Werke um die Mitte des heurigen Jahres ganz ausserordentliche Arbeitsverstärkungen übernommen und dadurch zu dem Wirtschaftserfolge der Unternehmungen bedeutend beigetragen habe. Stadtrat Speiser erklärte, dass die Gemeindeverwaltung das gerne anerkenne, wies aber doch darauf hin, dass die Erfüllung des Wunsches der Gewerkschaftsvertreter sehr bedeutende Kosten für die Werke verursachen würde. Er erklärte sich aber bereit, mit den in Betracht kommenden Direktionen das Einvernehmen zu pflegen. Heute hat Stadtrat Speiser die Vertreter der beteiligten Gewerkschaften wieder zu sich gebeten und ihnen mitgeteilt, dass die Gemeindeverwaltung prinzipiell bereit sei, die Frage der Erhöhung der Urlaubs- und Weihnachtsrenumerationen für Strassenbahner, Gaswerks- und Elektrizitätswerksarbeiter ernstlich in Erwägung zu ziehen. Die Gemeindeverwaltung nehme diesen Standpunkt nicht nur in Anerkennung der bedeutenden Mehrleistungen des Personals, sondern auch deshalb ein, weil die durch das neue Mietengesetz bedingten Zinssteigerungen durch eine solche Erhöhung Berücksichtigung finden können. Die Direktionen hätten jedoch angeregt, dass gelegentlich einer solchen Bezugserhöhung noch einige betriebswichtige Fragen ihre Lösung finden sollen. Die Gewerkschaftsvertreter nahmen die Erklärung der Gemeindeverwaltung, dass sie bereit sei, über die Erhöhung der Urlaubs- und Weihnachtsrenumerationen in Verhandlungen einzutreten, mit Befriedigung zur Kenntnis. Die Verhandlungen werden in nächster Zeit in Angriff genommen werden.

.....

Wien, am Samstag, den 19. Oktober 1929

Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vor-
mittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Wiener Gemeinderat hält am Frei-
tag um 17 Uhr eine Sitzung ab.

Goldene Hochzeiter. Dieser Tage feierten die Ehepaare Siegfried und Klara
Fürth, Engelbert und Antonie Novak, Heinrich und Cäcilië Pfeifer und Ignaz und
Katharina Fichtinger das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürger-
meisters überreichte amtsführender Stadtrat Linder den Jubelpaaren die Ehren-
gabe der Stadt Wien.

Kein rohes Schweinefleisch essen! In der Versammlung der Gesellschaft der Aerz-
te wurden gestern zwei Fälle von Trichinenkrankheit besprochen. Einige Tages-
zeitungen haben sich der Sache angenommen und, wie schon öfters, auch heute
wieder mit Recht vor dem Genusse von rohem Schweinefleisch gewarnt. Ueber das
Auftreten von Trichinose in Wien teilt das städtische Gesundheitsamt mit, dass
vereinzelte Fälle von Trichinose, wie anderswo, auch in Wien alljährlich zur Be-
obachtung kommen. Die auftretenden Krankheitsfälle können jedoch nicht genau
erfasst werden, da die Trichinose nicht anzeigepflichtig ist. Es ist immerhin
möglich, dass das häufigere Auftreten von Trichinose in den letzten Jahren viel
mehr auf die genauere Diagnosenstellung als auf eine tatsächliche Zunahme der
Krankheitsfälle zurückzuführen ist. Die beste Abwehr gegen die Trichinenkrank-
heit des Menschen besteht in der Trichinenschau, das heisst, in der genauen Un-
tersuchung des für den Genuss bestimmten Schweinefleisches. Eine allgemeine
Trichinenschau wird bereits in allen jenen Betrieben durchgeführt, in denen
Schweinefleischwaren erzeugt werden, die zum Genusse in rohem Zustand bestimmt
sind. Es wäre wünschenswert, die allgemeine Trichinenschau überhaupt auf alle
Betriebe zu erstrecken, in denen Schweinefleisch feilgeboten wird. Die Einfüh-
rung dieser allgemeinen Trichinenschau wird vom Magistrat schon seit längerer
Zeit beraten, doch stösst sie auf Schwierigkeiten technischer und ökonomischer
Natur. Auch in den benachbarten Staaten ist die Trichinenschau nicht allge-
einführt. Im übrigen empfiehlt das städtische Gesundheitsamt noch einmal
und dringlichst, Schweinefleisch nur in gekochtem oder vollkommen durchgebra-
tenem Zustand zu geniessen, da dies den verlässlichsten Schutz gegen die Tri-
chinose darstellt.

.....
Ausländische Aerzte im Wiener Rathaus. In Wien weilt gegenwärtig die Internationale Liga für Rheumatismusbekämpfung, um die hiesigen **medizinischen Einrichtungen** zu studieren. Heute mittags statteten die Gäste dem Wiener Rathaus einen Besuch ab. Sie wurden im Gemeinderatssitzungssaal in Vertretung des Bürgermeisters von Oberstadtphysikus Dr. Böhm begrüsst. Im Namen der Liga dankte Bürgermeister Dr. Bratky (Buxton) für die herzliche Aufnahme. Nach dem Empfang besichtigten die Gäste die Schauräume des Rathauses.

.....
Sportgeräte auf der Strassenbahn und Stadtbahn. Wie die ~~de~~ Direktion der städtischen Strassenbahnen mitteilt, können Sportgeräte in alle Wagen der Strassenbahn und Stadtbahn, mit Ausnahme des führenden Triebwagens, sowohl auf den Plattformen als auch im Wageninnern mitgenommen werden. Es entfällt daher die besondere Bezeichnung des "Sportwagens".

.....
Ein inländisches Fettschwein auf dem Schweinemarkt. Nach dem Bericht der städtischen Marktamtsdirektion über die Viehmärkte in St. Marx in der abgelaufenen Woche betrugen die Zufuhren auf dem Rindermarkt 1613 Stück Mastvieh und 828 Stück Beinvieh. Auf dem Schweinemarkt wurden 7076 Stück Fleischschweine und 5423 Stück Fettschweine aufgetrieben. Von diesen lieferte das Inland 139 Fleischschweine und ein Fettschwein. Die Zufuhren auf den Jung- und Stechviehmarkt sind fast unverändert. Die Beschickung des Rindermarktes mit Hochprima- und Primaware ist wegen der Maul- und Klauenseuche in Rumänien etwas zurückgegangen, weshalb in dieser Qualität ein leichtes Ansteigen der Preise um fünf Groschen zu verzeichnen war. Auf dem Schweinemarkt gingen die Preise für Fleisch- und Fettschweine um fünf bis zehn Groschen zurück. Eine Preiserhöhung um zehn Groschen trat auf dem Jung- und Stechviehmarkt bei weidner Kälbern und weidner Fleischschweinen ein.

.....
Eine Schule für Mütter. Im Kindergarten, XXI., Baumergasse 24, wird im laufenden Schuljahr eine Mutterschule abgehalten. In derselben spricht ein Arzt über Fragen, die sich auf die Gesundheitspflege, Infektionskrankheiten und Tuberkulose erstrecken, eine Fürsorgerin über Rechte und Pflichten der Eltern in Bezug auf ihre Kinder im Rahmen der Fürsorge und schliesslich eine Kindergärtnerin über Erziehungsfragen vom Säugling bis zum Schulkind. Die Vorträge finden jeden Montag um 19^h30 Uhr statt. Alle Mütter, die sich dafür interessieren, können die Vorträge unentgeltlich besuchen.

Wien, am Montag, den 21. Oktober 1929

.....
Die neue Wiener Bauordnung. Die vom Wiener Landtag eingesetzte Kommission zur Vorberatung der neuen Wiener Bauordnung hielt heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Danneberg eine Sitzung ab. Die Kommission beschloss eine wesentliche Erleichterung für Bauwerber gemäss dem Wohnbauförderungsgesetz. Diese wurden von den in der neuen Bauordnung vorgesehenen Beitragsleistungen zu den Kosten der Herstellung von Verkehrsflächen befreit. Dann wurden alle in dem bereits vorliegenden gedruckten Entwurf der neuen Bauordnung enthaltenen Bestimmungen genehmigt.

.....
Bedeutende Gemeindebeiträge für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke. Der städtische Finanzausschuss hielt heute eine Sitzung ab, in der wieder eine Reihe von Subventionen beschlossen wurde. So erhält die Wirtschaftliche Organisation der Aerzte Wiens, die auch im vergangenen Jahr eine grosse Zahl von notleidenden Ärzten vorübergehend oder dauernd unterstützten musste, eine Subvention von zwanzigtausend Schilling. Die Arbeitsgemeinschaft Oesterreichischer Frauenvereine, Aktion "Innere Abrüstung" wurde mit tausend Schilling subventioniert. Die Arbeitsgemeinschaft sucht durch Abhaltung von Versammlungen und Verbreitung von Druckschriften die Gefahr eines Krieges zu bannen. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Zweig Oesterreich, politische Gruppe, erhält eine Subvention von ebenfalls tausend Schilling. Die Frauenliga wirkt für die Idee des Völkerfriedens. Die Jugendschriftenstelle für blinde Kinder erhält eine Subvention von tausend Schilling. Im abgelaufenen Jahr hat diese wertvolle Institution wieder vier neue Werke in Blindendruck übertragen. Die Kulturwissenschaftliche Gesellschaft wurde mit achthundert Schilling subventioniert, die Freiwillige Feuerwehr Weichselboden mit zweihundert Schilling. Schliesslich hat der städtische Finanzausschuss für die Vereinigung bildender Künstlerinnen Oesterreichs anlässlich ihrer 15. Ausstellung im Glaspalast einen Ehrenpreis von fünfhundert Schilling genehmigt.

.....
Bezirksvertretung Rudolfsheim. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim findet am kommenden Freitag um 18 Uhr statt.

.....
Vorübergehende Stromstörung. Heute trat von 17'30 Uhr bis 17'45 Uhr eine Hochspannungsstörung im Umspannwerk Michelbeuern ein. Sie wurde durch einen Durchschlag einer 28.000 Kilovoltdurchführung eines Transformators verursacht. Die Störung verursachte in den an das Umspannwerk Michelbeuern angeschlossenen Bezirksteilen eine vorübergehende Stromstörung. In Döbling war der Strassenverkehr etwa 15 Minuten unterbrochen.

Wien, am Dienstag, den 22. Oktober 1929

Ein Riesengasometer für die städtischen Gaswerke.Ein neues Wahrzeichen der Stadt Wien.

In etwa 14 Tagen wird der neue Riesengasometer im städtischen Gaswerk Leopoldau in Betrieb genommen werden. Der Gasometer, der einen Fassungsraum von 300.000 Kubikmeter hat, ist wegen seiner Grösse und seiner eigenartigen Konstruktion besonders bemerkenswert. Seine Grundrissform ist ein Polygon mit 24 Ecken und einem Durchmesser von 68 Meter. Der neue Behälter ist 106 Meter hoch, 10 Meter höher als die Votivkirche. Die Konstruktion des Riesengasometers weicht von der früheren Bauweise insoferne ab, als der neue Behälter kein Wasserbecken mehr besitzt, das den Nutzinhalt des Behälters sehr verringert. Die Aufspeicherung des Gases erfolgt im neuen Behälter unter einer Scheibe, die wie ein Kolben, entsprechend dem grösseren oder geringeren Gasinhalt, in dem Behältergehäuse sich hebt oder senkt. Die Abdichtung der Scheibe gegen den darunter befindlichen Gasraum erfolgt durch eine mit Teer gespülte Tasse. Das Gesamtgewicht des mit Ausnahme des Fundaments ganz in Eisen hergestellten Behälters beträgt 250 normale Eisenbahnwaggon. Die Montierung des neuen Gasometers, dessen Kosten sich voraussichtlich auf drei Millionen Schilling belaufen, stellt eine Glanzleistung der Bauingenieurkunst dar. Das Bemerkenswerteste ist, dass zur Montierungsarbeit Hängegerüste verwendet wurden, die mit den wachsenden Baufortschritt in die Höhe gingen, so dass die sonst übliche vollständige Einrüstung des Bauwerkes vollkommen vermieden wurde. Interessant ist noch, dass unmittelbar nach Fertigstellung des Behälterbodens sofort an die Herstellung der Behälterscheibe und des Daches geschritten wurde und dass nach Vollendung dieser Teile erst die Behälterwände zum Aufbau gelangten. In dem Masse, in dem die Höhe des Behältergehäuses fortgeschritten ist, wurden auch Scheibe und Dach, die zusammen eine Million Kilogramm wiegen, durch Luftdruck gehoben. Der Riesengasometer in der Lebau, der ein neues Wahrzeichen der Stadt Wien darstellt, ist der zweitgrösste Gasometer Europas. Er wird an Grösse nur von einem im Ruhrgebiet stehenden Behälter übertroffen, der einen Fassungsraum von 350.000 Kubikmeter besitzt.

Die Mitglieder des Wiener Gemeinderates, die Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher Stellvertreter sowie die Wiener Presse werden am kommenden Montag nachmittag den neuen Riesengasometer besichtigen.

.....
Was die Gemeinde im vergangenen Winter an Brennmaterial verbraucht hat! Der ausserordentlich kalte Winter 1928/29 hat naturgemäss den Brennstoffverbrauch der Gemeinde Wien stark gesteigert. Betrug doch die mittlere Temperatur Minus 6'3 Grad Celsius gegen Minus 1'3 Grad im Winter 1927'28. Im heurigen Februar war die mittlere Tagestemperatur gar minus 12 Grad, ein Tiefstand, der seit vielen Jahren nicht erreicht wurde. Diese abnormale Kälte musste sich im Brennstoffverbrauch in den städtischen Schulen, Amtsgebäuden, Kindergärten, Humanitätsanstalten und sonstigen Anstalten der Gemeinde Wien entsprechend auswirken. Der Magistrat veröffentlicht nun darüber interessante Zahlen. Im vorletzten Winter wurden in sämtlichen städtischen Objekten 21,379.816 Kilogramm Kohle, 21,493.522 Kilogramm Koks, 2,068.104 Kilogramm Holz und 3,158.838 Kubikmeter Gas zu Heizzwecken verbraucht. Im Winter 1928/29 wurden ~~in den städtischen Objekten~~ 22,770.859 Kilogramm Kohle, 24,241.387 Kilogramm Koks, 2,138.306 Kilogramm Holz und 3,719.571 Kubikmeter Gas verheizt. Es ergibt sich demnach ein Mehrverbrauch von 4,138.905 Kilogramm Kohle und Koks, 70.202 Kilogramm Holz und 560.733 Kubikmeter Gas. Die seit Jahren von der Gemeinde eingeführte Brennstoffkontrolle wurde ausgebaut. Sie hat sich ganz ausserordentlich gut bewährt.

.....
Errichtung einer Wiener Taubstummenfürsorgestelle. In der Freitagsitzung des Wiener Gemeinderates wird amtsführender Stadtrat Professor Dr. Julius Tandler über die Errichtung einer Wiener Taubstummenfürsorgestelle berichten. Der neuer Institution, die eine Fürsorgeeinrichtung der Gemeinde Wien sein wird, sollen die allgemeine Fürsorge für Taubstumme wie Beratung, Berufsvermittlung, Berufsausbildung und dergleichen sowie die Beschlussfassung über die Verwendung der aus Spenden, Veranstaltungen, Subventionen und so weiter zustande gebrachten Gelder obliegen. Die Geschäfte der Wiener Taubstummenfürsorge/^{-stelle} werden von einem Kuratorium und der Magistratsabteilung 8 geführt werden. Das Kuratorium soll aus dem amtsführenden Stadtrat für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung, drei vom Bürgermeister für die Dauer ihrer Funktion bestimmten Mitgliedern des Gemeinderates, dem Vorstand der Magistratsabteilung 8 und zwei vom Bürgermeister auf je ein Jahr bestimmten Vertretern der Taubstummen bestehen. Die Geschäftsführung obliegt der Magistratsabteilung 8 nach den Beschlüssen und Weisungen des Kuratoriums. Die Geld- und Wirtschaftsgebarung der Fürsorgestelle ist von der übrigen Gemeindeverwaltung gesondert.

.....

Babette Reinhold-Devrient-Bürger der Stadt Wien. Bekanntlich feiert heute das beliebte Mitglied des Wiener Burgtheaters Frau Babette Reinhold-Devrient das Jubiläum ihrer 40jährigen Zugehörigkeit zum Wiener Burgtheater. Aus diesem Anlass hat heute der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung beschlossen, das hervorragende Burgtheatermitglied in Würdigung der Verdienste, die sich Babette Reinhold-Devrient auf dem Gebiete der deutschen Schauspielkunst im allgemeinen und durch ihr Wirken am Wiener Burgtheater um das Wiener Kunstleben im besonderen erworben hat, zum Bürger der Stadt Wien zu ernennen. Die Vorlage wird demnächst vom Wiener Gemeinderat verabschiedet werden.

.....

Neue grosse städtische Wohnhausanlagen. Der Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der wieder eine Reihe grösserer Wohnhausbauprojekte beschlossen wurden. Eine grosse Wohnhausanlage wird in Favoriten in der Neireichgasse-Windtengasse errichtet. Auf dem dortigen der Gemeinde Wien gehörigen Grundkomplex werden nach den Plänen der Magistratsabteilung 22 nicht weniger als 23 freistehende Doppelhäuser mit je 48 Wohnungen errichtet. Die Gebäude erhalten ausser dem Erdgeschoss zwei Stockwerke. Die Gesamtanlage wird 1104 Wohnungen umfassen. Die Architekten Alfred Chalousch und Heinrich Schopper haben die Pläne für eine Wohnhausanlage in Favoriten in der Quellenstrasse entworfen. Zunächst wird der Bauteil I errichtet, der aus drei zusammengeschlossenen Randblöcken an der Steudelgasse, Erlachgasse und Hausergasse und drei freistehenden Mittelblöcken im Innern der Baustelle bestehen wird. Diese Anlage, für die 23 Stiegenhäuser projektiert sind, wird 320 Wohnungen, 23 Waschküchen und 46 Trockenböden enthalten. In Meidling in der Aichholzgasse wird nach den Plänen des Architekten Camillo Fritz Discher ein Wohnhausbau mit 299 Wohnungen und drei Geschäftslokalen aufgeführt. Auch Währing erhält einen neuen grösseren Wohnbau. Für ihn haben die Architekten Gebrüder Schön die Pläne entworfen. Der Bau wird in der Gersthoferstrasse-Alseggerstrasse-Höhnegasse und Hockegasse errichtet und 286 Wohnungen umfassen. Ein grösserer Wohnhausbau wird auch in Hernalz aufgeführt. Die Baustelle befindet sich in der Güpferlinggasse-Hernalser Hauptstrasse-Zeilergasse-Paschinggasse. Die Ausarbeitung des Bauentwurfes wurde dem Architekten Professor Otto Prutscher übertragen. In dieser Anlage sind 174 Wohnungen vorgesehen. Schliesslich wird die Wohnhausanlage auf den Gründen der früheren Krimskykaserne durch einen kleineren Bau, der 11 Wohnungen enthalten wird, ergänzt. Die Pläne für diese Anlage stammen von den Architekten H. Schmid und H. Aichinger.

Wien, am Donnerstag, den 24. Oktober 1929

Vom Wiener Pflaster.

Wieviel wissen die Wiener eigentlich von ihren Strassen? Wahrscheinlich sehr wenig. Sie murren nur, wenn eine Strasse nicht in Ordnung ist, oder wenn allzulange Ausbesserungsarbeiten an ihr vorgenommen werden. Wenn aber eine Strasse in Ordnung ist, ist dies selbstverständlich, und dann sinkt die Strasse, der Schauplatz des öffentlichen Lebens, zu einer unbeachteten Sache heran. Eigentlich mit Unrecht, denn die 3792 Strassen, Gassen und Plätze Wiens, die miteinander 117 1/2 Kilometer lang sind und eine Fläche von 1681 Hektar bedecken, spielen nicht nur im Haushalt, sondern auch im ganzen öffentlichen Leben der Stadt eine wichtige Rolle. Die Aufgabe, ein Gebiet, etwa doppelt so gross wie die Stadt Salzburg, stets gepflastert in Ordnung zu halten, während tagtäglich fast zwei Millionen Menschen darauf gehen und zehntausende von leichten und schweren Wagen darauf fahren, ist gewiss einiges Interesse wert.

So ist zum Beispiel schon interessant, dass Wien seit Kriegsende 158 neue Strassen in der Länge von 43 Kilometer dazubekommen hat, darunter 19 Kilometer Strassen mit Baumpflanzungen. Aus dem Material des statistischen Amtes der Stadt Wien geht auch hervor, dass fast tausend Hektar aller Strassen in Wien gepflastert, 700 Hektar geschottert oder makadamisiert sind. Von der Gesamtfläche der Strassen Wiens stehen 1600 Hektar in der Erhaltung der Gemeinde Wien, 40 in der Erhaltung des Bundes und rund 30 Hektar werden von Privaten erhalten. Die meisten Strassen Wiens sind mit Stein gepflastert, dann folgen als häufigste Pflasterungsart für die Gehsteige Asphalt, für die Fahrbahnen Bitumen. Zur Zeit sind um 87 Hektar, das ist eine Fläche fast wie die Josefstadt, mehr Strassen gepflastert als 1920.

Jedes Jahr wird auch ein Teil der Wiener Strassen neu gepflastert. Im vorigen Jahr waren das 262.000 Quadratmeter, während 1914 nur 176.000 Quadratmeter neu gepflastert worden sind. Die Steigerung der Neupflasterung beträgt demnach gegen die Vorkriegszeit 150 Prozent.

Dass zu diesen Strassenarbeiten und Neuherstellungen gigantische Mengen an Material verwendet werden, kann man sich wohl vorstellen. Im vorigen Jahr wurden zu diesen Arbeiten allein 57.305 Kubikmeter Schotter und 7030 Kubikmeter Sand verwendet. Diese Menge hätte hingereicht, eine Pyramide von 50 Meter Länge und Breite und rund 80 Meter Höhe herzustellen.

Was während des Krieges an der Strassenpflege versäumt worden ist, kann man sich vorstellen, wenn man weiss, dass 1918/19 für die Strassenpflege Wiens rund 1200 Schilling, während 1928 allein für die Neuherstellung der Strassen über acht Millionen Schilling ausgegeben worden sind, die Erhaltung der Strassen aber ausserdem ungeheure Summen kostete, die allerdings in Form von Arbeitslöhnen ständig in die Volkswirtschaft zurückgeflossen sind.

Die Koksheizung setzt sich in Wiener Wohnungen durch. Die nachteiligen Begleiterscheinungen wie Schmutz, Rauch und Russ, die bei der Verwendung von Kohle zur Wohnungsbeheizung sich unvermeidlich geltend machen, führen in stetig steigendem Mass zur Verwendung von Koks zu Hausbrandzwecken. Ein Beweis dafür ist die lebhafteste Nachfrage nach Koksfüll- und Dauerbrandöfen. Bei den Gaswerken allein wurden in der ersten Hälfte dieses Monats 1839 Koksöfen "Muster Wiener Gaswerke" und 939 Koksöfen verschiedener Wiener Ofenfabriken verkauft.

Eine Schule für Mütter. Im Kindergarten, XXI., Baumergasse 24, wird im laufenden Schuljahr eine Mutterschule abgehalten. In derselben spricht ein Arzt über Fragen, die sich auf die Gesundheitspflege, Infektionskrankheiten und Tuberkulose erstrecken, eine Fürsorgerin über Rechte und Pflichten der Eltern in Bezug auf ihre Kinder im Rahmen der Fürsorge und schliesslich eine Kindergärtnerin über Erziehungsfragen vom Säugling bis zum Schulkind. Die Vorträge finden jeden Montag um 19 1/2 Uhr statt. Alle Mütter, die sich dafür interessieren, können die Vorträge unentgeltlich besuchen.

Wien, am Freitag, den 25. Oktober 1929

Strassenbahnverkehr zum Zentralfriedhof in der Allerseelenwoche. Wie die Direktion der städtischen Strassenbahnen mitteilt, werden in der Allerseelenwoche ausser der Linie 71 (Wallfischgasse-Rennweg-Zentralfriedhof) noch folgende Linien zum Zentralfriedhof geführt: Am Sonntag vormittag und nachmittag die Linien 6, 29 (Taborstrasse), 33 (Klosterneuburgerstrasse), 35, 42 (Kreuzgasse), 46 (Thaliastrasse), 63 (Geiselbergstrasse) und 74; ausserdem aber nur nachmittag die Linien 18, 41 (Gersthof) und 43 (Hernals). Am Montag, Dienstag und Mittwoch verkehren die Linien 6 und 74 zum Zentralfriedhof; nachmittag noch die Linien 18 und 35. Am Donnerstag werden vormittag und nachmittag die Linien 6 und 74 und überdies nachmittag noch die Linien 18, 33, 35 und 43 zum Zentralfriedhof geführt. Am Freitag (Allerheiligentag) verkehren vor- und nachmittag die Linien 6, 13 (Margaretenplatz), 18, 22 (Praterstrasse), 29, 33, 35, 41, 42, 43, 46 und 63 zum Zentralfriedhof; am Samstag (Allerseelentag) vor- und nachmittag die Linien 6, 18, 33, 35 und 74; am Nachmittag noch die Linien 42, 43 und 63. Am Sonntag, den 3. November, werden vormittag und nachmittag die Linien 6, 33, 35, 42, 63 und 74 und überdies nachmittag noch die Linien 18, 29 und 43 zum Zentralfriedhof geführt. Der Verkehr der Linie F wird übermorgen Sonntag, am Allerheiligentag und am Sonntag, den 3. November, während der ganzen Betriebsdauer aufgelassen und als Ersatz in der Währingerstrasse die Pendellinie 42 (Schottenring-Währingerstrasse-Kreuzgasse) und in der Landstrasse-Hauptstrasse die Pendellinie 74 (Wollzeile-Landstrasse Hauptstrasse-St. Marx beziehungsweise Zentralfriedhof) eingerichtet. Der Verkehr der Linie 72 (Schwechat) wird übermorgen Sonntag und am Donnerstag sowie am Allerheiligentag, am Allerseelentag und am Sonntag, den 3. November, zwischen 14 Uhr und 18 Uhr gänzlich eingestellt. Am Allerheiligentag gilt auf der Strassenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis; die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Fürsorgefahrtscheine, Arbeitslosenfahrtscheine und Schüleranweisungen sind daher am Allerheiligentag ungiltig.

Bezirksvertretung Innere Stadt. Die nächste Plenarsitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt findet am Mittwoch, den 30. Oktober, um 18 Uhr im Festsaale des Alten Rathauses statt.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 25. Oktober 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet nach 17 Uhr die Sitzung.

Dem Gemeinderat liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor. Ein Dringlichkeitsantrag der Gemeinderäte Angermayer und Kollegen lautet: Bei einer Sitzung des Ausschusses für Finanzangelegenheiten habe ich den Direktor der Friedhofsverwaltung Ingenieur Lasch auf die Verwahrlosung der Kriegergräber auf dem Zentralfriedhof aufmerksam gemacht und ihn um eheste Beseitigung dieses unwürdigen und beschämenden Zustandes ersucht. Herr Direktor Lasch bezeichnete die mir gewordenen Informationen als einfach unwahr und lud mich ein, sich mit ihm von der Unrichtigkeit dieser Behauptung durch persönlichen Augenschein zu überzeugen. Ich kam dieser Einladung Donnerstag, den 24. dieses Monats nach. Hierbei überzeugte ich mich, dass nicht Herr Direktor Lasch mit seiner Wegleugung im Rechte war, sondern, dass die mir von verschiedenen Seiten zu Ohren gekommenen Klagen vollauf berechtigt sind. Der Zustand, insbesondere der Mannschaftsgräber, die sich nicht an den Hauptwegen befinden, ist tatsächlich ein für die Gemeinde Wien beschämender und für die Hinterbliebenen der Gefallenen ein tief kränkender und zwar umsomehr, als eine andere Gruppe von Gräbern und zwar die der Julioffer in einem wohl gepflegten Zustand sich befindet. Es muss daher gefordert werden, dass auch jenen Opfern, die für die Freiheit des Vaterlandes jahrelang gekämpft haben und gefallen sind, der Ausdruck der Achtung und Pietät nicht versagt werde.

Das Fest der Toten steht vor der Tür und Tausende und Abertausende werden wieder hinaus wandern, um ihren Teuren eine Stunde inneren Angedenkens zu weihen. Schaffen Sie daher bis zu diesem grossen Tag eine Grabstätte, die der im Kriege gefallenen Helden würdig ist und versöhnen Sie damit die Hinterbliebenen, bei denen der Anblick dieser Gräber im gegenwärtigen verwahrlosten Zustand nur Schmerz und Verbitterung auslösen muss. Der amtsführende Stadtrat der Verwaltungsgruppe III wird beauftragt, sofort zu veranlassen, dass die Kriegergräber am Wiener Zentralfriedhof so instand gesetzt werden, wie es einer Kulturstadt vom Range Wiens würdig ist. In formeller Beziehung wolle dem Antrage die Dringlichkeit zuerkannt werden.

Der zweite Dringlichkeitsantrag wurde von den Gemeinderäten Untermüller-Holaubek und Kollegen eingebracht. Er lautet: Mit Verordnung des Landeshauptmannes vom 30. Juli 1929 wurden die Ansätze für das Reinigungsgeld neu geregelt. Diese Regelung ist eine Folge des Einschreitens der Hausbesorgerorganisationen, die eine Erhöhung der bisherigen Sätze angestrebt haben. Bei den diesbezüglich geführten Verhandlungen wurde auch zugesagt, dass die neue Festsetzung den Hausbesorgern erhöhte Einnahmen bringen soll. In der Praxis ergibt sich jedoch, dass in einer Reihe von Fällen durch die neue Verordnung den Hausbesorgern geringere Vergütungen zukommen, als sie früher bestanden hatten. Die Gewerkschaft christlicher Hausbesorger und Portiere hat mit Schreiben vom 16. September dieses Jahres die Magistratsdirektion auf diese Tatsache aufmerksam gemacht. Daraufhin erhielt die genannte Gewerkschaft am 30. September von der Magistratsdirektion die Aufforderung, die behaupteten ungünstigen Auswirkungen durch Beispiele zu belegen. Dieser Aufforderung hat die Gewerkschaft christlicher Hausbesorger und Portiere auch entsprochen. Nachdem die zitierte Verordnung mit 1. November in Kraft treten soll, eine Änderung aber bisher nicht erfolgt ist, stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschliessen, dem Bürgermeister als Landeshauptmann zu ersuchen, die von ihm am 30. Juli erlassene Verordnung zurückzunehmen, mit den Organisationen der Hausbesorger sofort in Verhandlungen zu treten, so dass noch rechtzeitig eine neuerliche Verordnung erscheinen kann, die den berechtigten Wünschen der Hausbesorger Rechnung trägt. In formaler Beziehung wird die dringliche Behandlung beantragt.

Sodann wird ohne Debatte eine Reihe von Anträgen genehmigt. Die politische Gruppe der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit wird mit tausend Schilling subventioniert, die Jugendschriftenstelle für blinde Kinder mit ebenfalls tausend Schilling, der freiwilligen Feuerwehr Schwarzau wird eine Subvention von 50 Schilling bewilligt, der freiwilligen Feuerwehr Wechselboden eine Subvention von zweihundert Schilling. Für die Vereinigung bildender Künstlerinnen Oesterreichs wird anlässlich ihrer 15. Ausstellung im Glaspalast ein Ehrenpreis von fünfhundert Schilling bewilligt. Der Gemeinderat genehmigt auch einen Sachkredit von 350.000 Schilling für die Erweiterung des Kühlmaschinenhauses im Brauhaus der Stadt Wien und die Anschaffung einer Kühlmaschine. Schliesslich werden noch einige Grundkäufe sowie Abänderungen von Baulinienbestimmungen genehmigt.

GR. Hiess beantragt, für die wirtschaftliche Organisation der Aerzte Wiens eine Subvention von 20.000 Schilling zur Unterstützung alter, erwerbsunfähiger Aerzte zu bewilligen.

GR. Stöger (E.L.) verlangt, dass auch die befugten Zahntechniker subventioniert werden sollen. Die Zahntechniker haben im März dieses Jahres ein Ansuchen um Gewährung einer Subvention von 5000 Schilling eingebracht. Dieses Ansuchen wurde bis heute nicht erledigt. Es gibt in Wien 2080 Zahntechniker, die durchwegs wirtschaftlich schwer zu kämpfen haben. (Beifall bei der E.L.)

GR. Hiess erwidert, dass der Magistrat untersuchen werde, ob eine Möglichkeit für die Subventionierung der Zahntechniker gegeben sei.

Der Antrag wird angenommen.

BR. Hiess beantragt, für die Arbeitsgemeinschaft Oesterreichischer Friedensvereine, Aktion "Innere Abrüstung", eine Subvention von tausend Schilling zu bewilligen.

GR. Holaubek (E.L.) bemerkt, mit diesen Subvention von tausend Schilling wird die Bevölkerung nicht getäuscht werden können. Viel nützlicher wäre es gewesen, wenn die sozialdemokratische Partei alles unterlassen hätte, um jene Zustände zu schaffen, die nach einer inneren Abrüstung rufen. Was jetzt geschieht, ist die Reaktion gegen das Machtstreben der sozialdemokratischen Partei. Sie geben sich einer großen Täuschung hin, wenn Sie glauben, dass Sie mit den tausend Schilling eine Wandlung der Verhältnisse herbeiführen werden. Mit solchen Verträgen wird man die vergiftete Atmosphäre, die sich über Wien ausbreitet, nicht aus der Welt schaffen können. Wenn man will, dass die Bewegung, die entstanden ist, zum Stillstand kommt, wird man darangehen müssen, der Demokratie Rechnung zu tragen und alles abzustreifen, was durch Jahre die Methode der sozialdemokratischen Partei war. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Sie haben die Methode der Gewalt zum Grundprinzip ihrer politischen Macht erhoben und sind heute furchtbar entrüstet, dass man Ihnen diese Methode der Gewalt abgeguckt hat und dass Sie das heute am eigenen Leib verspüren, was Sie durch dreissig Jahre an Gewalttaten und Schandtaten begangen haben. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Sie haben die politische Macht auf unblutige Weise auf sich gerissen haben aber nicht die Sympathien der breiten Massen erlangen können. Sie haben es dazu gebracht, dass die Rechtsgleichheit unter den Bürgern in Misskredit gekommen ist und Sie sind die wahren Schuldigen, dass das wirtschaftliche Leben in dieser Stadt einen solchen Grad angenommen hat, dass die Bevölkerung endlich von dieser Herrschaft loskommen will. (Lebhafter Beifall bei der E.L.) Sie wollen ^{jetzt} die innere Abrüstung. Solange Sie aber aufgerüstet, solange Sie das Bürgertum unter Schrecken gesetzt haben, haben Sie nichts getan, um zur Abrüstung beizutragen. Da war Ihre Parole: Willst Du nicht mein Bruder sein, so hau ich Dir den Schädel ein!

GR. Thaller Herr Holaubek gibt die Visitenkarte ab! (Lebhafte Zwischen-

rufe bei der E.L.)

GR. Dr. Kolassa (E.L.): Die brauchen wir nicht abzugeben!

GR. Preyer (E.L.): Tatsachen sind es! Ihr habt ^{gedroht:} mit dem Schutzbund auf die Strasse!

GR. ^{Dr.} Kollassa: Jetzt wäre Euch die Abrüstung recht!

GR. Gschladt (E.L.): Mit dummen Witzen kommt Ihr über die Sache nicht hinweg!

GR. Holaubek: Die sozialdemokratische Politik der Gewalt hat ihren Ausdruck gefunden, in den Dingen, die sich am 15. Juli ereignet haben (Lebhafte Beifall bei der E.L.) Jetzt endlich geht den Führern der Knopf auf und Sie besinnen sich Ihrer Handlungsweise. Sie haben, damals um den Unmut in den Massen noch zu vergrößern eine gemeine Hetze gegen die Polizei getrieben und das überflüssigste Instrument die Schuwa geschaffen. Man mag zur Heimwehrbewegung, zu ihren Gruppen und Führern stehen wie man will: Was an Unmut vorhanden ist, ist ausnahmslos auf das Schuldkonto der sozialdemokratischen Partei zu setzen (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei der E.L.)

GR. Fischer: Fünf Schilling! (Lebhafte andauernde Zwischenrufe bei der E.L.) GR. Dr. Kolassa (E.L.): Bei Ihnen machen es die Leute freiwillig!

GR. Stöger (E.L.): Die Verbrechergadre, die am 15. Juli aufgestellt worden ist! (Zwischenrufe) GR. Holaubek: Wenn Sie den ernstesten Willen haben, die innere Abrüstung durchzuführen, müssen Sie die Wege der Demokratie gehen, müssen Sie der Koalitionsfreiheit das Wort reden und den christlichen Arbeitern gleiches Recht geben. Solange es in einer Gemeinde möglich ist, dass christlichsoziale Gemeinderäte umsonst intervenieren, wenn sie einen armen Teufel helfen wollen, solange Sie glauben ein Gewaltsystem nach bolschewistischem Muster aufrecht zu erhalten, gebührt Ihnen nichts anderes, als eine starke Bewegung, die den Mut hat, Gleiches mit Gleichem zu vergelten (Lebhafte Beifall bei der E.L.) Niemand wünscht, dass die Methoden, die heut Gang und Gebe sind, deren Vorläufer aber die Sozialdemokraten waren, dauernd die Öffentlichkeit beherrschen. Wir sind von Friedensliebe erfüllt, wir wollen dass sich alles auf legalem Weg vollzieht. Kehren Sie zur wirklichen Demokratie zurück! Dann werden Sie sich einen so lächerlichen Schwindel, wie diesen Antrag ersparen können (Lebhafte Beifall bei der E.L.)

GR. Hiess: So verlockend es wäre, dem Gemeinderat Holaubek auf das politische Gebiet zu folgen, will ich es nicht tun, weil sonst die tausend Schilling vielleicht wirklich honausgeworfenes Geld wären (Zwischenrufe bei der E.L.) Wir glauben, wenn auch die ^{Aktion} "Innere Abrüstung" nicht allein die Abrüstung wird durchführen können, sondern dazu alle

die hiezu berufen sind, ehrlich werden das Ihrige beitragen müssen, so ist doch auch die Mithilfe dieser Aktion sehr wertvoll (Zwischenrufe bei der E.E.) Reden wie sie GR. HOLAUBEK gehalten hat, nützen der inneren Abrüstung nichts, im Gegenteil sie gefährden das Werk der inneren Abrüstung (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Der Referentenantrag wird angenommen.

ST. R. Tandler referiert über die Errichtung einer Wiener Taubstummensfürsorgestelle die nach demselben Statut und unter denselben Bedingungen wie die Blindenfürsorgestelle errichtet werden soll.

GRbin. Mötzko (E.L.): Wir haben gegen die Errichtung der Taubstummensfürsorgestelle nichts einzuwenden. Es dürfte aber hier nicht so vorgegangen werden, wie bei der Blindenfürsorgestelle, wo man die Blindenvertreter nur aus dem Verband der Blindenfürsorge, also einem Verband Ihrer Richtung genommen hat, während man die beiden grossen Blindenfürsorgestätten, die Josefstädter und Purkersdorfer übergegangen hat. Der Verband der Blindenvereine mass sich auch eine ihm nicht gebührende Stellung bei der Blindensammlung an. Wir bitten, dass diese Einseitigkeit nicht auch bei der Taubstummensfürsorgestelle platzgreife. Es besteht ein katholischer Taubstummensfürsorgeverein, der sich an den Stadtrat Tandler um eine Vertretung in der zu schaffenden Stelle gewendet hat. Auch hier haben Sie wieder Gelegenheit zu zeigen, ob Sie umlernen wollen. (Beifall bei der E.L.)

St. R. Tandler bemerkt hiezu, dass die Josefstädter und die Purkersdorfer vor allem Anstalten repräsentieren und nicht in der freien Blindenpflege sind. Mit dem katholischen Taubstummensfürsorgeverein wird selbstverständlich verhandelt werden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Schneider referiert über den Neubau eines Hauptunratskanals in der Schlachthausbrückenallee, Meiereistrasse und in der Kampfbahn des Stadions. Kostenerfordernis 280.000 Schilling.

GR. Pfeiffer (E.L.) bemerkt, dass, obwohl sich der Gemeinderat mit dem Stadion bereits fünfmal beschäftigt hat, das Bauprojekt neuerlich geändert werden soll. Die Kampfbahn soll keinen gedeckten Zuschauerraum haben und das Stadion wird daher nicht die Rentabilität haben wie dies auf Grund des alten Projektes angenommen wurde. Ausserdem sind die Arbeiten für das Stadion noch sehr wenig rasch vorgeschritten. Auch die Schwimmbahn soll entgegen dem Gemeinderatsbeschluss verlegt werden. Heute müssen wir uns mit der

für das Stadion beschäftigen, dann werden wir uns noch mit einer Aenderung des Bauprojektes und mit einer Erhöhung des Baukredites beschäftigen müssen. Die Art wie der Stadionbau vorbereitet wurde, ist für die Gemeindeverwaltung charakteristisch. Man hat das Stadion Baukomitee ein einzigesmal zusammenberufen, bevor das Projekt dem Gemeinderat vorgelegt wurde, von einer Aenderung des Projektes weiss das Komitee gar nichts. Das Komitee ist einfach zum Narren gehalten worden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

GR. Beisser referiert über einen Antrag, die Bestimmungen über das Parkschutzgebiet für die Errichtung eines Margarete Manhardt-Denkmales II., Sterneckplatz aufzuheben. Er bemerkt hiezu, es handelt sich hier um eine nachträgliche Genehmigung, weil es der Bauherr unterlassen hat, rechtzeitig um die Aufhebung der Bestimmungen für das Parkschutzgebiet anzusuchen.

GR. Hörmayer (E.L.) bemerkt, gegen den Antrag habe seine Partei nichts einzuwenden, da es sich hier um ein Denkmal handelt für eine brave Hausgehilfin die durch ihre Pflichttreue zwei Kindern das Leben gerettet hat. Wir müssen uns aber dagegen wenden, dass erst heute, wo das Denkmal bereits seit vier Wochen enthüllt ist, der Antrag auf Aufhebung des Gesetzes über das Parkschutzgebiet vorgelegt wird. Das ist eine bodenlose Bagatellisierung des Gemeinderats. Es ist das aber System. unlängst ist auch bei einer Benzinzapfstelle in Ottakring die Baubewilligung erst vorgelegt worden, als die Zapfstelle schon fast fertig war. GR. Hörmayer richtet an den Referenten die Frage, warum der Antrag so spät eingebracht wurde.

GR. Beisser bemerkt, dass es sich hier um ein Versäumnis des Bauherrn handelt, der die Pflicht gehabt hätte das Ansuchen auf Aufhebung der Bestimmungen des Parkschutzgesetzes zu stellen. Das kann durch Akteneinsicht festgestellt werden. Infolge dieser Versäumnis musste die Gemeinde Wien, um die Enthüllung des Denkmals nicht hinauszuschieben, selbst den Antrag auf Aufhebung des Parkschutzgesetzes stellen, sodass also die Behörden der Stadt Wien kein Vorwurf trifft.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Es wird sodann der Dringlichkeitsantrag Untermüller, Holauhek und Genossen betreffend Aenderung der Verordnung des Landeshauptmannes vom 30. Juli ds. J. über die Festsetzung des Reinigungs- und Sperrgeldes der Hausbesorger sowie die Vorschriften über den Haustorschlüssel in Verhandlung gezogen.

In Begründung der Dringlichkeit des Antrages verweist GR. Untermüller darauf, dass diese Verordnung die auf Grund von Verhandlungen mit den Hausbesorgervereinen erlassen wurde, und zwar eine 20prozentige Erhöhung der Hausbesorgergebühren bringen sollte, dass sich aber in einer Reihe von Fällen ganz beträchtliche Mindereinnahmen für die Hausbesorger ergeben. So in einem Falle der ihm vorliege, pro Monat um 14 Schilling für eine Wohnung in einem anderen Falle um 8 Schilling. Es wäre eine Revision in dieser Verordnung derart durchzuführen, dass die Verordnung zurückgezogen, mit den Hausbesorgerorganisationen in Verhandlungen eingegangen und eine Verordnung erlassen wird, die den Wünschen der Hausbesorger Rechnung trägt.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.

GR. Untermüller gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wurde, und spricht die Hoffnung aus, dass auch das Meritum des Antrages angenommen werden wird. Er weist darauf hin, dass die Verordnung in einem für die Parteien und Hausbesorger verständlichen Deutsch abgefasst werden soll.

Unrichtige Meldungen über das Rathaus. In einigen Blättern wurde heute gemeldet, dass die Sozialdemokraten im Wiener Rathaus auf die Führung einiger Verwaltungsgruppen verzichten werden, damit auch Christlichsoziale zu amtsführenden Stadträten gewählt werden können. Es wurde insbesondere mitgeteilt, dass die Führung der Verwaltungsgruppe für Ernährung und Wirtschaft den Christlichsozialen angeboten werden soll. Hiezu wird festgestellt, dass diese Nachrichten jeder Grundlage entbehren.

Enthüllung des Grabdenkmales für Bürgermeister Reumann. Die Gemeindeverwaltung hat dem ersten sozialdemokratischen Bürgermeister Jakob Reumann ein Grabdenkmal gewidmet, das auf den weiten Platz gegenüber der Zeremonienhalle des Krematoriums aufgestellt worden ist. Ein Werk des akademischen Bildhauers Professor Anton Hanak ist es in einfachen Formen aus Mauthausener Granit hergestellt. Die feierliche Enthüllung wird morgen Samstag um 4 Uhr nachmittag erfolgen. An der Feier werden die gewählten Gemeindefunktionäre und grössere Abordnungen der sozialdemokratischen Partei aus den einzelnen Bezirken teilnehmen.

Die weiteren Ausführungen des Antragstellers beschäftigen sich mit der Verkürzung, die die Hausbesorger durch die neue Verordnung erfahren haben. Für eine grössere Wohnung in der Langegasse mit einem Friedenszins von 7800 Kronen war bis jetzt das Reinigungsgeld 28 Schilling 30 Groschen. Nach der neuen Ver-

ordnung beträgt es nur mehr 20 Schilling 30 Groschen. Bei einem Lokal in Währing mit einem Friedenszins von 3232 Kronen beträgt bis jetzt das Reinigungsgeld 9 Schilling 21 Groschen. Nach der neuen Verordnung wird es auf 8 Schilling 23 Groschen herabgesetzt. GR. Untermüller bespricht sodann die Gehsteigreinigung, wobei er erklärt, dass diese Frage für die Hausbesorger noch nicht abgeschlossen ist. Die Gehsteigreinigung ist eine Sache der öffentlichen Verwaltung und nicht der Hausbesorger. (Beifall bei der Minderheit).

St. R. Weber gibt nunmehr eine ausführliche Darstellung über die Festsetzung des Reinigungsgeldes. Seitdem das Hausbesorgergesetz besteht, werden zweimal im Jahr Interessentenbesprechungen abgehalten. Da das Hausbesorgergesetz vorschreibt, nach welchen Gesichtspunkten das Reinigungsgeld festzusetzen ist, ist es sehr schwer das richtige zu treffen, da die einen Interessenten ein möglichst hohes Reinigungsgeld, die anderen ein möglichst niederes verlangen. Zunächst wurde das Reinigungsgeld nach der Grösse der Wohnungen festgesetzt. In dem Bestreben, das Verhältnis, wie es vor dem Kriege war, herzustellen, wurde das Reinigungsgeld nunmehr nach dem Friedenszins festgesetzt. Die juristische Formulierung des ganzen Komplexes ist sehr schwer. Es kann der Gemeinde kein Vorwurf gemacht werden, dass sie auf alle Interessen bedacht ist. Es ist unmöglich, mittels des bestehenden Hausbesorgergesetzes einen Lohn einzuführen, und es wäre überaus wünschenswert, das Gesetz zeitgemäss zu ändern. Die neue Reinigungsgeldverordnung wird ergänzt werden. Diese Ergänzung wird dahin gehen, dass dort, wo bisher eine höhere Quote festgesetzt war, dieser höhere Satz bleibt. Die Gehsteigreinigung in die Verwaltung der Gemeinde zu übernehmen ist technisch undurchführbar und würde unerhörte Kosten verursachen. (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Dirisamer (E. L.) erklärt, dass in der Vorkriegszeit die Hausbesorger ausserdem dem Reinigungsgeld noch andere Einnahmequellen hatten. So zum Beispiel das Sperrgeld. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Hausbesorger für den Entgang des Sperrgeldes entschädigt werden würden.

Dem Redner erwidert St. R. Weber, dass eine Entschädigung für das Sperrgeld nicht gegeben werden kann, da das Sperrgeld eine Entschädigung für eine geleistete Arbeit war, die nunmehr weggefallen ist. Er verlangt nochmals, das Hausbesorgergesetz zeitgemäss zu ändern.

Der Antrag wird sodann abgelehnt.

Nun wird der Dringlichkeitsantrag des GR. Angermayer in Verhandlung gezogen. Der Antragsteller begründet die Dringlichkeit damit, dass wir knapp vor Allerheiligen stehen. Der Zustand der Kriegsgräber ist der gefallenen Helden unwürdig, für die Hinterbliebenen tief kränkend und für die Gemeinde

tief beschämend. Dieser Schandfleck muss so rasch wie möglich verschwinden.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.

In der Begründung seines Antrages führt GR. Angermayer aus, dass er in der letzten Finanzausschusssitzung den Direktor Lasch darauf aufmerksam gemacht habe, dass ihm sehr viele Klagen über den desolaten Zustand der Kriegergräber zukommen. Auf Einladung des Direktor Lasch besichtigte ich am Donnerstag die Kriegergräber. Der Anblick insbesondere der Mannschaftsgräber hat mich erschüttert. Diese sind eine total vernachlässigte Wiese und auf den einzelnen Grabhügeln stehen verwitterte Holztafeln in der ordinärsten Ausführung. Im Sommer lässt man dort das Gras meterhoch wachsen, dann wird es gemäht und ge-
heut. (Zwischenrufe bei der Minderheit: Unerhört) Die anderen Länder sind in der Behandlung der Kriegergräber dem Lande Wien sehr weit voraus. Die Gräber müssen noch vor Allerheiligen in einen würdigen Zustand versetzt werden. Die Hinterbliebenen werden Ihnen dafür nur dankbar sein. Die Grabstätte der Juliof befindet sich in einem sehr gepflegten Zustand. Man sieht, dass sich die Gemeinde sorgfältig bemüht, jenen den Dank abzustatten, die im Juli in den Tod gegangen sind. Das sei kein Vorwurf, aber auch die Kriegergräber müssen so gepflegt werden, wie diese Gräber. Es ist Ehrenpflicht der Gemeinde, die Kriegergräber in einen würdigen Zustand zu versetzen. (Beifall bei der Minderheit).

ST. R. Tandler bemerkt, er müsse der gefühlbetonten Rede des GR. Angermayer leider die nüchternen Tatsachen entgegenhalten. Bei den Juliopfen handelt es sich um 90, bei den Kriegsopfen um 16.000 Gräber und die Pflege von 16.000 Gräbern ist natürlich ungeheuer schwer. Die Einzelgräber können mit Rasenziegeln belegt werden, die grossen Flächen nicht. Daher leiden die grossen Flächen vielmehr unter der Hitze. Und infolge der übergrossen Kälte des vergangenen Winters und der übergrossen Hitze des vergangenen Sommers könnten diese Gräber der Kriegsof den Eindruck einer gewissen Vernachlässigung hervorrufen, daraus folgt aber nicht, dass sie wirklich vernachlässigt worden sind, im Gegenteil es ist alles zur Pflege dieser Gräber geschehen. Auf die einzelnen Gräber können wir nicht eigenen Rasenhügel geben, da wir nicht soviel Geld haben um 16.000 Gräber zu pflegen zu können (Zwischenrufe bei der E. L.) GR. Preyer: Für die Schuwa habt Ihr Geld und für Euren Schmutzbund auch!) Wir haben soviel an den Lebenden zu reparieren, dass wir es auf unser Gewissen nehmen, für die Toten soviel Geld auszugeben wie nur möglich, aber nicht auf Kosten der Lebenden (Zwischenrufe bei der E. L.) GR. Preyer: Schaffen Sie die Schuwa ab! Wahrscheinlich gebt Ihr für den Schmutzbund auch Geld her!

GR. Thaller: Sie sind ein Terrorist (Lebhafte Zwischenrufe bei der E. L.)

GR. Untermüller : Sie schimpfen noch jemanden Terroristen? GR. Preyer Sie Schützer des Schmutzbundes! GR. Hiess : Sie sind der Schützer der Heimweh-
 bülcher! (Lebhafte Entrüstungsrufe bei der E.L. - Andauernde Zwischenrufe und
 Gegenrufe, Lärm) GR. Preyer : Sie haben kein Recht diese Leute zu beleidigen,
 Das ist niederträchtig. GR. Dr. Kolassa : Das sind parlamentarische Ausdrücke!
 GR. Hiess : Warum sagen Sie Schmutzbund? GR. Rummelhardt : Herr Vorsitzender geben
 Sie dem Herrn Hiess den Ordnungsruf! ST. R. Breitner : Herr Preyer soll dem Schutz-
 bund "Schmutzbund" zurufen dürfen? GR. Preyer : Das sind anständige Leute wie Sie!
 GR. Merbaul : Lauter Mordbrenner seid Ihr! GR. Jenschick : Wie der Kunschak fehlt,
 gehr es bei Euch drunter und drüber! GR. Stöger : Geht zuerst den Soldatenschin-
 der Lasch weg! Andauernde Zwischenrufe. Vorsitzender Hofbauer gibt wiederholt
 das Glockenzeichen und ersucht um Ruhe. Andauernder Lärm. Als Vorsitzender Hof-
 bauer den St. R. Tandler ersucht seine Rede fortzusetzen wird bei der E.L. leb-
 haft gerufen: Ordnungsruf! zurücknehmen. Vorsitzender Hofbauer weist den Zwi-
 schenruf des GR. Preyer und des GR. Hiess aufs schärfste als unparlamentarisch
 zurück und rügt den GR. Stöger, der ununterbrochen den Direktor Lasch beleidigt
 habe. ST. R. Tandler bemerkt, dass System, wie es die Gemeinde bei den Gräbern
 der Kriessopfer befolgt werde, habe er auch anderwärts vorgefunden. Wir haben
 uns damals auch mit dem schwarzen Kreuz ins Einvernehmen gesetzt, einer Ge-
 sellschaft, die sich die Pflege der Gräber zur Aufgabe gestellt hat. Zuzuge-
 ben ist, dass es ein Fehler war auf diesen Gräbern Rosenstücke zu setzen, da
 diese im letzten Winter erfroren sind. ST. R. Tandler gibt auch zu beden-
 ken wie ausserordentlich schwer es ist, die tausenden Gräber gerade für die
 zwei Tage Allerheiligen und Allerseelen instand zu setzen, da kann die Arbeit
 erst in den allerletzten Tagen gemacht werden. Die Minderheit möge sich vor Aug
 halten, in welchem Zustand sich die Gräber der Kriessopfer unmittelbar nach
 dem Umsturz befunden haben, mit welcher Mühe dort ein ordentlicher Zustand
 herbeigeführt wurde und dass die Gemeinde an Stelle des alten Denkmals, das
 zusammengestürzt ist, ein wunderbares neues Denkmal mit grossen Kosten auf-
 gerichtet habe. Entschieden müsse er dagegen Stellung nehmen, als ob irgend-
 jemand bei der Gemeinde eine Tendenz hätte die Gräber der im Weltkrieg
 Gefallenen nicht zu ehren. Wir haben im Gegenteil die Tendenz sogut es eben
 geht die Pflege zu besorgen und wir müssen daher um Ablehnung des Antrages
 bitten (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit)

GR. Angermayer (E.L.) bemerkt hiezu, er habe nie verlangt, dass für
 jeden der 16.000 Kriessopfer ein eigener Grabhügel gemacht werde, er habe sic
 nur darüber beklagt, dass die langen Grabhügel, die gemacht worden sind,
 vollständig verwahrlost sind. Es müssten nicht gerade Marmortafeln bei jedem
 Grab angebracht werden, wie dies bei den Gräbern der Julioffer geschehen
 ist, statt der elenden Holztaferln, die man kaum lesen kann, müssten wenig-
 sten gusseiserne Tafeln aufgestellt werden. Ferner dürfte man das Gras nicht
 einen Meter hoch wachsen lassen. Die Kosten können für die
 reiche Gemeinde keine Rolle spielen. Nach Angaben des Direktors Lasch wer-
 den im Ganzen nur 14 Mann bei Instandhaltung dieser 16.000 Gräber verwendet.
 Wir wollen, dass die Gräber nicht nur zu Allerheiligen sondern das ganze
 Jahr instandgesetzt werden (Lebhafte Beifall bei der EL.)

Der Dringlichkeitsantrag wird abgelehnt (Lebhafte Zwischenrufe bei
 der E.L.) - GR. Merbaul : Eine Schande! GR. Angermayer : Es wird der Zahltag kommen!
 GR. Stöger : Wie kann ein Soldatenschinder Pietät für die Toten haben!

Vorsitzender Hofbauer schliesst die Sitzung um 20 Uhr abends.

.....
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche tritt am Dienstag um 10 Uhr vormittags der Wiener Stadtsenat zusammen. Der Wiener Gemeinderat hält in der Allerseelenwoche keine Sitzung ab.

.....
Der Kampf der Gemeinde gegen die Arbeitslosigkeit. Das überaus reiche Arbeitsprogramm der Wiener Stadtverwaltung ermöglicht es dieser, die Industrie und das Gewerbe fortlaufend mit bedeutenden Arbeitsaufträgen zu versehen. So haben die Gemeinderatsausschüsse für Wohnungswesen und technische Angelegenheiten in den letzten Tagen wieder grössere Bestellungen vergeben. Diese Arbeitsaufträge machen rund drei Millionen Schilling aus. Grosse Bestellungen sind an alle Gewerbe und Industrien ergangen, die mit dem Wohnbau befasst sind. Andere grössere Arbeitsaufträge betreffen Strassenneuerstellungen sowie Strassenumbauten. Grössere Bestellungen wurden ferner auch für den Ausbau der elektrischen Strassenbeleuchtung vergeben.

.....
Feierliche Ueberreichung des Bürgerdiploms. Bekanntlich hat der Wiener Gemeinderat Frau Marianne Hainisch, Frau Rosa Mayreder, Herrn Kommerzialrat Johann Kremenezky und Herrn Rechtsanwalt Dr. Karl Stiasny in Würdigung ihrer ausserordentlichen Verdienste um die Stadt Wien zu Bürgern der Stadt Wien ernannt. Die feierliche Bürgerdiplomüberreichung findet am Mittwoch um 12 Uhr mittags im Sitzungssaal des Wiener Stadtsenates statt.

.....
Autobusschnellverkehr zum Zentralfriedhof. Morgen Sonntag, am Allerheiligentag von 8 Uhr bis 19 Uhr und am Sonntag, den 3. November, wird ein Autobusschnellverkehr von der Oper (Augustinerstrasse) über Schwarzenbergplatz-Rennweg-Simmeringer Hauptstrasse zum Zentralfriedhof, drittes Tor, geführt. Die Fahrzeit beträgt zwanzig Minuten.

.....
Goldene Hochzeiter. Dieser Tage feierten die Ehepaare Franz und Marie Steinhaus Georg und Josefine Kainak, Alexander und Rosina Holzer und Hermann und Natalie Schmelz das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte heute amtsführender Stadtrat Julius Linder den Jubelpaaren die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....
Hausgehilfinnenkurse. In der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien, VI., Brückengasse 3, beginnen am 1. November für Hausgehilfinnen ein Abendkochkurs, ein Weissnähkurs und ein Kleidermacherkurs.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen wird die neuhergestellte elektrische Strassenbeleuchtung in Simmering in der Simmeringer Hauptstrasse und in Hietzing am Wolfersberg in Betrieb gesetzt. Demnächst wird auf der Landstrasse der Kleiststeg mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

Die Einwohnerzahl Wiens. Der Stand der Wiener Bevölkerung wurde für Ende September mit 1,849.370 Einwohner berechnet. Davon sind 995.784 weiblichen und 853.586 männlichen Geschlechtes.

Die letzten Viehmärkte. Wie die städtische Marktamtsdirektion über die Viehmärkte in St. Marx in der abgelaufenen Woche berichtet, betrug die Zufuhren auf den Rindermarkt 1650 Stück Mastvieh und 747 Stück Beinvieh. Auf den Schweinemarkt wurden 7087 Stück Fleischschweine und 6096 Stück Fettschweine zugeführt. Davon lieferte das Inland nur 123 Stück Fleischschweine und 2 Stück Fettschweine. Auf dem Jung- und Stechviehmarkt waren die Zufuhren an Kälbern und weidner Schafe geringer, die der Schweine dagegen grösser. Auf dem Rindermarkt erzielten Ia Sorten eine Preiserhöhung bis zehn Groschen, mittlere und mindere Qualitäten eine Preiserhöhung bis zu fünfzehn Groschen. Auf dem Schweinemarkt blieben die Preise fest.

Abschluss der Verhandlungen mit verschiedenen städtischen Angestelltenengruppen. Samstag ist im Rathaus die Verhandlung über den 14. Monatsgehalt für die Beamten der städtischen Unternehmungen zu Ende geführt worden. Der Abschluss wurde in der gleichen Weise wie für die Angestellten der Hoheitsverwaltung getätigt. Auch die Beamten der städtischen Unternehmungen nehmen die Verpflichtung auf sich, bei der Durchführung von Reformen auf ihrem Arbeitsgebiet tatkräftig mitzuhelfen. Der 14. Monatsgehalt, der auch dieser Gruppe zugebilligt wurde, berücksichtigt die Steigerung der Lebenshaltungskosten und ist zugleich dazu bestimmt, die Zinsmehrbelastungen, die innerhalb des neuen Mietengesetzes entstehen, auszugleichen. Auf derselben Grundlage hat Stadtrat Speiser den Abschluss mit dem Personal der städtischen Feuerwehr vollzogen. Die Angestellten der Feuerwehr haben dienstliche Reformen schon vor geraumer Zeit in Angriff genommen und zum allergrössten Teil durchgeführt. Auch ihnen soll der 14. Monatsgehalt ab 1. Dezember dieses Jahres zugute kommen. Ebenso sind in der letzten Zeit die Verhandlungen mit den Bediensteten des städtischen Fuhrwerksbetriebes (Coloniabetrieb, Lastkraftwagenbetrieb und Werkstätten des Fuhrwerksbetriebes), mit den Bediensteten der städtischen Leichenbestattung und mit den Bediensteten des Lagerbetriebes des städtischen Wirtschaftsamttes abgeschlossen worden. Mit der Bewilligung des 14. Monatsgehaltes in diesen Gruppen sind ebenfalls Betriebsreformen verbunden. Endlich wurden unter dem Vorsitz des Personalreferenten in der Strassenbahndirektion die Verhandlungen über einen neuen Arbeitsvertrag mit dem Personal des Omnibusbetriebes zu Ende geführt. Dieses Personal hatte jetzt einen eigenen Vertrag und wird nun in den Vertrag der Strassenbahn überführt. Unwesentliche Abweichungen sind durch die Natur des Omnibusbetriebes bedingt. Dem Personal erwachsen aus diesem Abschluss nicht unbedeutende Vorteile.

Gebühren für die Fleischbeschau. Für die Zeit vom 1. bis 30. November beträgt die Grundgebühr für die Vornahme amtlicher Untersuchungen von Vieh und Fleisch 1'84 Schilling. Die gleiche Grundgebühr wird für die tierärztliche Untersuchung von Tieren eingehoben, die in einer Wiener Eisenbahn oder Schiffstation ein- und ausgeladen werden.

Wien, am Samstag, den 26. Oktober 1929 Zweite Ausgabe

Enthüllung des Grabdenkmals für Bürgermeister Reumann:

Heute nachmittag wurde auf dem weiten Platz vor der Zeremonienhalle des Krematoriums das von der Gemeinde Wien gewidmete Grabdenkmal für den ersten Bürgermeister des republikanischen Wien Jakob Reumann enthüllt.

Gegenüber dem Haupteingang in die Zeremonienhalle wurde ein grosses Granitplateau geschaffen. In der Mitte des Plateaus umschliessen vier mächtige Granitpfeiler die Urne, die von aussen sichtbar ist. Den Abschluss bildet eine grosse, auf den Pfeilern lagernde Granitplatte, deren Vorderseite die Inschrift trägt: Jakob Reumann, Bürgermeister der Stadt Wien, 1919-1923.

Die schlichte Feier wurde mit einem von der Ostbahn-Eisenbahnerkapelle vorgetragenen feierlichen Choral eingeleitet. Dann sangen die Arbeitersänger des Kreises Süd-Ost den Bardenchor. Als die letzten Klänge verklungen waren, trat Bürgermeister Seitz an das Grabdenkmal:

Der milde Klang des Liedes, das wir gehört haben, sagte der Bürgermeister, dämpft den Schmerz, wie die Zeit ihn gedämpft hat seit Reumann von uns schied. Aber die Wehmut bleibt, wehmütiges Erkennen, dass alles, auch das Liebste und Teuerste dem ehernen Gesetz von Werden und Vergehen unterliegt.

Wir haben nun Jakob Reumann die letzte Ruhestätte bereitet. Ein Wort der Entschuldigung an seine Frau, seine Kinder und alle seine Freunde: es war nicht Gleichgiltigkeit, es war nicht Vergessen, dass wir erst spät dazu kamen, Jakob Reumann endgiltig zu bestatten. Das Bessere war auch hier der Feind des Guten. Wir wollten das Beste, und keiner der vielen Entwürfe der Künstler schien uns genug. Auch die Wahl des Ortes war nicht leicht, die Frage, ob ein figurales Denkmal errichtet werden soll, und vieles andere. So kamen wir zum Schluss zu dem zurück, was Reumanns Wesensart am besten entspricht, zu dem Einfachen. Der Künstler schuf hier für Jakob Reumann ein Denkmal seiner Art: Mächtige Quadersteine, die sich aus dem umgebenden Kies erheben, Symbole seiner Wucht und Kraft und seiner Bescheidenheit. So steht Jakob Reumann vor uns zur Zeit seiner Jugend und Stürme, als Kämpfer im Dienst der arbeitenden Klasse... und später an der höchsten verantwortlichen Stelle dieser Stadt, -schlicht und einfach wie immer, aber mit aller Liebe und Kraft seines Wesens aufbauend am neuen Wien.

Er ist von uns geschieden, betagt, in allen Ehren und Würden, die ein Bürger dieser Stadt erreichen kann. Wenn die Menschen der Zukunft, ihrem alten Brauch folgend, diese Stätte des Todes aufsuchen werden, sollen sie ihren Kindern sagen, dass der Tod zwar ein Ueberwinder ist, aber kein Vernichter. Dass nur die Menschen sterben, aber nicht das, was sie vollbracht haben, im Kleinen und unsichtbar unter der Menge, oder im Grossen und vor aller Welt, - dass nichts stirbt, sondern jede Tat fortlebt. Dann mögen sie auch ihre Kinder zur Dankbarkeit mahnen für einen der besten Bürger Wiens.

Wir nehmen nicht Abschied von Jakob Reumann. Dieses Denkmal sei ein Symbol der Liebe, Verehrung und Dankbarkeit. Wir legen den Kranz der Stadt Wien, den Kranz aus den letzten Blumen dieses Herbstes, und bekunden, dass wir ewig seiner gedenken werden in Dankbarkeit und Verehrung.

Die Sänger schlossen die Feier mit dem Lied der Arbeit, während die Sonne aus den Wolken hervortrat und das Grabdenkmal, das mit Kränzen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs und vieler Arbeiterorganisationen geschmückt war, in helles Sonnenlicht tauchte.

An der Feier nahmen unter anderm teil: Die Familie Reumann, alle amtsführenden Stadträte, die Landtagspräsidenten Dr. Danneberg und Hellmann, Stadtschulrat Präsident Nationalrat Glöckel, zahlreiche Nationalräte, fast alle sozialdemokratischen Gemeinderäte und Bezirksvorsteher, viele politische Mandatäre, Magistratsdirektor Dr. Hartl, Stadtbaudirektor Dr. Ingenieur Dr. Musil, Branddirektor Ingenieur Wagner, die Direktoren der städtischen Unternehmungen, der Direktor der städtischen Sammlungen Reuther, Obermagistratsrat Dr. Jiresch und viele leitende Beamte des Magistrates.

Revolverattentat auf einen Strassenbahnvertrauensmann.

Heute mittag hat der ehemalige Strassenbahnprofessionist Wenzel Spannbauer den Hauptvertrauensmann der Stadtbahner Hegmann angeschossen.

Die Direktion der städtischen Strassenbahnen berichtet dazu:

Es ist nicht feststellbar, was Spannbauer zu dieser Tat veranlasst hat, und kann auch dienstlich nicht festgestellt werden. Gegenüber Gerüchten, die diesen Mordanschlag als einen Racheakt bezeichnen, weil Spannbauer der Ansicht war, an seiner Entlassung sei Hegmann schuldig, ist festzustellen, dass seine Entlassung erst nach wiederholter genauer Prüfung verfügt wurde.

Wenzel Spannbauer ist im Jahre 1921 als Tischler in die Hauptwerkstätte eingetreten. Im Jahre 1925 hat Spannbauer um seine Uebersetzung zum Fahrdienst angesucht. Er wurde probeweise zum Fahrer übersetzt und einer Fahrerfachschnule zugewiesen. Während dieser Schulzeit musste aber festgestellt werden, dass sich Spannbauer für den Fahrdienst überhaupt nicht eignet, da ihm das Lernen zu schwer fiel. Er kam auch für eine spätere Schaffnerschulung nicht in Betracht. 1926 wurde er daher wieder in die Hauptwerkstätte als Tischler transferiert. Seit dieser Rücktransferierung war mit Spannbauer offensichtlich eine Veränderung vorgegangen. Das Versagen in der Fahrschule scheint ihm sehr deprimiert und unlustig gemacht zu haben. Er musste wiederholt wegen mangelhafter Arbeitsverrichtung und wegen ungehörigen Benehmens gegen Vorgesetzte gerügt, ja wegen bewusster falscher Arbeitseintragung im Arbeitsbuch zweimal mit der höchsten Ordnungstrafe bestraft werden. Als 1928 Spannbauer um seine Abtransferierung vom Bahnhof Michelbeuern ansuchte, da er keinen Nachtdienst leisten könne, weil er Magenbeschwerden habe, wurde diesem Ansuchen entsprochen. Ende 1928 wurde Spannbauer dem Direktionsarzt zur Untersuchung vorgestellt. Der Befund ergab Nervenerregbarkeit, zum Strassenbahnfahrdienst nicht geeignet, zur Tischlerarbeit fähig. Im Jänner 1929 wurde er, als er wieder in die Hauptwerkstätte rücktransferiert wurde, von der Werkstättenbetriebsleitung mit Rücksicht auf seine schlechte Führung im vorigen Betrieb belehrt und gütlich ermahnt. Trotzdem benötigte Spannbauer laut Meldungen bei jeder zugewiesenen Arbeit die doppelte Arbeitszeit im Vergleich zu einem Durchschnittsarbeiter. Bei den wiederholten Zurechtweisungen schützte Spannbauer immer Krankheit vor. Er wurde neuerlich untersucht, jedoch vom Bahnarzt zur Tischlerarbeit vollkommen fähig befunden. Die weiteren Meldungen über seine Leistungen zeigten deutlich, dass Spannbauer zum marodieren beabsichtigte. Er wurde am 22. April dieses Jahres wegen seiner Arbeitsunlust gekündigt.

Aus diesen Berichten geht einwandfrei hervor, dass Spannbauer, dessen Ansuchen nach Versetzung und ärztlicher Untersuchung wiederholt entsprochen worden sind, keinen Anlass hatte, dem Vertrauensmann Hegmann die Schuld an seiner Entlassung beizumessen.

Wien, am Montag, den 28. Oktober 1929

Tierbeförderung mit Kraftwagen. Das morgen erscheinende Landesgesetzblatt für Wien enthält eine Verordnung des Landeshauptmannes betreffend die Beförderung von lebenden Tieren mit Kraftwagen im Handelsverkehr. Nach dieser Verordnung müssten alle Personen, die Kraftwagen gewerbsmässig für den Transport von Klauenvieh oder Geflügel nach Orten ausserhalb Wiens verwenden, dies der nach dem Standorte des Kraftwagens zuständigen Veterinärabteilung des magistratischen Bezirksamtes anzeigen. Zur Beförderung werden nur solche Wagen zugelassen, die den vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen. Ausserdem müssen alle Kraft- und Anhängewagen sowie die dazu gehörigen Geräte, die zur Beförderung von Klauenvieh und Geflügel von oder nach Orten ausserhalb Wiens benützt werden, nach jedesmaliger Verwendung gereinigt und verschärft desinfiziert werden. Die gemeinsame Verladung von Schlachtvieh mit Nutz- und Zuchtvieh, sowie der Hausierhandel mit lebenden Tieren ist untersagt. Ferner werden die bestehenden Vorschriften bezüglich der Beibringung von Viehpässen für Klautiere auch auf die angeführten Transporte ausgedehnt. Die Verordnung tritt am 1. November in Kraft.

Goldene Hochzeiter. Am Sonntag feierte das Ehepaar Josef und Karoline Purkarth das Fest der goldenen Hochzeit. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte Vizebürgermeister Emmerling dem Jubelpaar die Ehrengabe der Stadt Wien.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In der nächsten Zeit wird in Döbling die Rudolfinergasse und die Nusswaldgasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

Zunahme der Trauungen in Wien. Im September dieses Jahres wurden in Wien 1796 Ehen geschlossen, um 39 mehr als im vergangenen August und um 163 mehr als im September des letzten Jahres. 1061 Trauungen wurden vor römisch-katholischen Seelsorgern und 308 vor der politischen Behörde vollzogen.

Mehr Konfessionänderungen in Wien. Im September des vergangenen Jahres wurden in Wien 1234 Konfessionsänderungen gezählt. Im August des heurigen Jahres 1275. Im abgelaufenen September wurden 1564 Konfessionsänderungen angezeigt. Während im September des vergangenen Jahres 920 Konfessionslosigkeitserklärungen abgegeben wurden, stieg ihre Zahl im abgelaufenen September auf 1232.

Der Riesengasometer in Leopoldau.

Im Jahre 1817 erbaute der Direktor des seinerzeitigen Wiener Polytechnischen Institutes, Ingenieur Prechtel, eine Gaserzeugungsanlage zur Beleuchtung einiger Strassen der Inneren Stadt. Diese Anlage erfüllte ihren Zweck in einer für die damaligen Verhältnisse vollkommenen Weise. Wien war dadurch die erste Stadt am europäischen Festlande, in der Strassen mit Gas beleuchtet wurden. Seither sind 112 Jahre verflossen und heute sind die Wiener städtischen Gaswerke das grösste chemische Industrieunternehmen Oesterreichs, das unmittelbar 3600 Beamte und Arbeiter und mittelbar weitere Tausende beschäftigt, die bei der Verwertung der Erzeugung der städtischen Gaswerke und bei den Arbeiten und Lieferungen für das Unternehmen ihren Erwerb im Innland finden.

Der Aufschwung, den die Wiener städtischen Gaswerke insbesondere in den letzten Jahren genommen haben, ist ein ganz gewaltiger. Während im Jahre 1913 an 211.800 Konsumenten 191 Millionen Kubikmeter Gas abgegeben wurden, betrug die Gasabgabe im Jahre 1928 an 453.000 Abnehmer nicht weniger als 312 Millionen Kubikmeter. Gegenwärtig zählen die Gaswerke, deren Niederdruckleitungen 85 Kilometer und Niederdruckrohrnetz insgesamt 1557 Kilometer lang sind mehr als 460.000 Abnehmer, von denen 402.000 Gas für hauswirtschaftliche Zwecke beziehen. In mehr als 51.000 Werkstätten und gewerblichen Betrieben Wiens wird Gas vornehmlich zu technischen Feuerungszwecken verwendet.

Das starke Ansteigen der Kundenzahl und Gasabgabe seit 1923 machte eine sehr bedeutende Ausgestaltung aller Werksanlagen notwendig. Es wurde daher im November des vorigen Jahres unter anderem auch zum Bau des Riesengasometers im Gaswerk Leopoldau geschritten. Während die anderen Gasometer der städtischen Gaswerke hauptsächlich von ausländischen Firmen gebaut wurden, ist der neue Riesengasometer in der Leopoldau ein Werk der österreichischen Industrie. Das Projekt stammt von Ingenieur Jakschitz, Graz. Der Bau des Riesengasometers, der 102,5 Meter hoch ist und einen Fassungsraum von 300.000 Kubikmeter hat, erforderte nicht weniger als 174.000 Arbeitsschichten.

Heute nachmittag besichtigte Bürgermeister Seitz mit den Vizebürgermeistern Emmerling und Hoss, den amtsführenden Stadträten Kokrda, Linder und Speiser, Landtagspräsident Fr. Danneberg, Stadtschulratspräsident Glöckel, den Mitgliedern des Wiener Gemeinderates, den Bezirksvorstehern und Stellvertretern sowie Vertretern der Wiener Presse den neuen Riesengasometer und die einzelnen Werksanlagen des Gaswerkes Leopoldau.

Die Gäste wurden vom amtsführenden Stadtrat Vizebürgermeister Emmerling herzlich begrüsst, der einen kurzen Ueberblick über den Aufstieg der städtischen Gaswerke gab und allen Mitarbeitern an dem hervorragenden Werk dankte. Direktor Ingenieur Menzel erläuterte die technischen Einzelheiten, worauf dann die Gäste einen Rundgang durch das gigantische Werk machten.

Der neue Riesengasometer wird demnächst in Betrieb genommen.

.....

Keine Leichenbegängnisse am Allerheiligentag. Auf Grund einer Verfügung des Wiener Magistrates werden am 1. November (Allerheiligen) auf den Friedhöfen keine Beerdigungen stattfinden. Diese Verfügung wurde vor allem deshalb erlassen, da der grosse Andrang der Friedhofsbesucher an diesem Tag die ruhige Abwicklung der Leichenbegängnisse vielfach unmöglich macht. Es hat sich gezeigt, dass die Trauergäste mit Recht über Störungen bei Beisetzungen an diesem Tag klagen, die zu vermeiden aber bei dem Massenbesuch zu Allerheiligen ausgeschlossen ist.

.....

Die Sterbefälle im September. Wie die Magistratsabteilung für Statistik mitteilt, sind in Wien im September 1727 Menschen gestorben. 911 waren männlichen und 816 weiblichen Geschlechtes. 1598 gehörten der Wiener Ortsbevölkerung an, 129 waren ortsfremd. In ihrer Wohnung sind 681 Personen und in Anstalten 1046 gestorben. Die häufigsten Todesursachen waren zunächst organische Herzkrankheiten, denen 307 Menschen zum Opfer fielen. An Krebs starben 294 Menschen. Die Lungen- und Kehlkopftuberkulose raffte 171 Personen weg. In 94 Fällen war Gehirnschlag die Todesursache und an Aktherienverkalkung starben 65 Menschen. 66 Personen verübten im September Selbstmord. Von den Selbstmördern waren 39 Männer und 27 Frauen. Die meisten Verstorbenen (426) waren über 70 Jahre alt.

.....

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In einigen Wochen werden in der Leopoldstadt die Schiffamtsgasse und ein Teil der Schreigasse und in Margareten die Josef Schwarzgasse von der Margaretenstrasse bis zur Arbeitergasse und die Giessaufgasse von der Josef Schwarzgasse bis zum Margaretengürtel mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet.

.....

Gemeindevermittlungsamt Neubau. Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungsamt Neubau finden am 6., 13., 20. und 27. November um 10'30 Uhr vormittag im Büro des Bezirksvorstehers statt.

.....

Das neue Reinigungsgeld in Wien.

Vom 1. November an gilt in Wien ein neues Reinigungsgeld. Das Reinigungsgeld beträgt monatlich bei Wohnungen für das erste Zimmer 70 Groschen, für das zweite 95 Groschen, für das dritte 1'25 Schilling, für das vierte 1'70 Schilling, für das fünfte und jedes weitere Zimmer um je 55 Groschen mehr als für das vorhergehende, so dass also für das fünfte Zimmer 2'25 Schilling, für das sechste 2'80 Schilling zu zahlen sind. Für Kabinette sind zu entrichten: für das erste 35 Groschen, für das zweite und dritte je 55 Groschen und für das vierte und jedes weitere Kabinett je 1'20 Schilling. Für Nebenräume als solche gelten: Hausgehilfenzimmer, Garderoben, Vorzimmer, Badezimmer, Küchen und geschlossene Balkone sind folgende Ansätze bestimmt: für die ersten drei Nebenräume je 25 Groschen, für den vierten und fünften Nebenraum je 40 Groschen für jeden weiteren Nebenraum je 55 Groschen.

Zum erstenmal wurden Höchstgrenzen für Wohnungen festgesetzt, die auf Grund des Jahresfriedenszinses errechnet werden. Bei einem Jahresfriedenszins bis zu 1800 Kronen beträgt die Höchstgrenze des Reinigungsgeldes drei Prozent des valorisierten Monatsfriedenszinses. Bei einem Jahresfriedenszins, der höher ist als 1800 Kronen, ist die Höchstgrenze zwei Prozent des valorisierten Friedensmonatszinses vermehrt um 2'10 Schilling. Bei der Valorisierung ist die Goldkrone mit 1'40 Schilling zu multiplizieren.

Beispiele für Wohnungen

Eine Wohnung mit Zimmer und Küche zahlt monatliches Reinigungsgeld 95 Groschen; mit Zimmer Küche und Vorzimmer 1'20 Schilling; mit Zimmer, Kabinett und Küche 1'30 Schilling; mit Zimmer, Kabinett, Küche und Vorzimmer 1'55 Schilling; mit Zimmer, Kabinett, Küche, Vorzimmer und Hausgehilfenzimmer 1'80 Schilling; 1 Zimmer, 2 Kabinette und Küche 1'85 Schilling; 2 Zimmer und Küche 1'90 Schilling; 2 Zimmer, Küche, Vorzimmer 2'15 Schilling; 2 Zimmer, 1 Kabinett, Küche 2'25 Schilling; 2 Zimmer, 1 Kabinett, Küche und Vorzimmer 2'50 Schilling; 2 Zimmer, 2 Kabinette, Küche und Vorzimmer 3'05 Schilling; dieselbe Wohnung mit Hausgehilfenzimmer 3'30 Schilling; für 3 Zimmer, Kabinett und Küche 3'50 Schilling.

Beispiele für Höchstgrenzen

1. Grösse der Wohnung: 2 Zimmer, 1 Küche, Jahresfriedenszins 480 Kronen; daher monatlich 40 Kronen. Nach der Wohnungsgrösse würde das monatliche Reinigungsgeld 1'90 Schilling betragen. Höchstgrenze ist aber drei Prozent des valorisierten Friedensmonatszinses. 40 Kronen valorisiert ergeben 56 Schilling drei Prozent davon sind 1'68 Schilling. Das monatliche Reinigungsgeld beträgt daher 1'68 Schilling.

2. Grösse der Wohnung: 4 Zimmer, 3 Kabinette, 4 Nebenräume. Jahresfriedenszins 2100 Kronen; daher monatlich 175 Kronen. Das monatliche Reinigungsgeld würde nach der Wohnungsgrösse 7'20 Schilling ausmachen. Höchstgrenze ist zwei Prozent des valorisierten Friedensmonatszinses, vermehrt um 2'10 Schilling. 175 Kronen valorisiert ergeben 245 Schilling, zwei Prozent davon sind 4'90 Schilling. Dazu kommen 2'10 Schilling. Das monatliche Reinigungsgeld beträgt daher 7 Schilling.

Für Geschäftslokale, Garagen, Werkstätten, Magazine, Kanzleiräume und so weiter wird das Reinigungsgeld auf Grund des Friedenszinses errechnet. Bis zu einem Jahresfriedenszins von 1200 Kronen sind 2'5 Prozent des valorisierten Friedensmonatszinses als Reinigungsgeld zu bezahlen. War der Jahresfriedenszins höher als 1200 Kronen, so sind nur zwei Prozent des valorisierten Friedensmonatszinses zu zahlen, wozu noch 70 Groschen kommen.

Beispiele für Geschäftslokale

1. Jahresfriedenszins 600 Kronen, daher Monatsfriedenszins 50 Kronen. Valorisierter Monatsfriedenszins 50mal 1'40 Schilling... 70 Schilling. 2'5 Prozent davon ergeben 1'75 Schilling. Das monatliche Reinigungsgeld stellt sich daher auf 1'75 Schilling.

2. Jahresfriedenszins 1800 Kronen; daher monatlich 150 Kronen. Valorisiert 150mal 1'40 Schilling... 210 Schilling. Zwei Prozent davon ergeben 4'20 Schilling, vermehrt um 70 Groschen. Das monatliche Reinigungsgeld beträgt daher 4'90 Schilling.

Mittwech wird eine Verordnung im Wiener Landesgesetzblatt kundgemacht, wonach in allen Fällen, in denen auf Grund der neuen Sätze der Hausbesorger ein geringeres Reinigungsgeld erhalte, als man schon bisher zahlte, die alten Sätze gelten.

Das Sperrgeld bleibt unverändert. Es ist zu zahlen für das Öffnen des Haustores vor Mitternacht 40 und nach Mitternacht 60 Groschen.

Wien, am Mittwoch, den 30. Oktober 1929

.....

Feierliche Ueberreichung des Bürgerdiplom. .Wie gemeldet, hat der Wiener Gemeinderat Frau Marianne Hainisch anlässlich ihres neunzigsten Geburtstages, Frau Rosa Mayreder anlässlich ihres siebzigsten Geburtstages, Kommerzialrat Johann Kremenetzky anlässlich des fünfzigjährigen Bestandes der Firma und Dr. Karl Stiassny anlässlich des zehnjährigen Bestandes der Gemeinde-Rechtshilfestelle zu Bürgern der Stadt Wien ernannt.

Heute mittags nahm Bürgermeister Seitz im Stadtsenatssitzungssaale in Anwesenheit der Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, der amtsführenden Stadträte Breitner, Linder und Professor Dr. Tandler und zahlreicher Gäste die feierliche Diplomüberreichung vor.

In einer überaus herzlichen Ansprache würdigte der Bürgermeister die ausserordentlichen Verdienste, die sich die neuen Bürger um die Allgemeinheit erworben haben. In Marianne Hainisch, sagte der Bürgermeister, haben wir die mutige Vorkämpferin der Frauenbewegung geehrt, die zeit ihres Lebens mit bewundernswerter Kraft für die Rechte der Frau gekämpft hat. Heute ist die Frau auch politisch dem Mann gleichgestellt, sie kann wie man sieht auch Bürger der Stadt Wien sein, während sie früher im günstigsten Fall die "Bürgerin", das heisst die Frau des Bürgers sein konnte. Die Lebensarbeit Rosa Mayreders hat den literarischen Ruhm Wiens in die Welt getragen. Johann Kremenetzky hat vor 50 Jahren die Elektroindustrie in Wien gegründet und hat auf diesem Gebiet bahnbrechend gewirkt. Durch seine überaus reiche Arbeit ist er zu einer Zierde der Stadt Wien geworden. Dr. Karl Stiassny ist einer der verdienstvollsten Mitarbeiter der Rechtshilfestelle der Gemeinde Wien. Seine Ernennung zum Bürger der Stadt Wien ist zugleich der aufrichtigste Dank an die Rechtshilfestelle für ihr hervorragendes Wirken.

Die neuen Bürger nahmen sodann aus der Hand des Bürgermeisters ihr Bürgerdiplom entgegen und dankten bewegt für die ausserordentliche Ehrung, die ihnen durch die Ernennung zum Bürger der Stadt Wien bereitet worden ist.

Das Bürgerdiplom für Marianne Hainisch ist mit einem Aquarell von der Künstlerin T. Schachner, das Bürgerdiplom für Rosa Mayreder mit einem Aquarell vom akademischen Maler Johann Nepomuk Geller und das Bürgerdiplom für Johann Kremenetzky mit einem Aquarell vom akademischen Maler Ludwig Michalek geschmückt. Das Bürgerdiplom für Dr. Karl Stiassny ist mit einer farbigen Kreidezeichnung vom akademischen Maler C. Müller ausgestattet.

Wien, am Donnerstag, den 31. Oktober 1929

Der Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für 1928.

Heute gelangte der Rechnungsabschluss für 1928 an die Mitglieder des Gemeinderates zur Versendung. Im abgelaufenen Jahr haben sich die Gesamtausgaben Wiens auf 502,373.489 Schilling belaufen, denen Einnahmen von 502,659.715 Schilling gegenüberstehen. Das Verwaltungsjahr schliesst demnach mit einem bescheidenen Gebarungüberschuss von 286.226 Schilling.

Das gegenüber dem Vorschlag bessere Ergebnis ist zunächst einer Steigerung der Ertragsanteile zuzuschreiben. Der Bund hat im Jahre 1928 gegenüber der ursprünglichen Annahme höhere Steuereingänge zu verzeichnen gehabt, was allen Ländern und Gemeinden zugute gekommen ist. Dementsprechend hat auch Wien an den mit dem Bunde gemeinschaftlichen Abgaben eine Mehreinnahme von rund 24,7 Millionen Schilling zugewiesen erhalten. Ferner weisen die durch die Bundesverwaltung eingehobenen Zuschläge zu den Immobiliargebühren als Auswirkung des lebhafteren Realitätenverkehrs eine Steigerung von 1,6 Millionen Schilling auf.

Bei den Gemeinde- und Landesabgaben sind die Mehreinnahmen 19,422.000 Schilling. Bei der Erstellung des Voranschlages für 1929 wurde diese aufsteigende Entwicklung selbstverständlich bereits berücksichtigt. Die Verteilung auf die einzelnen Steuern ist die folgende:

	<u>Voranschlag:</u>	<u>Erfolg:</u>
Grundsteuer	480.000 S.-	474.634 S.-
Wohnbausteuer	35,800.000 "	36,193.553 "
Fürsorgeabgabe	69,000.000 "	76,165.098 "
Lustbarkeitsabgabe	14,500.000 "	17,230.066 "
Nahrungs- oder Genussmittelabgabe..	13,000.000 "	16,199.507 "
Fremdenzimmerabgabe	3,000.000 "	4,854.866 "
Wertzuwachsabgabe	6,500.000 "	7,968.270 "
Plakatabgabe	900.000 "	944.989 "
Anzeigenabgabe	4,500.000 "	4,990.495 "
Hauspersonalabgabe	2,500.000 "	2,277.435 "
Kraftwagenabgabe	3,800.000 "	4,650.793 "
Pferdeabgabe	45.000 "	65.287 "
Hundeabgabe	1,050.000 "	977.568 "
Feuerversicherungsabgabe	3,000.000 "	3,381.231 "
Feilbietungsabgabe	250.000 "	507.831 "
Konzessionsabgabe	450.000 "	539.501 "
Verwaltungsabgaben	650.000 "	844.335 "
Wasserkraftabgabe	3,730.000 "	3,791.407 "
Bierabgabe	10,300.000 "	10,817.766 "

Der im Jahre 1928 sehr stark gestiegene Fremdenverkehr und das Deutsche Sängerfest haben auf die Lustbarkeitsabgabe, Nahrungs- oder Genussmittelabgabe und Fremdenzimmerabgabe sehr günstig gewirkt. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit prägt sich in den erzielten Mehreinnahmen bei der Fürsorgeabgabe aus und hatte ferner zur Folge, dass das Land Wien zu den Kosten der

Notstandsauhilfen um 2 Millionen Schilling weniger beitragen musste, als vorausgesehen worden war.

Den Mehreinnahmen stehen Mehrausgaben auf verschiedenen Gebieten der Gemeindeverwaltung gegenüber.

Der Personalaufwand bei der Gemeinde mit Ausschluss der städtischen Unternehmungen war mit 169,862.000 Schilling veranschlagt. Infolge der vom Gemeinderat am 9. März 1928 beschlossenen Massnahmen zugunsten der Angestellten und Pensionsparteien haben sich Ausgaben von 174,678.000 Schilling ergeben. Die Ueberschreitung beträgt also 4,816.000 Schilling.

In der Gruppe Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung wurden für Erhaltungsbeiträge 1,315.000 Schilling mehr ausgegeben. Die an die öffentlichen Krankenanstalten zu entrichtenden Verpflegskosten erforderten eine Ausgabenerhöhung von 649.000 Schilling, die Pflegegelder für Jugendliche eine solche von 1,345.000 Schilling. Die Tuberkulosefürsorge weist den Mehraufwand von 352.000 Schilling auf.

Eine sehr wesentliche Steigerung der Ausgaben hat sich beim Wohnungswesen ergeben. Der Gemeinderat bewilligte einen Zuschusskredit von 20 Millionen Schilling, der erforderlich war, um die sonst von einem Verwaltungsjahr in das andere übergreifenden Rechnungen der Hochhausbauten restlos zu liquidieren. Für die Siedlungsbauten 1928, deren Ausführung der Gesiba obliegt, wurde durch eine Reserve von 3 Millionen Schilling vorgesorgt. In den von der Gemeinde Wien seit 1919 bis Ende 1928 in Angriff genommenen, beziehungsweise durch Kredithilfe ermöglichten Wohnhaus- und Siedlungsbauten befinden sich insgesamt 39.722 Wohnungen und 1.609 Geschäftslokale, Werkstätten, Magazine oder Ateliers.

In der Verwaltungsgruppe Technische Angelegenheiten sind Minderausgaben beim Brückenbau dadurch entstanden, dass der Bau der Hafenbrücke über den Donaukanal, für den 1,400.000 Schilling veranschlagt waren, wegen Schwierigkeiten mit dem Grundeigentümer nicht ausgeführt werden konnte. Bei den Kanalbauten wurden 2,190.000 Schilling weniger ausgegeben, weil einige Hochbauten einen langsameren Fortschritt aufwiesen und deshalb auch die Kanalisierung eine Hinausschiebung erfahren hat. Bemerkenswert in dieser Gruppe ist der Wirtschaftsbericht über die Bäder. Es geht daraus hervor, dass im Jahre 1928 die städtischen Badeanlagen aller Art 10,249.048 Besucher aufzuweisen hatten. Im Jahre 1927 waren bloss 8,992.399 Badegäste zu verzeichnen. An der Spitze steht das Amalienbad mit einer Besucherzahl von 1,261.830. Es entspricht dies einem Durchschnittsbesuch von 3,457 Personen für den Tag.

Aus der Gruppe Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten, in der auch das gesamte Schulwesen verrechnet wird, ist hervorzuheben, dass die Schule

einen Mehraufwand von 1,610.000 Schilling erfordert hat. Gründe und Liegenschaften wurden um den Betrag von 5,373.000 Schilling erworben gegenüber den präliminierten 4 Millionen Schilling. Die städtischen Lagerhäuser hatten auch im Jahre 1928 darunter zu leiden, dass die für eine Aufnahme von zehntausend Waggons berechneten Lagerräume bei den völlig veränderten Wirtschaftsverhältnissen weitaus zu gross sind. Dazu kam noch, dass die Ernte in den Balkanländern ungewöhnlich schlecht war. Nach wie vor sind die Nachbarländer planmässig bemüht, durch die Tarifpolitik ihrer Bahnen und Schifffahrtsgesellschaften, sowie durch reichliche Subventionen den Verkehr von Oesterreich/^{zu}den eigenen Umschlagplätzen abzulenken. Die städtischen Lagerhäuser waren angesichts dieses erbitterten Konkurrenzkampfes genötigt, die Lagerhausgebühren ausserordentlich zu ermässigen, und konnten die Selbstkosten nicht decken.

In der Gruppe Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten sind die Ausgaben für die städtischen Sammlungen, das Archiv und das Uhrenmuseum um rund 100.000 Schilling höher gewesen. Bei der Gemeindewache ergab sich eine Minder Ausgabe von 1,292.000 Schilling. Der Gesamtaufwand macht im Jahre 1928 gegenüber den genehmigten 3,011.000 Schilling bloss 1,719.000 Schilling aus.

Die städtischen Unternehmungen legen gesonderte Rechenschaftsberichte vor. Im Rechnungsabschluss der Gemeinde erscheinen nur die Anfuhrten des Brauhauses mit 909.000 Schilling und die der städtischen Ankündigungsunternehmung mit 88.000 Schilling. Das Brauhaus erzielte im Jahre 1928 im Zusammenhang mit dem Sängerfest besonders günstige Erfolge, die in einer um 673.000 Schilling höheren Abfuhr zum Ausdruck gelangen.

Für wertvermehrnde bauliche und sonstige Herstellungen und Inventaranschaffungen waren, wie aus einem eigenen Ausweis zu ersehen ist, für 1928 insgesamt 102,536.000 Schilling veranschlagt. Die Ausgaben für diese Zwecke machen 115,876.000 Schilling aus.

Der Kassenstand der Gemeinde per 31. Dezember 1928 ist 41,757.000 Schilling.

Der Rechnungsabschluss wird auf Grund der geänderten Verfassung vom Finanzausschuss und Stadtsenat in gemeinsamer Sitzung beraten werden.

.....
Keine bauliche Untersuchung der Wiener Theater. Zu den in mehreren Tageszei-
tungen enthaltenen Notizen, dass die "Baukommission der Landesregierung" be-
absichtige, den baulichen Zustand der geschlossenen Wiener Theater einer Un-
tersuchung zu unterziehen, teilt der Wiener Magistrat mit, dass, abgesehen davon,
dass es eine solche "Baukommission der Landesregierung" überhaupt nicht gibt,
von einer solchen Revision keine Rede ist. Es ist auch keine wie immer gear-
tete amtliche Weisung in dieser Angelegenheit erfolgt.

.....
Ein falscher Gemeindevwachmann. Am Dienstag wurde in den Tagesblättern ein Ge-
richtssaalbericht veröffentlicht, in dem behauptet wurde, dass der Angeklagte
Brechtl bei der Wiener Gemeindevache war. Das Kommando der Wiener Gemeinde-
wache bittet um Veröffentlichung der Feststellung, dass ein Mann namens Brechtl
weder der Gemeindevschutzwache noch der Gemeindevache angehört hat.

.....
Die Selbstmorde in Wien. Im August des heurigen Jahres haben 75 Menschen in
Wien durch Selbstmord geendet. Davon waren 44 Männer und 31 Frauen. 6 Selbst-
mörder waren bis zu 20 Jahre alt, 20 standen im Alter von 20 bis 30 Jahren,
8 im Alter von 30 bis 40 Jahren, 18 im Alter von 40 bis 50 Jahren, 14 im Alter
von 50 bis 60 Jahren, 7 im Alter von 60 bis 70 Jahren, 1 im Alter von 70 bis
80 Jahren und 1 Selbstmörder war über 80 Jahre alt. In je 12 Fällen war Krank-
heit, Irrsinn und Trunksucht der Beweggrund zur Tat, in 9 Fällen Kränkung und
in je 5 Fällen Familienzwist und unglückliche Liebe. Bei 19 Selbstmorden
konnte der Beweggrund nicht festgestellt werden. 31 Selbstmorde wurden durch
Einatmen von irrispirablen Gasen unternommen, 10 durch Gifte, 12 durch Erhängen,
4 durch Ertränken, 6 durch Erschiessen, 2 durch Schnitte oder Stiche, 7 durch
Herabstürzen und 3 durch Ueberfahren. Selbstmord haben im August 199 Menschen
versucht.

.....
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. In den nächsten Tagen
werden auf der Wieden die Waltergasse, Dannhausergasse, Johann Straussgasse
und Schaumburgerstrasse mit der elektrischen Strassenbeleuchtung ausgestattet